

Gewerkschaften in Russland heute

Verstehen aus der Geschichte



**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG



DGB BILDUNGSWERK

Inhalt

Vorwort von Berthold Huber/Hubertus Schmoldt	2
Vorbemerkung der Redaktion	4
I. Der komplizierte Weg der russischen Gewerkschaftsbewegung	6
Geschichtliche Daten	6
II. Die neue Souveränität der Gewerkschaftsbewegung	10
Auf der Suche nach der verlorenen Identität	10
Die wichtigsten Gewerkschaftsdachverbände	12
Dynamik der Streikbewegung	14
Gewerkschaften und Politik	16
III. Metallindustrie und Metallgewerkschaften	20
Vom Rande Europas zum Zentrum der Metallindustrie	22
Frauen: In hundert Jahren ein Paradies?	24
Aufstand im Aluminiumwerk – Beispiel eines Konflikts	28
Russlands Dimensionen	26/27
IV. Chemische Industrie und Chemiegewerkschaften	30
Die Lage der Chemiarbeiter in Russland heute	32
Öl und Gas aus den Weiten Sibiriens	33
Erfahrungsaustausch der Henkel-Arbeitnehmervertreter	34
Erfolgreiche Basis für Sozialpartnerschaft aufgebaut	36
V. Facetten der postsowjetischen Entwicklung in Russland	38
Politische Beziehungen zwischen Russland und Deutschland	38
Politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung	39
Berufsbildung im modernen Russland	46
VI. Ein Schlüssel zum Verständnis	48
Von Sowjetkultur und homo sovieticus zum russischen Postmodernismus	50
Anhang	53
Wörterklärungen – Abkürzungen	53
Quellenangaben	53

Vorwort

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
liebe Leserinnen, liebe Leser

die Arbeitnehmer in Russland haben seit 1991 eine der größten sozialen und ökonomischen Umwälzungen in der Geschichte ihres Landes erlebt. Kein anderes Land in der Welt wurde so lange von einer restriktiven Planwirtschaft beherrscht wie die ehemalige Sowjetunion.

Über 70 Jahre waren freie Gewerkschaften unerwünscht, und die Interessen der Arbeitnehmer wurden politisch durch die kommunistische Partei festgelegt und konnten nicht von diesen selber in einem demokratischen Entscheidungsprozess eingefordert werden.

Wie vor diesem Hintergrund freie und demokratische Gewerkschaften gegründet werden konnten, wird in der hier vorliegenden Broschüre anschaulich geschildert.

Zeitgleich werden die Menschen im heutigen Russland mit gewaltigen Änderungen der Wirtschaftsordnung und damit einhergehend mit nicht unerheblichen Verschlechterungen im täglichen Leben konfrontiert. Die viel zu schnelle und sozial nicht abgedeckte Einführung der Marktwirtschaft unter den neoliberalen Wirtschaftspolitikern der ersten Jelzin-Regierung erzeugte nicht nur eine kleine Gruppenerreicherung, sondern führte auch zur Verarmung breiter Bevölkerungsschichten, da viele Waren des täglichen Bedarfs von einem auf den anderen Tag unerschwinglich waren. Die rasante Zunahme der Arbeitslosenzahlen, einem Phänomen, das in diesem Lande über Generationen nicht bekannt war, verschlimmerte die soziale Lage in vielen Familien zusätzlich.



Berthold Huber
Vorsitzender der IG Metall

Die Berichte von unmittelbaren Beobachtern der Veränderungen innerhalb Russlands und deren eindringliche Schilderungen über die jeweilige Versorgungslage haben uns mehr als einmal vor die Frage gestellt, wie lange es noch dauern wird, bis die Menschen in diesem Land aufbegehren.

Eine andere Frage war, wie gelingt es Gewerkschaften in einem derartigen gesellschaftlichen Umfeld Interessenvertretung für ihre Mitglieder aktiv wahrzunehmen und politische Erfolge zu erringen. Das Engagement und der Einsatz für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen unserer russischen Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen haben seitens der westeuropäischen Gewerkschaften enorme Anerkennung und Respekt erhalten.

Von Anbeginn haben die deutschen Industriegewerkschaften den neu entstandenen Gewerkschaften Russlands aktive Unterstützung gewährt. Neben Schulungsangeboten für russische Gewerkschaftsfunktionäre waren die Kontakte zu deutschen Betriebsräten, die Tochterbetriebe in Russland besitzen, zentrale Formen richtig verstandener „Bruderhilfe“.



Hubertus Schmoldt
Vorsitzender der IG BCE

Die in dieser Broschüre aufgeführten Unternehmensbeispiele unterstreichen, wie wichtig es ist, funktionierende sozialpartnerschaftliche Strukturen nicht nur im Heimatland, sondern auch an allen Standorten außerhalb Deutschlands aufzubauen. Im Falle Russlands setzen wir und unsere russischen Schwesterorganisationen bewusste Zeichen: Wenn Manager verstehen lernen, welcher enormer beiderseitiger Nutzen in einer Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften besteht, wird einerseits eine sinnlose, Kräfte zehrende Konfrontationspolitik unnötig und unglaubwürdig. Andererseits erfahren die konkret betroffenen Arbeitnehmer die Bedeutung der Gewerkschaften und dass es notwendig und erfolg versprechend ist, sich für seine Rechte einzusetzen.

Neben unseren bilateralen Kontakten haben wir gemeinsam mit unseren westeuropäischen Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen eine Vielzahl an Aktivitäten mit Hilfe der Internationalen Föderation der Chemie-, Energie-, Bergbau- und Fabrikarbeitergewerkschaften, ICEM, dem Internationalen Metallgewerkschaftsbund, IMB, und der Internationalen Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter-Vereinigung, ITBLAV, koordiniert.

Dennoch ist die Situation in Russland alles andere als stabil. Die jüngsten Demonstrationen und das unangemessen harte Einschreiten polizeilicher Sondertruppen zeigen nur zu deutlich, wie labil die demokratischen Strukturen in dem größten Flächenstaat der Welt noch sind. Und auch die wirtschaftliche Lage ist weit davon entfernt, den Wohlstand für alle Menschen in Russland sicherzustellen, darüber dürfen auch die enormen Erlöse der riesigen Erdgasvorkommen nicht hinwegtäuschen.

Die deutschen Gewerkschaften werden deshalb die Unterstützung der russischen Gewerkschaften weiterhin mit hoher Priorität fortführen. Hierbei informieren und ermuntern wir unsere Betriebsräte und Funktionäre, wenn ihre Unternehmen in Russland geschäftlich aktiv sind, bei der Ausgestaltung funktionierender und fairer Sozialbeziehungen in den jeweiligen Standorten.

Insbesondere für diese Zielgruppe erachten wir es als notwendig, möglichst viele Informationen über die Lage der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften in Russland bereitzustellen. In diesem Sinne stellt die vorliegende Broschüre eine gute Grundlage für die internationale Bildungsarbeit der Gewerkschaften in Deutschland dar.

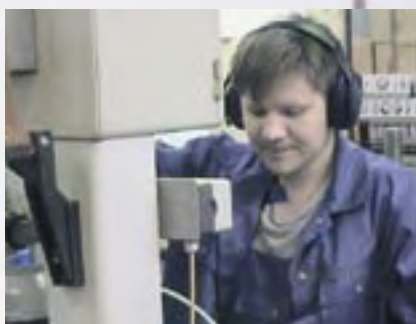
Wir wünschen dieser Broschüre möglichst viele Leser und dass sich aus der Lektüre heraus viele solidarische Projekte über die Grenzen hinweg ergeben mögen.

Berthold Huber	Hubertus Schmoldt
1. Vorsitzender	Vorsitzender
IG Metall	IG Bergbau, Chemie, Energie

Vorbemerkung der Redaktion



Dieser Versuch einer Darstellung der Situation der Gewerkschaftsbewegung in der Russischen Föderation bekennt sich zu seiner Lückenhaftigkeit. Er kann aus verschiedenen Gründen kein vollständiges Bild bieten. Er unternimmt es vielmehr, anhand von Beispielen, Interviews und Autorenbeiträgen die wichtigsten Probleme der russischen Gewerkschaften nach den tief greifenden gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungen der 90er Jahre sichtbar zu machen. Auf diese Weise soll uns ein Partner in der europäischen Gewerkschaftsbewegung näher gebracht, sollen Basisinformationen geliefert und Vorurteile ausgeräumt werden. Mit dem Mut zur Lücke wird dennoch ein Material angeboten, was der gegenseitigen Verständigung in der internationalen Gewerkschaftsbewegung förderlich sein kann.



Diese Broschüre stellt einen weiteren Baustein in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit dar, mit dem über unsere Nachbarländer und ihre arbeitenden Menschen informiert wird. Sie richtet sich an alle interessierten Mitglieder. Sie kann aber auch solchen Kolleginnen und Kollegen als Handwerkszeug dienen, die an Kooperationsprojekten der DGB-Gewerkschaften mit russischen Gewerkschaften mitwirken.



I. Der komplizierte Weg der russischen Gewerkschaft

Geschichtliche Daten

9. Jahrhundert Slawische Stämme und schwedische Waräger bilden unter Rurik die „Rus“, deren Hauptstadt bald Kiew wird.

1547 Krönung Iwan IV. („des Schrecklichen“); Beginn der Kolonisation Sibiriens

17. Jahrhundert Durch die Wahl Michail Romanows; 1613 Beginn der Romanow-Dynastie (bis 1917)
Peter I. (der Große) (1694)
Nordischer Krieg (1699-1721)



18. Jahrhundert Teilnahme am Siebenjährigen Krieg (1756-1762); Zeit des „aufgeklärten Absolutismus“ Katharinas II. (der Großen); Ausdehnung des russischen Machtbereichs bis ans Schwarze Meer (1762-1796)



19. Jahrhundert Vertreibung der Grande Armée Napoleons unter Zar Alexander I. (1812)
Krimkrieg (Nikolaus I.) (1853-1856); Bauernbefreiung; wachsende soziale und politische Gegensätze; sozialistische und anarchistische Strömungen



1905 Russisch-japanischer Krieg

22. 01. 1905 „Blutiger Sonntag“; Nikolaus II. gewährt legislative Versammlung (Duma)



1914-1918 Russland kämpft im Ersten Weltkrieg gegen die Mittelmächte

Zaristisches Militär schießt auf eine friedliche Demonstration und löst die erste russische Revolution aus (Historischer Stich)

März 1917 Februar-Revolution; Bildung der (bürgerlichen) provisorischen Regierung, Abdankung des Zaren (15. 3.); Bildung des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten

Die Geschichte der russischen Gewerkschaften ist eng verbunden mit der Geschichte des russischen Staates. Sie kann getrennt davon kaum verstanden, ihr heutiger Zustand nicht beurteilt werden.

Das historische Russland ist ein riesiges Territorium, außer dem Zentrum und dem Süden ist es klimatisch wenig komfortabel für die Menschen und wenig ertragreich für die Landwirtschaft, mit einer dürtigen Verkehrsinfrastruktur und nur dünn besiedelt. Jahrhunderte war das Leben für die Mehrheit der Bewohner hart. Heute würden wir es eine Extremsituation nennen. Um dies zu bewältigen, war eine große Kräftekonzentration erforderlich. Daraus lässt sich die dominierende Rolle des Staates erklären, der Wirtschaft und Politik bis hin zu den sozialen und kulturellen Prozessen bis heute bestimmt. Daraus erklärt sich auch die stark ausgeprägte Zentralisation in den Bereichen Verwaltung, Verkehr, Finanzen, etc. Bis in unsere Tage lebt in der russischen Gesellschaft die Sehnsucht nach einer starken autoritären Macht.

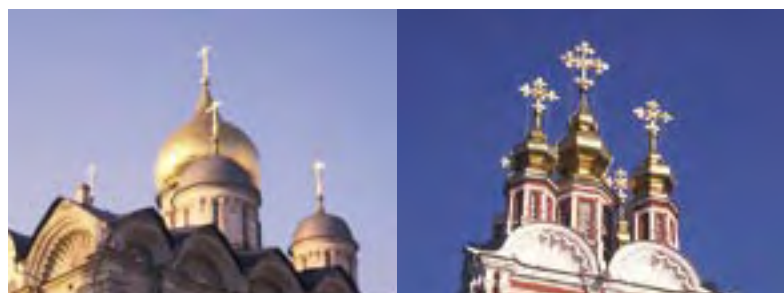
Bis 1917 stand Russland unter einer strengen Herrschaft der Zaren, die eine gewaltige Machtkonzentration darstellte. Jahrhundertlang herrschte Leibeigenschaft. Damit waren die russischen Bauern an den Gutsherren und dessen Land gefesselt. Sie wurde erst 1861 aufgehoben. Die Wirtschaftsentwicklung entwickelte sich in der Mitte des 17. Jahrhunderts. Glas- und Textilmanufakturen entstanden auf dem Boden großer Adelsgüter. Die alte patriarchalische und die moderne Lebensweise existierten gleichzeitig nebeneinander. Sie waren in der Weise verflochten, dass auch in den Industriebetrieben Leibeigene von den Gütern des Adels beschäftigt wurden. Der freie Lohnarbeiter trat nur allmählich als ökonomische Größe auf den Plan. Ein Wendepunkt in der russischen Geschichte war Ende des 17. Jahrhunderts der heimliche Besuch des Zaren Peter I. in Holland zum Studium von Schiffsbau und Handwerk. Er hat das Fenster zum Westen geöffnet.

Die Schaffung einer regulären Armee und Marine beschleunigten die Wirtschaftsentwicklung erheblich. Die Interessen des Staates und des Kapitals befanden sich in bester Übereinstimmung.

Das macht aber auch deutlich, dass Russland erheblich später mit seiner industriellen Entwicklung begonnen hat als die meisten Länder in Westeuropa.

Die industrielle Umwälzung begann Mitte des 19. Jahrhunderts und dauerte bis zu dessen Ende. Entsprechend formierte sich erst in dieser Zeit die Schicht der freien Arbeiternehmer. Die schweren Arbeitsbedingungen und die Willkür der Unternehmer führten schon früh zu Streiks und spontanen Aufständen.

Vorläufer der Gewerkschaften, die so genannten Abteilungsvereinigungen, existierten schon Anfang des 19. Jahrhunderts. 1835 wurde das Gesetz „Über die Beziehungen zwischen den Fabrikbesitzern und den frei angestellten Arbeitern“ vom Staatsrat erlassen. Das Gesetz gewährte den Unternehmern weitgehende Verfügungsgewalt über ihre Arbeiter. 1870 ist das Jahr eines der ersten Kollektivabkommen. An der Schwelle zum 20. Jahrhundert begann dann mit einem weiteren Aufschwung der indus-



tsbewegung

triellen Entwicklung die massenhafte Gründung von Arbeiterorganisationen. Die vereinzelt spontanen Aufstände wurden mehr und mehr von organisierten Streiks abgelöst. Es entstanden Werkskomitees und Arbeiterräte, deren Ziel es war, den Kampf für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter zu organisieren.

Das alles geschah unter den Bedingungen des totalen Verbots aller sozialen und politischen Betätigung. 1905 erfolgte die soziale Explosion mit der ersten russischen Revolution, die vom zaristischen Regime brutal unterdrückt wurde. Eine ganze Reihe friedlicher Aktionen der Arbeiter von Sibirien bis Polen (das zu dieser Zeit zu Russland gehörte) wurde von der Armee niederkartätscht. Bekanntestes Beispiel ist der „blutige Sonntag“ im Januar 1905 in St. Petersburg als die Arbeiter und ihre Familien aus Protest gegen den Hunger auf die Straße gingen und zusammengeschossen wurden. Danach führte die zaristische Regierung einige Reformen durch und machte kleinere Zugeständnisse.

Unter dem Eindruck der Arbeiteraufstände verabschiedete die zaristische Regierung 1905 ein Manifest über die Grundrechte der Bevölkerung und 1906 schließlich den Erlass über „Die vorläufigen Regeln für die Gewerkschaften“. Dieses erste Gesetz über die rechtliche Grundlage der Gewerkschaften diente im Wesentlichen der Beschränkung der gewerkschaftlichen Tätigkeit, verbot Streiks und politische Betätigung. Ermutigt durch diesen ersten Erfolg verabschiedete ein Kongress der Bergarbeiter des Ural eine Charta mit der Forderung nach dem Acht-Stunden-Tag, nach dem Verbot von Überstunden und Sonntagsarbeit. 1906 versammelte sich der erste allrussische Gewerkschaftskongress, gründete sich Russlands Gewerkschaftsrat.

In der zweiten russischen Revolution im Februar 1917 leisteten die Gewerkschaften ihren Beitrag zur Niederlage des zaristischen Regimes. Die provisorische Regierung unter Kerenski versuchte jedoch erneut, mit dem „Gesetz über die Gesellschaften und Verbände“ und dem Gesetz „Über die Arbeiterkomitees in den Betrieben“ die gewerkschaftliche Tätigkeit zu behindern. Krieg und Hunger ließen die Streikbewegung anschwellen. Im Herbst 1917 trug sie offen politischen Charakter und erfasste praktisch alle Bereiche des Landes. Die Bestrebungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage stießen bei der Provisorischen Regierung auf keinerlei Verständnis. Dies trug dann wesentlich zu der aktiven Beteiligung der Arbeiter an den Oktoberereignissen bei. Im Oktober 1917 kamen Lenins Bolschewiki, der linke Flügel der Sozialdemokratischen Partei Russlands, an die Macht. Teile der Gewerkschaften traten gegen die Bolschewiki auf, wurden aber praktisch auseinander gejagt. Das Verhältnis der Sozialdemokratischen Partei Russlands zur Gewerkschaftsbewegung stand erstmals auf deren Parteitag 1907 zur Debatte. Dort wurde eine Resolution verabschiedet, in der es als eine wichtige Aufgabe der Sozialdemokraten bezeichnet wird, in den Gewerkschaften

7. Nov. 1917
(reformierter
Kalender)

Oktober-Revolution: Machtergreifung der Bolschewiki in Petrograd; Absetzung der Provisorischen Regierung, Rat der Volkskommissare (Vorsitz: Lenin) übernimmt die Macht



03. 03. 1918

Deutsch-russischer Friede von Brest-Litowsk

30. 12. 1922

Gründung der UdSSR

21. 01. 1924

Tod Lenins; Stalin baut als Generalsekretär des Zentralkomitees seine Macht zur Alleinherrschaft aus.

1936-1938

sog. „große Säuberung“, auch in den Spitzen von Partei und Militär



22. 06. 1941

Deutscher Überfall auf die Sowjetunion

04. 02.-

Konferenz von Jalta

11. 02. 1945

05. 03. 1953

Tod Stalins, Chruschtschow wird Erster Sekretär des ZK (13. 9. 1953), am 27. 3. 1958 Ministerratsvorsitzender

14. 05. 1955

Abschluss des Warschauer Vertrages (WP)

14. 02.-

XX. Parteitag führt zur Abrechnung Chruschtschows mit Stalin

25. 02. 1956

14. 10. 1964

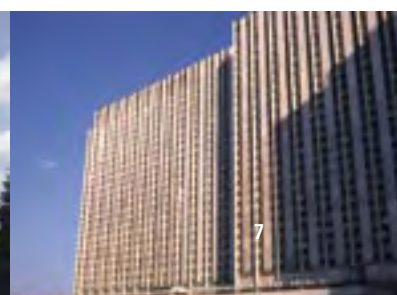
Sturz Chruschtschows, Breschnew wird Erster Sekretär des ZK, Kossygin Ministerpräsident

Mai 1972

sowjetisch-amerikanischer Gipfel: Parität beider Supermächte im Zeichen der „friedlichen Koexistenz“; Zeitalter der Entspannungspolitik beginnt.

Nov. 1982-
März 1985

nach Breschnews Tod Interimszeit der Parteichefs Andropow und Tschernenko. 11. 03. 1985: Das Politbüro bestimmt Michail Gorbatschow zum Generalsekretär der KPdSU: „Perestrojka“ und „Glasnost“ kennzeichnen das neue Denken.



04. 07.-
16. 07. 1990 Gespräche Bundeskanzler Kohls mit Präsident Gorbatschow in der Sowjetunion (SU) bringen den Durchbruch zur Einigung über die äußeren Aspekte der deutschen Einheit; Sowjetunion unterzeichnet den „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ (12. 9. 1990).
09. 11. 1990 Unterzeichnung des Vertrages über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
31. 03. 1991 Auflösung des Warschauer Pakts
19. 08.-
21. 08. 1991 Scheitern des gegen Gorbatschow gerichteten Putsches leitet Auflösung der Sowjetunion ein.
06. 09.-
21. 11. 1991 Sowjetunion erkennt die Unabhängigkeit der baltischen Staaten an. Gemeinsame Erklärung des deutschen Bundeskanzlers und des russischen Präsidenten.
08. 12. 1991 RSFSR, Weißrussland und Ukraine begründen in Minsk die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), auf dem Gipfel in Alma Ata am 21. 12. 1991 schließen sich Aserbaidschan, Armenien, Kasachstan, Kirgistan, Moldau, Tadschikistan, Turkmenistan, und Usbekistan an (Georgien tritt der GUS im Oktober 1993 bei); die UdSSR löst sich selbst auf; die RSFSR benennt sich am 25./26. 12. 1991 in Russische Föderation (Russland) um.
- 3./4. 10. 1993 Bewaffnete Revolte Chasbulatows und Vizepräsident Ruzkojs verschanzt im „Weißen Haus“ (Gebäude des Obersten Sowjet); Sturm auf den Fernsehsender Ostankino; Niederschlagung der Revolte durch Präsident Jelzin unter Einsatz von Streitkräften und inneren Truppen.
12. 12. 1993 Erste demokratische Wahlen zur neuen Föderationsversammlung; Annahme neuer demokratischer Verfassung per Volksentscheid
31. 08. 1994 Westgruppe der russischen Streitkräfte wird in Berlin verabschiedet.
28. 02. 1996 Beitritt der Russischen Föderation zum Europarat
02. 04. 1996 Russland und Belarus beschließen die Bildung einer „Gemeinschaft unabhängiger Republiken“ mit supranationalen Gemeinschaftsorganen.

„die Anerkennung der ideologischen Führung durch die Sozialdemokratische Partei“ durchzusetzen. Die Idee der Führungsrolle der Partei und die Verurteilung politischer Neutralität bestimmte fortan für Jahrzehnte die Entwicklung der russischen Gewerkschaften.

Das weitere Schicksal der Gewerkschaftsbewegung wurde auf einem Parteikongress im Jahre 1921 entschieden. Alexandra Kollontai, eine der faszinierenden Frauengestalten der frühen Revolutionsjahre und spätere Botschafterin der Sowjetunion, beantragte im Namen der Arbeiteropposition, dass die Neuordnung der Wirtschaft den autonomen Gewerkschaftsorganisationen übertragen werden solle, um die Arbeiter vor Ausbeutung zu schützen. Lenin widersprach: „Die Gewerkschaft ist eine Schule, eine Schule der Verwaltung, eine Schule der Wirtschaftsführung, eine Schule des Kommunismus ... Sie steht zwischen Partei und Staatsmacht.“

1922 wurde die Sowjetunion gegründet. Die späten zwanziger und die dreißiger Jahre waren eine der tragischsten Perioden der russischen Geschichte. Die rasante industrielle und militärische Entwicklung wurde durch eine außerordentlich zentralisierte Staatsmacht, praktisch eine Diktatur, durchgesetzt. Dies alles ging auf Kosten von Millionen menschlicher Opfer. Die Zwangskollektivierung war die Liquidierung des bäuerlichen Eigentums und das Verjagen der Bauern in die staatlichen Kollektivgüter, faktisch eine Form staatlicher Leibeigenschaft. Ende der zwanziger Jahre wurden Bauern, die Widerstand leisteten, massiven Repressionen ausgesetzt. In der Wolga-region, dem traditionellen russischen Kornspeicher, wurde eine noch nie da gewesene Hungersnot provoziert. Nach neueren Schätzungen sollen durch diese „Vertilgung durch Hunger“ mehrere Millionen Menschen umgekommen sein. Das unwahrscheinliche Tempo der Industrialisierung – der Bau von Werksanlagen, Eisenbahnen, Straßen und Kanälen – wurde begleitet von der Fron hunderttausender Gefangener des GULAG.

Gerade in dieser Zeit wurden die Gesetze erlassen, nach denen die Gewerkschaften Teil des staatlichen Apparats wurden. Eines dieser Gesetze bedeutete die zwangsweise Vereinigung des allrussischen Gewerkschaftssowjets mit dem Arbeitsministerium. Mit diesem Gesetz wurde auch das Einbehalten der Mitgliedsbeiträge angeordnet. Innerhalb der Gewerkschaften existierte eine Opposition, die diese Anordnungen nicht akzeptierte, die aber sehr schnell unterdrückt wurde und im Prinzip keine Chancen hatte. Am Anfang der Dreißiger sind die Gewerkschaften ein untrennbarer Teil der staatlichen Maschinerie geworden und – wie offiziell gesagt wurde – der Transmissionsriemen der Partei. Die Hauptlösung der Gewerkschaften in der sowjetischen Zeit war „Die Gewerkschaften sind die Schule des Kommunismus“. Gewerkschaftliche Funktionäre traten in die führende „Nomenklatur“ des Landes ein – wie staatliche Beamte.

In der Sowjetzeit haben die Gewerkschaften alle positiven wie negativen Entwicklungen in der Gesellschaft in den eigenen Reihen erfahren.



Gewerkschaftliche Strukturen korrespondierten mit den Strukturen der Sowjetherrschaft – den Branchenministerien entsprachen die Branchengewerkschaften. Auf der regionalen Ebene gab es die gleichen gewerkschaftlichen Branchenstrukturen noch einmal.

Den Gewerkschaften wurden vom Staat umfangreiche Sozialfunktionen auferlegt: Sozialversicherung, Zuweisung von Kur- und Erholungsplätzen und ähnliches. In den Betrieben hatten sie allenfalls eine Schlichterfunktion. Die Erfüllung der staatlichen Planziele galt auch für sie als oberstes Gebot. Die große Wende brach dann in den frühen 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts gewaltsam in ein etabliertes System ein. Ihre Bewährungsprobe unter marktwirtschaftlichen Bedingungen stand nun an.

Und so resümiert etwas resigniert ein Gewerkschaftsveteran: „Fast das ganze 20. Jahrhundert haben wir unter totalitären Regimes gelebt, nicht hoffend auf gerechte Gesetze oder schlagkräftige Gewerkschaften, nein, eher auf das gute Väterchen Zar oder auf den weisen Generalsekretär oder nun auf den gerechten Präsidenten. Bis heute lieben wir es, eher über Menschenrechte und Arbeitsrechte zu schwätzen, als diese Rechte in die Realität umzusetzen.“

- 27. 05. 1997 In Paris wird die NATO–Russland-Grundakte unterzeichnet.
- 01. 12. 1997 Das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU tritt in Kraft.
- 31. 12. 1999 Präsident Jelzin tritt zurück. Putin wird Interims-Präsident; Wahl zum Präsidenten am 26. 3. 2000.
- 02. 01. 2002 Konstituierung des reformierten Föderationsrates in neuer Zusammensetzung aus ernannten Vertretern der Regionen.
- 24. 05. 2002 Unterzeichnung des russisch-amerikanischen Vertrages über Reduzierung strategischer Offensivwaffen durch die Präsidenten Putin und Bush in Moskau.
- 28. 05. 2002 Vereinbarung der NATO-Staats- und Regierungschefs mit Präsident Putin zum neuen NATO-Russland-Rat „zu 20“ beim NATO-Sondergipfel in Rom.
- 07. 12. 2003 Parlamentswahl (Duma): 50 % der Sitze über Direktwahlkreise, die anderen 50 % übers Verhältniswahlrecht (mind. 5 Prozent) Zwischen den Parlamentswahlen 2003 und 2007 wurde eine Reihe von Gesetzesänderungen vorgenommen, die nach Darstellung der russischen Staatsführung das Ziel hatten, das Parteiensystem zu konsolidieren. Die Gründung von Parteien wurde erschwert, und die Bedingungen für den Einzug in die Duma wurden schwieriger gestaltet.
- 14. 03. 2004 Gesamtrussische Präsidentschaftswahlen. Putin wird mit 71,3 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt.
- 09. 05. 2005 60 Jahre Kriegsende; Feierlichkeiten in Moskau in Anwesenheit von über 50 Staats- und Regierungschefs
- 02. 12. 2007 Parlamentswahlen (Wahlbeteiligung: 63 %) Für die Wahl 2007 wurde das Wahlsystem zu einem ausschließlichen Verhältniswahlrecht geändert. Die Hürde für den Einzug ins Parlament wurde von fünf auf sieben Prozent angehoben. Das Wahlrecht sieht jedoch vor, dass in jedem Fall die zweitstärkste Partei ins Parlament einzieht, auch wenn diese weniger als 5 Prozent der Wählerstimmen erreichen sollte.
Eine weitere Änderung besteht in der Abschaffung der Mindestwahlbeteiligung, die bis dahin bei 25 % lag. Außerdem wurde die Möglichkeit abgeschafft „gegen Alle“ zu stimmen – eine Besonderheit des russischen Wahlrechts.
- 02. 03. 2008 Gesamtrussische Präsidentschaftswahlen



II. Die neue Souveränität der Gewerkschaften

Auf der Suche nach der verlorenen Identität

Der 1992 beginnende Reformprozess führte Russland in die schwierigste Etappe seiner Systemkrise. Die schockierende Aufhebung der Preisbindung für sämtliche Waren führte zu einer dramatischen Senkung des Realeinkommens und zum Verlust der privaten Ersparnisse. Statt eines gründlich überlegten Übergangs zur Marktwirtschaft kam es zur Hyperinflation (1.000 Prozent im Dezember 1992) und einem massiven Rückgang der Wirtschaftstätigkeit. Der vom Staat festgelegte Mindestlohn entsprach nicht einmal einem Viertel des tatsächlichen Existenzminimums. Schon damals wiesen die Gewerkschaften auf die Unzulänglichkeiten dieses Reformkurses hin. Überstürzt und ohne die erforderlichen infrastrukturellen Vorbereitungen sei sein Scheitern vorprogrammiert, erklärte das Koordinierungskomitee der Föderation der Unabhängigen Gewerkschaften.

Unerfüllt blieben die Versprechungen der politischen Führer des neuen Regimes, wonach sich die Lage zum Herbst 1992 stabilisieren und ein wirtschaftlicher Aufschwung folgen sollte. Die Gewerkschaften warnten die Regierung, dass eine weitere Missachtung der Arbeiterinteressen unausweichlich in Forderungen nach Regierungsrücktritt münden werde. Die weitere Senkung des Lebensstandards werde zu einer Verstärkung und Politisierung der Streikbewegung führen. Mehr als eine Million Menschen nahmen im Oktober 2002 an Kundgebungen mit der Forderung nach einer Korrektur des Reformkurses im Interesse der arbeitenden Bevölkerung teil.

Das Angebot der Gewerkschaften zum sozialen Dialog wurde ignoriert. Die Beschäftigten des Bildungs- und des Gesundheitswesens begannen mit einer landesweiten Streikbewegung mit Kundgebungen und Demonstrationen. Andere Branchen folgten. Es entstand der russische Koordinierungsrat der Streikkomitees. So erneuerte die russische Gewerkschaftsbewegung in den ersten Reformjahren ihre Kampferfahrungen. Diese neu erlangte Souveränität der Gewerkschaften hatte positive und negative Aspekte: Einerseits brachte sie Unabhängigkeit, Dynamik und Flexibilität, auf der anderen Seite aber auch Aufsplitterung in oft ideologisch motivierte Strömungen. Gemeinsam bleibt ihnen jedoch der Wille zum Kampf um mehr Rechte der arbeitenden Menschen, die Beachtung der gesetzlich garantierten Bürgerrechte, Widerstand gegen das Diktat der transnationalen Konzerne und gegen die Politik der Billiglöhne.

Auch mehr als ein Jahrzehnt nach dem Kollaps des Sowjetsystems ist die russische Gewerkschaftsbewegung noch immer auf der Suche nach einer neuen, den gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungen entsprechenden Identität. Zu tief hatte die mit der Oktoberrevolution einhergehende Rollenzuweisung als Transmissionsriemen der Partei die noch jungen Gewerkschaftsorganisationen des industriell unterentwickelten Riesenreiches geprägt. 70 Jahre Loyalität gegenüber Staat und Partei, Konzentration auf die soziale Fürsorge für ihre Mitglieder bestimmen deren Verhaltensweisen auch heute in einer veränderten Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung.

Zwei Beispiele mögen die Widersprüchlichkeit dieses Zustands verdeutlichen: Er schäme sich nicht, dass sein Betrieb den Namen Lenins trägt, sagt der Gewerkschaftsveteran Stefan Zwekalow, 78, im Herbst 2007. „Sein Betrieb“, das Aluminiumwerk in Kamensk-Uralski, gehört als AUS-SUAL längst einer anonymen Kapitalgesellschaft.

Der stellvertretende Vorsitzende der FNPR, der größten gewerkschaftlichen Dachorganisation in der Russischen Föderation, Issajew, bekleidet zugleich hohe Funktionen in Putins Regierungspartei „Einheitliches Russland“. Dessen Regierung aber fährt einen scharfen neoliberalen Kurs, eliminiert traditionelle Gewerkschaftsrechte und soziale Besitzstände der arbeitenden Bevölkerung.

Die Chefs der großen Industriegewerkschaften unter dem Dach der FNPR tragen diesen Kurs in ihrer großen Mehrheit mit. „Je näher wir den wirklichen Entscheidungsträgern sind, desto direkter ist unser Einfluss“, verteidigt Michail Tarasenko, Präsident der Hütten- und Bergarbeitergewerkschaft (GMPR), diese Haltung.

Dabei macht sich der erfahrene Gewerkschafter keine Illusionen über den sehr harten neoliberalen Regierungskurs in Russland.

Diese Widersprüchlichkeit setzt sich bis in die Regionen fort. Wladimir Radajew, Vorsitzender der gleichen Gewerkschaft in der Uralmetropole Nischnij Tagil, vertritt die Präsidentenpartei im Stadtparlament, meint jedoch gleichzeitig, dass weder diese noch eine andere Partei die Interessen der Arbeiter vertrete. Und er zitiert als Beispiel die Arbeitsgesetzgebung von 2002: „Die Regierung sieht in der Gewerkschaftsbewegung eine politische Kraft und eine potenzielle Bedrohung. Die Gewerkschaftsgesetze dienen also zur Beschränkung einer zukünftigen politischen Bewegung.“



Demonstration in Nishnij Tagil, Oktober 2002

Experten wie der Leiter des Moskauer Büros der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), Sten Toft Petersen, sehen angesichts dieser Situation wachsende Spannungen in der Führung des Dachverbandes FNPR und Fraktionen, die mit diesem Kurs nicht länger einverstanden sind. Ganz offen bestätigt der 1. Vizepräsident der Kohlebergarbeitergewerkschaft, Ruben Badalow, dass damit nicht mehr alle übereinstimmen. Und er empfiehlt, nach anderen Wegen im Verhältnis zu den politischen Parteien zu suchen. Die enge Liaison mit den Regierenden ist denn auch der Hauptkritikpunkt der unabhängigen Gewerkschaften, also jener Gruppierungen, die mit oft deutlich antikommunistischer Orientierung in den Abwehrkämpfen des Zusammenbruchs und in Opposition zu den staatsnahen Traditionsgewerkschaften entstanden sind. Fast verächtlich spricht Boris Krawtschenko, Präsident der Allrussischen Konföderation der Arbeit (VKT), eines der Dachverbände der unabhängigen Gewerkschaften, über seine Kollegen. Der Dachverband FNPR sei eine unsoziale Gewerkschaft, eine Lobbyistengewerkschaft, die sich nur um das Sozialpaket kümmere. Mit ihr gebe es keine Zusammenarbeit. Wenn es in Betrieben und auf lokaler Ebene trotzdem zu gemeinsamen Aktionen kommt, so sehen unab-

hängige Beobachter der russischen Szene dennoch kaum eine Chance, dass die Sprachlosigkeit auf der Führungsebene in absehbarer Zeit von einem kooperativen Dialog abgelöst wird. Dabei scheint die Kritik an den Traditionsgewerkschaften nicht in allen Punkten berechtigt. Die von Krawtschenko inkriminierte Verteidigung des Sozialpakets – hier verstanden als eine Summe materieller Errungenschaften – hat in der postsowjetischen Gesellschaft vielmehr einen hohen Stellenwert. Ausnahmslos haben sich die in aller Eile privatisierten Großbetriebe, ihrer eisernen Profitlogik folgend, sofort des „sozialen Ballasts“ entledigt. Betriebskindergärten, Sanatorien, Spezialkliniken für Berufskrankheiten und Betriebsberufsschulen wurden rücksichtslos geschlossen, ohne dass ein staatliches System Ersatz bietet. Der Kampf um diese Einrichtungen ist existenziell für Mütter, Kranke und Jugendliche. Tatsächlich ist es in Unternehmen mit hohem gewerkschaftlichen Organisationsgrad gelungen, Betriebsvereinbarungen durchzusetzen, mit denen solche sozialen Besitzstände erhalten bleiben. Eine Studie des Moskauer Instituts für vergleichende Analyse von Arbeitsbeziehungen (ISITO) belegt, dass die Akzeptanz der Gewerkschaften

sinkt. Nach dieser Studie waren 2004 etwa 40 Prozent der Arbeitnehmer Russlands gewerkschaftlich organisiert. Die große Mehrheit von ihnen ist in großen Industriebetrieben und im Staatsdienst beschäftigt. In den schnell wachsenden neuen Bereichen der Dienstleistungen, Handel und Finanzen sind die gewerkschaftlichen Aktivitäten gering. Der Mitgliederschwund sei unübersehbar. Weitaus häufiger als an ihre Gewerkschaft wenden sich Beschäftigte mit konkreten Problemen direkt an die Betriebsleitung. Er sei grundsätzlich gegen Gewerkschaften, sagt mit unbeschwerter Offenheit ein Produktionschef von GASPROM im sibirischen Nadym. Die Fürsorge durch das Unternehmen reiche völlig aus. Und er bestätigt mit patriarchalischer Geste: „Die Arbeiter kommen mit ihren Problemen zu uns.“ Das bleibt natürlich auf der Gewerkschaftsseite nicht unwidersprochen. Gerade bei der staatlichen GASPROM werde erst heute und nach einer heftigen antigewerkschaftlichen Kampagne überhaupt miteinander verhandelt, weiß Lew Mironow zu berichten, der Präsident der Öl- und Gasarbeitergewerkschaft. Was GASPROM leiste, sei hart erkämpft worden. Das Hauptproblem, vor dem die russischen Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit stehen, ist die

Die wichtigsten Gewerkschaftsdachverbände

FNPR (Föderation der Unabhängigen Gewerkschaften Russlands)

KTR (Konföderation der Arbeit)

VKT (Allrussische Konföderation der Arbeit)

SOZPROF (Sozialgewerkschaftsbund)

FNPR, KTR und VKT gehören dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB – früher IBFG) an.

Die Föderation der Unabhängigen Gewerkschaften Russlands (FNPR)

Die Föderation der Unabhängigen Gewerkschaften Russlands (FNPR) wurde im Jahr 1990 gegründet. Dies war die Reaktion auf globale gesellschaftliche Veränderungen, auf den Zerfall des sowjetischen Systems. Es war noch die Spitze der Sowjetgewerkschaften, der Allunionszentralrat der Gewerkschaften der UdSSR (WZSPS) mit seinen Gliederungen, der zur Gründung des neuen Dachverbandes aufgerufen hatte.

Anfang 1990 hatten die russischen Gewerkschaften 77 Millionen Mitglieder, denn in der Sowjetzeit war die Mitgliedschaft praktisch obligatorisch. Ende 1990 hatte die neue FNPR 54 Millionen Mitglieder. Nach eigenen Angaben sank die Zahl bis Anfang 2000 auf 38 Millionen und betrug Ende 2006 noch 28,6 Millionen und damit 93 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder des Landes.

FNPR ist der größte gewerkschaftliche Dachverband der Arbeiter in Russland. Er vereinigt 42 gesamtrussische Branchengewerkschaften mit Mitgliedsrechten und fünf Gewerkschaften, die ihre Beziehungen auf Grund bilateraler Vereinbarungen über die Zusammenarbeit gestalten, sowie 78 regionale Verbände, die neben den Branchengewerkschaften Mitgliedsorganisationen der FNPR sind.

FNPR hat faktisch die organisatorische Doppelstruktur erhalten, die die Sowjetgewerkschaften hatten. Das oberste Organ ist der Kongress, der alle fünf Jahre abgehalten wird und zuletzt im November 2006 zusammentrat. Das Recht der Vertretung auf dem Kongress haben die Branchengewerkschaften sowie die territorialen Organisationen. Seit 1993 ist Michail Schmakow der Vorsitzende der Unabhängigen Gewerkschaften Russlands. Obwohl die konkurrierende „Allgemeine Konföderation der Gewerkschaften“ formal zum rechtlichen Nachfolger ernannt wurde, ist FNPR die tatsächliche Nachfolgerin der sowjetischen Gewerkschaften. In der Gesellschaft sowie im gewerkschaftlichen Milieu hat sich für sie der Begriff der „Traditionalisten“ – bezogen auf die sowjetische gewerkschaftliche Tradition – eingebürgert. FNPR betont in ihren Grundsatzdokumenten die Unabhängigkeit vom Staat, von den Arbeitgebern, deren Verbänden, von politischen Parteien und anderen gesellschaftlichen Einrichtungen. Gleichzeitig jedoch orientiert sich die Führung der FNPR seit dem Jahr 2000 deutlich auf die Partei „Einheitliches Russland“, die dominierende Regierungspartei in Moskau. Mehrere prominente Gewerkschaftsführer sind Abgeordnete dieser Partei im Parlament und gehören deren Führungsgremien an.

Von den 30 Vertretern der gewerkschaftlichen Seite in der russischen dreiseitigen Kommission für die Regelungen der Sozial- und Arbeitsbeziehungen, (Tripartite Kommission der Sozialpartnerschaft) gehören 24 den Mitgliedsorganisationen des FNPR an. Sie gibt auch die Gewerkschaftszeitung „Solidarität“ heraus.

Seit 2000 ist FNPR Mitglied des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB – früher IBFG). Auf dessen 18. Weltkongress wurde der Vorsitzende Schmakow zum Vizepräsidenten gewählt,

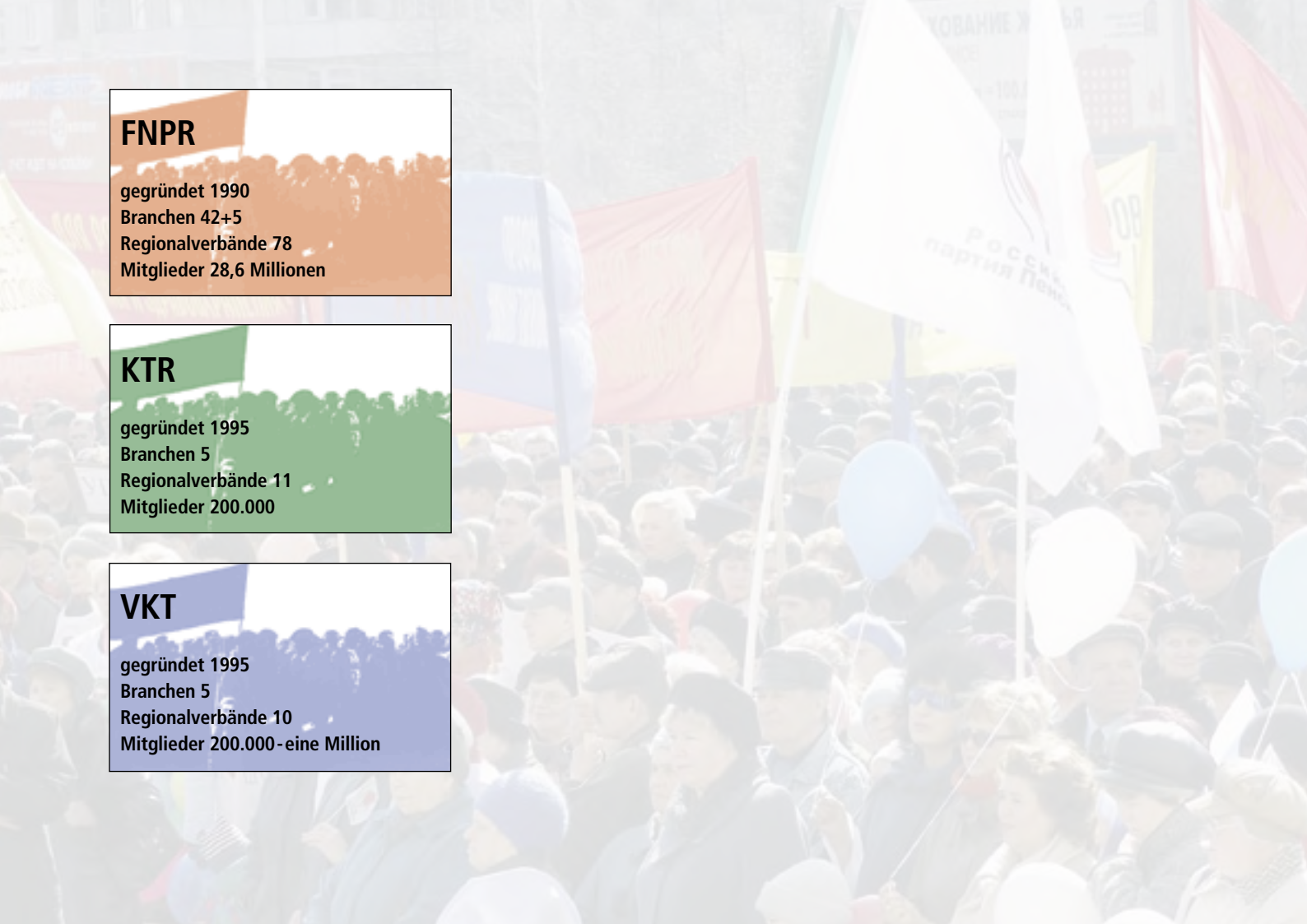
Beseitigung der erschreckenden Lohndifferenz. So beträgt das Verhältnis der zehn Prozent am höchsten bezahlten Beschäftigten zu den zehn Prozent am Ende der Lohnskala das Fünfzehn- bis Sechzehnfache. Der gesetzliche Mindestlohn beträgt 1.400 Rubel, das sind etwa 40 Euro.

Das Existenzminimum liegt jedoch bei 4.414 Rubel, rund 126 Euro. Die Bemühungen der Gewerkschaften sind nicht ohne Erfolg. Gewerkschaftsmitglieder erhielten nach der ISITO-Analyse 2004 im Landesdurchschnitt rund sieben Prozent höhere Löhne als Nichtorganisierte. Im Jahre 2003 konnte die Hütten- und Bergarbeitergewerkschaft in den Eisenhüttenwerken einen Mindestlohn von 250 Euro durchsetzen. Leider gibt es nicht viele solcher Beispiele.

Insgesamt werden die Gewerkschaften in der Russischen Föderation massiv behindert durch die Arbeitsgesetzgebung von 2002. Zwar sind die kleineren und die unabhängigen Gewerkschaften stärker betroffen, aber auch die staatstreu sind in ihren Möglichkeiten, etwa eine einheitliche Lohnpolitik durchzusetzen, deutlich beschränkt. Das gewerkschaftliche Mitspracherecht wurde weitgehend reduziert, das Streikrecht deutlich eingeschränkt. Das Recht auf Arbeitsniederlegung wird zwar eingeräumt, jedoch sind die Bedingungen so eng gefasst, dass sie die Organisation eines Streiks so gut wie unmöglich machen. Die antigewerkschaftliche Tendenz dieser Gesetzgebung wird durch neue Regelungen noch verschärft, die im Oktober 2006 in Kraft traten. Sie führen den Begriff „Organ der primären Gewerkschaftsorganisation“ ein, eine Institution, die mit den gleichen Rechten wie die Gewerkschaften die Nichtorganisierten vertreten und in Konkurrenz zu den Gewerkschaften agieren soll. Tatsächlich weist die amtliche Statistik aus, dass die Streikaktivitäten mit dem Jahre 2002 gegen null geführt wurden und sich erst 2006 wieder belebten.

Die Loyalität der traditionellen Gewerkschaften gegenüber dem radikal-neoliberalen Regierungskurs führt zu einer schwindenden Akzeptanz unter den Beschäftigten – nicht aber zu einem entsprechenden Erstarken der neuen Gewerkschaften. Hoffnungen, dass aus diesen kämpferischen Organisatoren der Arbeiterkämpfe der 90er Jahre ein neuer Typ basisorientierter Interessenvertretung entstehen würde, haben sich nicht erfüllt. Seriösen Umfragen zufolge setzen nur noch rund elf Prozent der Russen echtes Vertrauen in die Gewerkschaften.

Die Suche nach Mitteln und Wegen, diesen Trend aufzuhalten oder gar umzukehren, bewegt sich bislang erfolglos im Bereich theoretischer Debatten oder unfruchtbarer Polemik. Eine in den Reihen der russischen Gewerkschaften diskutierte Orientierung hin zu den neuen sozialen Bewegungen, wie sie bei der Allrussischen Konföderation der Arbeit (VKT), in lokalen Auseinandersetzungen und bei einigen Vordenkern in der FNPR sichtbar wird, öffnet angesichts der Schwäche dieser Bewegung allenfalls eine ungewisse Perspektive für eine fernere Zukunft.



FNPR

gegründet 1990
Branchen 42+5
Regionalverbände 78
Mitglieder 28,6 Millionen

KTR

gegründet 1995
Branchen 5
Regionalverbände 11
Mitglieder 200.000

VKT

gegründet 1995
Branchen 5
Regionalverbände 10
Mitglieder 200.000-eine Million

Konföderation der Arbeit Russlands (KTR)

Die Konföderation der Arbeit wurde 1995 von den unabhängigen freien Gewerkschaften gegründet, die Anfang der 90er Jahre buchstäblich bei Null angefangen haben. Sie entstanden durch die Aktivitäten der Arbeiter in einigen Branchen im Rahmen der allgemeinen Demokratisierung der Gesellschaft. KTR war zunächst als ein Verband aller Gewerkschaften gedacht, zumindest aber der Mehrheit der freien russischen Gewerkschaften. Das erwies sich jedoch als unmöglich. Aus verschiedenen Gründen haben Teile der Gewerkschaften nicht an der Vorbereitung des Gründungskongresses teilgenommen, andere wiederum haben den Kongress verlassen.

KTR vereint fünf Branchengewerkschaften. Kern sind die Gewerkschaften des Seetransportes – die Gewerkschaften der Seeleute, der Dockarbeiter und der Arbeitnehmer des Seetransports –, sowie die Gewerkschaft der Lokomotivführer und die Assoziation der Zivilluftfahrt. Mitgliederorganisationen der KTR sind auch elf regionale Gewerkschaften. Die offiziell angegebene Mitgliederzahl liegt bei einer Million. Experten schätzen die tatsächliche Mitgliedschaft auf nicht mehr als 200.000. Präsident der KTR ist Alexander Schepel. Seit 2000 ist auch KTR Mitglied des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften – IBFG (heute IGB).

Allrussische Konföderation der Arbeit (VKT)

Die Allrussische Konföderation der Arbeit wurde 1995 gegründet. Sie vereint praktisch jene Führer der freien Gewerkschaften und deren Anhänger, die mit der Gründung der FNPR wegen erheblicher Meinungsverschiedenheiten nicht einverstanden waren.

Sie besteht aus fünf Branchengewerkschaftsverbänden, die sehr verschieden nach Mitgliederzahl und Struktur sind. Die Unabhängigen Gewerkschaften der Bergleute, die in den 90er Jahren eine der Stützen und das Symbol der freien Gewerkschaftsbewegung waren, spielen die wichtigste Rolle. Sie haben bis zu 60.000 Mitglieder. Dazu gehört auch die Gewerkschaft der Beschäftigten der U-Bahn (Metro). Hinzu kommen Gewerkschaftsgruppen aus der Metallindustrie, der Ingenieure und der Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes. Es gibt 10 regionale Verbände.

Ende der 90er Jahre und Anfang 2000 nannte VKT eine Mitgliederzahl von einer Million. Nach Expertenurteil betrug sie Ende 2006 nicht mehr als 200.000. Der Vorsitzende des VKT-Rats ist Boris Krawtschenko. Seit 2000 ist VKT im IBFG (heute IGB).

Dynamik der Streikbewegung

Protest vor dem Kongress

Im November 2006 fand in Moskau der Kongress der Föderation Unabhängiger Gewerkschaften Russlands (FNPR) statt. Der Rechenschaftsbericht des Generalrats bestätigte das Festhalten am Kurs der Sozialpartnerschaft. Die Gewerkschaftsführung sah sich gleichzeitig massiver Kritik „von oben“ und „von unten“ ausgesetzt. Während Präsident Putin ihr in seiner Ansprache vorwarf, „bei weitem nicht immer Verantwortung für die Lösung konkreter Probleme der Arbeiter (zu) übernehmen“ und daran erinnerte, dass der Verband in den letzten fünf Jahren 10 Millionen Mitglieder verlor, erhoben protestierende Gewerkschafter vor dem Kongressgebäude genau den gleichen Vorwurf.

Während die inneren Spannungen im größten Dachverband FNPR während dessen letztem Kongress im November 2006 noch weitgehend unter der Decke gehalten wurden und die sorgfältige Konferenzregie nicht störten, kam es vor dem Kongressgebäude zu lautstarken Protesten. 50 Erdölarbeiter – alles FNPR-Mitglieder – aus den sibirischen Ölzentren Surgut hatten sich zur Eröffnung eingefunden, um mehr Demokratie einzufordern. Unterstützt von Aktivisten linker Jugendverbände verlangten sie den Rücktritt des Vorsitzenden Michael Schmakow und offene demokratische Wahlen des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter. Auf Transparenten verlangten sie „Freiheit für die unabhängigen Gewerkschaften“ und „Schluss mit der Verfolgung der Gewerkschaftsaktivisten“. In kurzen Ansprachen beklagten sie, dass selbst in so gewinnbringenden Branchen wie der Erdölindustrie nur Löhne von (umgerechnet) 500 Euro einschließlich aller Zuschläge und Prämien gezahlt werden. Proteste selbst gegen Gesetzesverstöße durch die Unternehmen würden mit Prämienstreichungen oder gar Entlassungen geahndet. Die Gewerkschaftsvertretungen hätten dem tatenlos zugesehen und seien ohnehin nur noch „Teil der Unternehmensverwaltung“. Der Protest war nur von kurzer Dauer. Die berüchtigte Spezialpolizei OMON rückte in Kompaniestärke an und verfrachtete den Kern der Aktivisten aufs Polizeirevier.

Streikaktionen 1989-2005

Die Streikbewegung im Russland der Wendezeit begann im Jahre 1989 und erreichte ihren Höhepunkt im Jahre 1997. Sie sank dann etwa zeitgleich mit der neuen Arbeitsgesetzgebung 2002 gegen Null, um dann bis zum Jahr 2006 wieder leicht anzusteigen.

Die Proteste gegen die unerträglichen Lebensumstände als Folge einer galoppierenden Inflation und verweigerter Lohnzahlungen verbanden sich schnell mit der Forderung nach Demokratisierung. Der Funke der Unzufriedenheit zündete erstmals in größerem Umfang im Juli 1989 in der Bergbauregion des Kusbass am Don. Die Massenstreiks führten 1990 zur Gründung der ersten Unabhängigen Gewerkschaft der Kohlebergarbeiter. Es folgten 1992 und 1993 die anhaltenden Streikbewegungen im Gesundheits- und Bildungswesen. Über eine Million Menschen nahmen allein im Oktober 1992 an den Kundgebungen und Demonstrationen teil. Im Gesundheitswesen kam es zu demonstrativen Hungerstreiks. Die Schul- und Hochschullehrer führten landesweite Warnstreiks durch und veranstalteten symbolische Beerdigungen ihrer Einrichtungen. Die Löhne in diesen Bereichen lagen um die Hälfte niedriger als der ohnehin elende Durchschnittslohn.

Die Streiks wurden intensiver und dauerhafter und erfassten alle Bereiche. Lag die durchschnittliche Streikdauer 1993 noch bei zwei Tagen, so war sie 1997 auf 6,8 Tage je Beschäftigten gestiegen. Die Kampffaktionen richteten sich auch immer wieder gegen die oft nach vielen Monaten zählenden Lohnrückstände. Es beteiligten sich praktisch alle Industriebranchen, Dienstleistungsbereiche und auch die Verwaltung. Die lange zögernden Metallarbeiter verloren 1996 die Geduld. Innerhalb eines Jahres verdreifachte sich die Zahl der Streikenden.

Die Welle der Massenstreiks ging zurück, als ab 2000 die Löhne pünktlich gezahlt, die Lohnschulden allmählich beglichen wurden und sich auch die Rentenzahlungen normalisierten. Zugleich wurden mit dem neuen Arbeitsgesetz erhebliche Schranken für die Durchführung von Streiks errichtet.

Demonstration mit heißer Debatte



Jahr	Zahl der bestreikten Betriebe in 1000	Zahl der streikenden Arbeitnehmer in 1000	Verlorene Arbeitstage pro Arbeiter
1992	6.273	357,6	1.893,3
1995	8.856	489,4	1.367,0
2000	817	30,9	236,4
2001	291	13,0	47,1
2002	80	3,9	29,1
2003	67	5,7	29,5
2004	5.993	195,5	210,9
2005	2.575	84,6	85,9

Staatliches Amt für Statistik, Moskau



Michail Tarasenko, Präsident der russischen Hütten- und Bergarbeitergewerkschaft (GMPR)

Mehr Einigkeit im Handeln

Michail Tarasenko war auf dem letzten Kongress der gewerkschaftlichen Dachorganisation FNPR Ende 2006 einer der Hauptredner mit scharfen kritischen Akzenten. Ein halbes Jahr zuvor hatte er seine Position in einem persönlichen Interview noch so bestimmt:

Die Gewerkschaften sind heute in Russland ein gewichtiger Teil der Zivilgesellschaft. Die Tatsache, dass gegen uns heute so hart gekämpft wird, ist schon ein Beweis, dass wir ernst genommen werden. Unsere Gegner sind die Besitzer der privatisierten Metallindustrie. Natürlich sind die Gewerkschaften auch Gegenmacht. Aber es gibt heute bei uns

keine Alternative zur Sozialpartnerschaft. Im Dialog können größere und kostspielige Auseinandersetzungen verhindert werden. Streiks sind im Jahre 2006 in der Stahlindustrie seltener geworden. Wir waren immer Gegner extremer Formen der Verteidigung von Arbeiterinteressen. Wichtige Änderungen werden wir nur durchsetzen, wenn wir in der dreiseitigen Kommission der Sozialpartnerschaft zu gemeinsamen Entschlüssen kommen. Wir haben einen sehr harten neoliberalen Regierungskurs in Russland. Trotz aller sozialen Rhetorik vertritt die Regierung die Interessen des Großkapitals. In ihrer Gesetzgebung wird die soziale Verantwortung der Arbeitgeber immer mehr reduziert. Die Sozialpolitik ist in unserem Lande weit zurück geblieben. In diesen Fragen müssen wir sehr hart mit der Regierung reden. Wenn die sozialen Standards nicht erhöht werden, bleiben wir noch lange auf dem Niveau eines Entwicklungslandes. Tatsächlich sehen uns die internationalen Konzerne als Billiglöhndland, in dem die sozialen Garantien fehlen. Das ist in meinen Augen kein Standortvorteil, sondern eine nationale Schande. Es ist kein Geheimnis, dass internationale Konzerne gerne in Ländern aktiv sind, in denen soziale Garantien fehlen und das Lohnniveau niedrig ist. Das vergrößert den Ertrag. Wenn die Rede von Russland ist, dann ist die Position der russischen Gewerkschaften sehr klar. Wir sind gegen Investitionen, wenn die sozialen Komponenten fehlen. Wir brauchen die weltweite Solidarität gegen Lohn- und Sozialdumping. Deshalb haben wir unsere Forderung nach einheitlichen Regeln und Standards für die Arbeitswelt formuliert. Es geht um eine Globalisierung mit menschlichem Gesicht. Die Globalisierung ist ein objektiver Prozess. Die Antwort der Gewerkschaften ist mehr Einigkeit im Handeln. Den internationalen Gewerkschaftsverbänden kommt eine wachsende Rolle zu, um eine Vertiefung der Kluft zwischen Arm und Reich zu verhindern. Wir müssen gemeinsame Standards entwickeln. Ob die Globalisierung zum Nutzen der Menschen gereicht, hängt auch von den Gewerkschaften ab. In unserer Gewerkschaftsarbeit haben wir vor allem Schwierigkeiten in den Regionen, sie sind finanzieller und personeller Art. Es fehlt uns an

Arbeitsschutz- und Rechtsexperten. Die Gewerkschaftsgruppen in den Betrieben, die nach dem Ende des planwirtschaftlichen Systems lange nach ihrer Rolle gesucht haben, entwickeln heute ehrenamtliche Aktivitäten. Wir haben jetzt 20.000 solcher „Bevollmächtigten“. Mit ihrer Hilfe entwickeln wir auch die Bildungsarbeit. Wir besitzen ein hervorragendes Ausbildungszentrum, das zunächst noch etwas mit den Schablonen der Sowjetzeit behaftet war. Wir brauchen nicht nur Hunderte hochqualifizierter Funktionäre, die jederzeit auch zum Management überwechseln könnten. Wir benötigen vor allem Hunderte von gut ausgebildeten Arbeitern aus den Reihen der erfahrenen Betriebsarbeiter, die in der Lage sind, in ihrer Sprache unsere Politik verständlich zu machen. Das ist umso wichtiger, als in unseren Massenmedien, in Rundfunk und Fernsehen unsere russische Arbeitswelt praktisch nicht mehr vorkommt. Probleme bereitet uns die unendliche Dimension unseres Landes. Es sind Kommunikationsprobleme, aber es ist auch die Mentalität die noch immer stark von der Sowjetzeit geprägt ist. Der FNPR fehlt der politische Wille, Konflikte mit den Regionen auszutragen. Wir sind mit der Regierungspartei „Einheitliches Russland“ nicht in allen Fragen einverstanden, aber wir kooperieren. Jedenfalls hat die Zentrale unserer Gewerkschaft bei den letzten Wahlen keine Kandidaten mehr unterstützt und dies den Regionalverbänden überlassen. Wir sind bereit, mit den verschiedensten Parteien zusammen zu arbeiten, auch mit den Kommunisten, obwohl es die zurück in die Sowjetunion zieht. Leider gibt es in unserem Lande keinen starken linken Block. Probleme macht uns auch noch immer der Wandlungsprozess, unsere neue Rolle, unsere Identität, unser Platz im Kapitalismus.

Michail Tarasenko auf dem Kongress der FNPR am 14. November 2006:

„Bei uns in der Metallindustrie herrscht das Prinzip ‚nicht die Menschen für das Metall, sondern das Metall für die Menschen‘. Es macht ganz den Eindruck, dass die Regierung der Russischen Föderation die wirklichen Probleme nicht ernst nimmt. Sie sind in den verschiedenen langfristigen und mittelfristigen Programmen der Verwaltung zur radikalen Änderung der staatlichen Arbeits- und Sozialpolitik nicht vorgesehen. Das Beharren in diesen Fragen ist eine Dominante in unserer – wie die Wirklichkeit zeigt – neoliberalen Regierung. Einige Beispiele zu dieser These: Trotz aller Hinweise der Gewerkschaften beträgt der Mindestlohn – immerhin fast das einzige Instrument des Staates in der Arbeitsmarktpolitik – nach wie vor nur 30 Prozent des Existenzminimums. Die ab Januar oder September geplante Erhöhung des Mindestlohns auf 2.000 Rubel ist leider kein Sieg der Gerechtigkeit, sondern ein Zeichen der Schwäche. Auch der Mensch mit minderer Qualifikation, der die ganze Woche gearbeitet hat, darf nicht unter dem Existenzminimum bezahlt werden, das ohnehin nur sein biologisches Überleben ermöglicht. Zum dynamischen Lohnwachstum, zur dynamischen Erneuerung des Produktionsfonds und zum dynamischen Rentenwachstum gibt es keine Alternativen. Und das muss die Priorität der staatlichen Politik werden.“

Bezüglich der Sozialpartnerschaft hatte Tarasenko in dem halben Jahr eine pessimistische Sichtweise eingenommen:

„Die Spielereien mit der Sozialpartnerschaft sind nun vorüber. Wir müssen uns den komplizierten Aufgaben stellen, weil dies die Zeit erfordert, weil dies die Menschen wollen und – was ganz wichtig ist – weil es dafür reale wirtschaftliche Möglichkeiten gibt. Es ist selbstverständlich unmöglich, Wohlstand nur in einer einzelnen Region, in einem einzelnen Bereich zu schaffen. Nur wir alle zusammen, Metall- und Bergarbeiter, Mediziner und Bauern sind in der Lage, diese gemeinsamen Ziele zu erreichen. Eine starke FNPR ist kein Selbstzweck. Eine starke FNPR ist vor allem eine gewaltige Kraft zum Erreichen unserer gemeinsamen Ziele. Und ich denke, dass wir alle zusammen fähig sind, die Situation zum Besseren zu wenden.“



Boris Krawtschenko, Präsident der Allrussischen Konföderation der Arbeit (VKT)

Auch mit den sozialen Bewegungen

Die Allrussische Konföderation der Arbeit ist nicht nur die einzige große Dachorganisation der unabhängigen Gewerkschaften, sie ist auch die einzige, die eng mit den sozialen Bewegungen und den globalisierungskritischen Netzwerken zusammen arbeitet. Unsere gewerkschaftliche Vereinigung ist 1995 in den Regionen aus zahlreichen Gewerkschaften entstanden, die während des Zusammenbruchs des Sowjetsystems gegründet wurden. Inzwischen haben wir 1,2 Millionen Mitglieder und sind seit 2000 auch Mitglied des IGB. Die Kernorganisationen kommen aus der Nickel-Automobil-, Bergbau-, Transport- und Bergbauindustrie.

Unsere unabhängige Gewerkschaft sieht sich als Alternative zur FNPR, die als Nachfolgeorganisation der Sowjetgewerkschaften betrachtet wird und die zu enge Bindungen an Arbeitgeber, Regierung und Regierungspartei unterhält. FNPR ist eine antisoziale Gewerkschaft, eine Lobbyistengewerkschaft, die sich nur um das Sozialpaket kümmert. Mit ihr ist keine Zusammenarbeit möglich.

Die VKT betont ganz nachdrücklich ihre Unabhängigkeit von Staat, Parteien und Arbeitgebern. Es gibt keine Partei in Russland, mit der eine engere kontinuierliche Zusammenarbeit möglich wäre. Das klappt höchstens in Einzelfällen. Auch die KPRF ist in unseren Augen nur eine Konjunkturpartei.

Die Bedingungen für konsequente Interessenvertretung der arbeitenden Menschen sind in unserem Land nicht günstig. Die Gewerkschaftsgesetzgebung von 2002 beschränkt die gewerkschaftlichen Rechte vor allem im Bereich des Rechtsschutzes. Die Schutzfunktion für die Arbeiter ist erheblich beeinträchtigt. Tarifverhandlungen im Betrieb werden jeweils nur mit der Mehrheitsgewerkschaft geführt. Auch das Streikrecht ist erheblich eingeschränkt.

Unsere wichtigste Aufgabe ist gegenwärtig die Schaffung eines einheitlichen Gewerkschaftszentrums aller unabhängigen Gewerkschaften. Wir müssen neue Verbündete suchen unter anderen zivilgesellschaftlichen Kräften, in linken Gruppen wie zum Beispiel der Linksfrente und bei den Globalisierungskritikern. Wir brauchen die Zusammenarbeit mit den sozialen Bewegungen, um gesellschaftliche Veränderungen bewirken zu können.

Gewerkschaften und Politik

von Alexej Uljanow

Tradition und Gegenwart

Die meisten großen russischen Gewerkschaften können durchaus als unmittelbare Nachfolger der sowjetischen Gewerkschaften betrachtet werden, die dem leninschen Prinzip folgten, dass Gewerkschaften Transmissionsriemen der Partei seien. Für sie ist ein hohes Maß an Integration des Gewerkschafts- und Staatsapparats kennzeichnend. Wie zu Sowjetzeiten sind dabei die Interessen des Staates vorrangig.

Die Traditionen der sowjetischen Gewerkschaften sind nach dem Zusammenbruch des Systems nicht einfach untergegangen. Die wichtigen Gewerkschaftsstrukturen sind geblieben. In den 90er Jahren haben zahlreiche Gewerkschaftsfunktionäre der sowjetischen Zeit problemlos ihre Posten behalten. Also rettete die Transformation der sowjetischen Gewerkschaften auch die Traditionen des Zusammenwirkens mit dem Staat in die neue Epoche.

Aber die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und den Parteien hängen heute wie früher von deren politischer Rolle sowie von ihrer Fähigkeit zum Lobbyismus in den staatlichen Strukturen ab. Die relative Bedeutungslosigkeit der Parteien in den ersten Jahren bewirkte zunächst eine relativ gleichgültige Haltung der Gewerkschaftsführer. Erst mit Gründung der Putin-treuen Partei „Edinaja Rossia“ („Einheitliches Russland“), die bis heute weitgehend die Duma unter Kontrolle hat, wurde die Bedeutung der gewerkschaftlichen Beziehungen zu den Parteien wieder aufgewertet.

Die neuen (alternativen) Gewerkschaften empfanden sich im Gegensatz dazu als Gegengewicht zur staatlichen Politik. Sie entstanden beim Versuch, die sozialen Probleme zu lösen als konfliktfreudig handelnde Organisationen. Sie setzten auf Massenaktionen: Streiks, Streikposten, Demonstrationen. Da die Massenaktionen jedoch wenig Wirkung zeigten und bald an Bedeutung verloren, waren auch diese Gewerkschaften gezwungen, den Weg der Kompromisse und Verhandlungen einzuschlagen. Dabei haben sie viel von den Erfahrungen der traditionellen Gewerkschaften übernommen.

Allgemeine Prinzipien der Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Parteien

In der postsowjetischen Periode haben die Gewerkschaften ihre frühere, das ganze Land und fast alle Wirtschaftszweige umfassende Struktur erhalten. Aber die inneren Beziehungen hatten in vieler Hinsicht einen formellen Charakter. Im Ergebnis bekam jedes Gewerkschaftsorgan mehr Freiheit bei der Suche und Anwendung der politischen Hebel für die Realisierung seiner Ziele. Verschiedene Führer haben ihre eigenen und oft sehr unterschiedlichen Vorstellungen. Deshalb kann man kaum behaupten, dass die traditionellen russischen Gewerkschaften eine einheitliche politische Richtung haben. Sogar auf regionaler und großstädtischer Ebene konnten die Gewerkschaftsführer nicht sicher sein, dass ihre politischen Bündnisse von den Grundorganisationen beachtet werden. Und es gibt keine Garantie, dass die politischen Neigungen der Gewerkschaftsführer von den Mitgliedern geteilt werden. Daraus folgte in den traditionellen russischen Gewerkschaften der postsowjetischen Epoche ein Kurs der Entpolitisierung und der Distanzierung von den politischen Parteien. Das war weniger eine bewusste Politik als vielmehr eine Orientierung auf die Realität. Jede Gewerkschaft vereinigt Menschen mit unterschiedlicher politischer Gesinnung. Versuche, die Gewerkschaften zu politisieren, können daher leicht zur Spaltung oder zur Entfremdung der Mitglieder von der Gewerkschaftsspitze führen. Obwohl viele Gewerkschaftsführer unterschiedlicher Leitungsebenen aus der Nomenklatur der KPdSU kommen, bestimmt das in keiner Hinsicht ihre Neigung zur Kommunistischen Partei der Russischen Föderation. Nach den Traditionen der sowjetischen Gewerkschaften ist die Teilhabe an der staatlichen Macht wesentlich und nicht die kommunistische Ideologie. Außerdem ist die KPRF heute eine Oppositionspartei, deshalb schmälert jede offene Verbindung mit ihr die Möglichkeit, sich mit der antikommunistisch gesinnten Staatsmacht zu arrangieren.

Traditionelle Gewerkschaften und „Edinaja Rossia“

Die Partei „Edinaja Rossia“ (Einheitliches Russland) positioniert sich als eine einzige Partei, die eindeutig und vorbehaltlos den Präsidenten unterstützt. Sie verfügt über eine deutliche Mehrheit in die Duma und hält alle zentralen Positionen besetzt. Ihr Auftreten bildete eine prinzipiell neue Situation im postsowjetischen Parteiensystem: Es wurde wieder ein „Transmissionsriemen“ vom Kreml zu den Massen geschaffen. Wichtige FNRP-Führer ebenso wie die Parteileitung von „Edinaja Rossia“ setzten sich dafür ein, diesen Riemen auch zu nutzen. Aber auch in den traditionellen Gewerkschaften wird die Verbundenheit mit der Präsidentenpartei unterschiedlich gesehen. Zunehmend wird selbst in den Führungsgremien der Mitgliedsgewerkschaften Kritik an diesem Bündnis laut. Die enge Bindung an die Partei des Präsidenten hat widersprüchliche Folgen. Einerseits können die Gewerkschaftsführer ihren Standpunkt ohne Vermittler direkt den Entscheidungsträgern vortragen, andererseits müssen sie die Verantwortung für unpopuläre von der Staatsmacht getroffene Beschlüsse übernehmen.

Alternative Gewerkschaften und Parteien

Bei der Entstehung der ersten alternativen Gewerkschaften war die antikommunistische Ideologie stark ausgeprägt. Das führte die Gewerkschaften in die Arme der liberalen Parteien. Die Unabhängige Gewerkschaft der Bergarbeiter (NPG) hatte zum Beispiel in den 90er Jahren eine enge Bindung an liberale Reformatoren und später an die Partei „Demokratische Wahl Russlands“. Das war ein paradoxes Bündnis: die Kohleindustrie existiert nur dank wesentlicher staatlicher Subventionen, die Liberalen aber traten im Gegenteil für die totale Privatisierung, die Verringerung der Haushaltszuschüsse und Auflassung aller unrentablen Bergwerke ein. Erst viel später haben die Gewerkschaftsführer der NPG eingesehen, dass eine solche Politik ihren Interessen widersprach.



Kommunisten und Gewerkschaften

Die Grundprinzipien der Zusammenarbeit von Kommunisten und Gewerkschaften wurden von Lenin Anfang der 20er Jahre formuliert. Er war der Meinung, dass sich Kommunisten auch in den „reaktionären“ Gewerkschaften betätigen sollen, die mit der bürgerlichen Macht paktierten. Grundsätzlich handeln auch die heutigen Kommunisten in Russland nach diesem Prinzip.

Aber die traditionellen Gewerkschaften, die danach streben, ihre Ziele durch Kooperation mit der Staatsgewalt zu erreichen, vermeiden offene Kontakte mit den Kommunisten. Sie befürchten, es könnte sich negativ auf ihr Image in den Regierungsetagen auswirken. Deshalb halten die Gewerkschaftsführer Distanz zu allen kommunistischen Parteien.

Die Kommunisten wiederum versuchen, sich aktiv in den Gewerkschaften zu betätigen. Dieser Prozess verläuft in zwei Richtungen, einmal durch die Kooperation mit „revolutionären“ alternativen Gewerkschaften, zum anderen durch die Entwicklung von Beziehungen mit einzelnen regionalen Gewerkschaftsführern oder Betriebsgewerkschafts-Vorsitzenden, die aus diesem oder jenem Grunde meinen, dass die Partnerschaft mit den Kommunisten nützlich sein könnte. Die Dezentralisierung der traditionellen Gewerkschaften ermöglicht die Bildung solcher autonomen politischen Bündnisse. Die linksextremen kommunistischen Organisationen verhalten sich im Gegensatz zur KPRF scharf ablehnend gegenüber den traditionellen Gewerkschaften und den alternativen rechten Gewerkschaftsbünden. Sie werden als „Agenten des Bürgertums“ in der Arbeiterbewegung betrachtet.

Über Niedriglöhne und neues Arbeitsrecht

Die neue Arbeitsgesetzgebung in Russland bringt für die Arbeitnehmer wenig Vorteile. Untersuchungen, die nun mehrere Jahre nach ihrem Inkrafttreten durchgeführt wurden, zeigen, dass die Reallöhne niedriger sind, der Mindestlohn weit unter dem Existenzminimum liegt, die Lohnunterschiede immer krasser werden, der Anteil der illegal Beschäftigten steigt und die Arbeitsplatzsicherheit durch die Ersetzung unbefristeter durch Zeitverträge aufgeweicht wird.

Die Arbeitnehmer in Russland erhalten keinen gerechten Anteil an den Früchten des wirtschaftlichen Wachstums. Sicherste das sozialistische System der UdSSR eine „gleiche“ Gewinnverteilung, brachten die Reformjahre schreiendes soziales Unrecht hervor. Dies konnte auch durch den seit 1999 zu beobachtenden wirtschaftlichen Aufstieg nicht wettgemacht werden. Leider wird vier Jahre nach Verabschiedung des neuen Arbeitsgesetzbuches deutlich, dass es die Probleme nicht nur ungelöst ließ, sondern sogar verschärfte.

In den Jahren 2001 und 2002 verlangsamte sich vorübergehend das Tempo des wirtschaftlichen Wachstums. Aber die alle Rekorde brechenden Erdölpreise haben Russland einen erheblichen Vorteil gebracht. Das Bruttosozialprodukt ist im Jahre 2005 um 6,4 Prozent und im ersten Halbjahr 2006 um 2,5 Prozent gestiegen. Die Einwände gegen die hohe Abhängigkeit der russischen Wirtschaft von der „Erdölspritze“ sind richtig. Berücksichtigt man diesen „Standortvorteil“, so sind die wirtschaftlichen Erfolge Russlands im Vergleich mit den Ländern Zentraleuropas in der Tat gar nicht so eindrucksvoll.

Aber trotzdem: Auch die Russen haben das Recht auf eine Verbesserung ihrer materiellen Lage. Auf den ersten Blick sprechen die Zahlen der offiziellen Statistik sogar dafür: 1998 betrug der Durchschnittslohn umgerechnet 40 Euro im Monat und Anfang 2006 mehr als 300 Euro. Die Wahrhaftigkeit der von der offiziellen Statistik zur Verfügung gestellten Daten wird von Experten jedoch angezweifelt. Die meisten Bürger mussten feststellen, dass die Preise stets viel stärker gestiegen sind als nur um die von der Regierung erklärten 9,6 Prozent im Jahre 2006.

Insbesondere erhöhten sich die Preise für Wohnungen und kommunale Dienstleistungen sowie für die Grundnahrungs- und Grundbedarfsmittel. Gerade jene Waren und Dienstleistungen verteuerten sich also unverhältnismäßig, deren Anteil im Warenkorb der ärmsten Familien besonders hoch ist.

Dass der Arbeitslohnanteil am BSP gewachsen ist, erklärt sich jedoch nicht durch eine zielgerichtete staatliche Politik, sondern durch die sich von Jahr zu Jahr verschlechternde demographische Situation. Bereits im Jahre 2010 wird der Mangel an Arbeitskräften in Russland spürbar werden. Die staatliche Lohnpolitik lässt viele Fragen offen. Der vom Staat festgelegte Mindestlohn beträgt monatlich 1.400 Rubel (41 Euro).

Selbst in den meisten GUS-Ländern, deren Stand der Wirtschaftsentwicklung niedriger ist als in Russland, liegt der Mindestlohn höher.

Die neue Version der Arbeitsgesetzgebung von 2002, die Ende 2006 noch verschärft wurde, hat die Entsprechung von Mindestlohn und Existenzminimum verankert. Letzteres wird per Regierungsbeschluss durch die Berechnung eines Mindest-Warenkorbes bestimmt. In der Realität kann dieser Warenkorb jedoch weder die grundlegende Reproduktion der Arbeitskraft noch die notwendige Kalorienzahl sichern. Ende 2006 lag das offiziell deklarierte Existenzminimum bei 4.414 Rubel (126 Euro) pro Monat, also mehr als 3,5 mal so hoch wie der Mindestlohn. Aber die Regierung will den Mindestlohn nicht auf dieses Niveau anheben. Die Gewerkschaften könnten auf der Anhebung des Arbeitslohns und der Senkung der Lohnunterschiede beharren. Die Arbeitsgesetzgebung erlaubt es nämlich, regionale und gewerbliche Mindestlöhne festzulegen, die über dem föderalen Mindestlohn liegen.

Um zu klären, ob das neue Arbeitsgesetzbuch die den Arbeitnehmern darin gewährten Garantien sichert, wurde der Arbeitslohn von vor und nach dessen Inkrafttreten untersucht. Und es stellte sich heraus, dass das neue Gesetzbuch zur Lohnsenkung bei denjenigen Arbeitnehmern geführt hatte, die in den letzten beiden Jahren ihren Arbeitsplatz gewechselt hatten oder an ihrer Beschäftigungsstelle umgesetzt worden waren. Diese erhalten im Durchschnitt 15 Prozent weniger Lohn als diejenigen, die noch unter dem alten Gesetzbuch eingestellt worden waren.

Unter denjenigen, die in den letzten beiden Jahren eingestellt wurden, erhöhte sich der Anteil der Arbeitnehmer, die unter illegalen Arbeitsbedingungen arbeiten, auf 18 Prozent. Festzustellen ist zudem, dass systematisch versucht wird, unbefristete Arbeitsverträge in befristete umzuwandeln.

Und noch ein Problem darf nicht vernachlässigt werden, das unmittelbar mit dem Arbeitsmarkt verbunden ist. Das neue Arbeitsgesetzbuch weist praktisch nur der Föderation der unabhängigen Gewerkschaften Russlands (FNPR) als Nachfolgerin der sowjetischen Gewerkschaftsbewegung ein Existenzrecht zu. Die unabhängigen oder alternativen Gewerkschaften, die in der Zeit der frühen Marktreformen entstanden sind, bleiben im Grunde genommen außen vor. Die FNPR steht absolut loyal zur Regierung.

Die Rolle der alternativen Gewerkschaften war einzigartig in den Jahren des Umbruchs. Die Unabhängige Gewerkschaft der Bergleute hat bereits 1992 einen Kollektivvertrag durchgesetzt und unterzeichnet. Dieses juristische Dokument war ein Durchbruch. Zwar stieß der Tarifvertrag zunächst auf scharfe Ablehnung seitens aller Direktoren, wurde aber später zur allgemeinen Norm, übrigens auch für die FNPR. Es waren gerade die neuen Gewerkschaften, die gelernt hatten, wie man die Arbeitgeber per Gerichtsentscheid zwingt, den realen Arbeitslohn auszus zahlen, Verhandlungen zu führen, die Arbeitnehmer vor ungerechten Kündigungen zu schützen und unbegründeten Personalabbau zu stoppen. Die Arbeitgeber gewöhnten sich an die Verhandlungen, und die Arbeitnehmer lernten, ihre Forderungen auf die realen Möglichkeiten ihrer Betriebe zu beschränken. Übrigens, trotz aller Kritik an den gegenwärtigen Gewerkschaften muss man ihnen zugutehalten, dass sie ihren Mitgliedern einen um zehn Prozent höheren Lohn sichern. Und unter den Gewerkschaftsmitgliedern finden sich fast keine illegal Beschäftigten.

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Russland wird auch durch die geringe Mobilität der Bevölkerung gebremst. In Hunderten kleiner Städte und Siedlungen treten ein oder mehrere Großbetriebe als Monopolisten auf dem Arbeitsmarkt auf, wobei sie selbstverständlich ihre Bedingungen durchsetzen können. Die Abwanderung der Arbeitskräfte wird durch das Wohnungsproblem und



Sitzung des Gewerkschaftskollektivs im NTMK-Werk in Nishnij Tagil

das System der Registrierung verhindert, das die ehemalige sowjetische Meldepflicht ersetzte, aber nicht aufhob. Das neue Arbeitsgesetzbuch hat zwar die Anforderung aufgehoben, dass ein Arbeitnehmer eine Registrierung vorweisen muss, dafür aber festgesetzt, dass der Arbeitnehmer obligatorisch eine individuelle Steuernummer haben muss. Die Steuernummern werden aber nur am registrierten Wohnort verliehen. So bleibt es für den Bewohner der russischen Provinz weiterhin fast unmöglich, Arbeit in Moskau zu finden.

Der Autor ist Dozent am Internationalen Staatlichen Institut für Auswärtige Beziehungen, Moskau

III. Metallindustrie und Metallgewerkschaften



Gewerkschaftsdemonstration im Juli 2006 in Jekaterinburg

Die russische Metallindustrie ist anhaltend durch zwei gegensätzliche Tendenzen gekennzeichnet. Während die Produktion von Stahl und Nichteisenmetallen kontinuierlich zunimmt und 2006 gegenüber dem Vorjahr um zehn Prozent höher lag, geht es in der Metallverarbeitenden Industrie mit Maschinenbau, Ausrüstungen, Automobil- und Flugzeugbau dramatisch bergab. Die Produktionszahlen lagen hier 2006 um ca. vier Prozent unter denen des Vorjahres. Das Herz der russischen Eisen- und Stahlindustrie schlägt heute im mittleren Ural. Dank reichlicher Wasserkraft gab es schon Anfang des 18. Jahrhunderts entsprechende Industrieanlagen. Doch eine Unstimmigkeit löst Verwunderung aus: Den Bergbau im Ural gibt es seit 300 Jahren,

doch seine Berufsverbände sind erst 100 Jahre alt. Mehr als 200 Jahre lang schufteten rechtlos die Leibeigenen und die ersten freigesetzten Lohnarbeiter und überließen den Herrschenden die Zügel, während sich im westlichen Europa die ersten Gewerkschaften formierten und den Kampf um die sozialen Rechte auf die Tagesordnung setzten. Russland habe eher mit dem Gefühl als mit dem Verstand gelebt. So schreibt der russische Dichter Fjodor Tjutschew: „Russland ist mit dem Verstand nicht zu begreifen, ...an Russland kann man nur glauben.“

In der Tat hatten die Handwerker, Bergleute und Metallarbeiter bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts nicht daran gedacht, Berufsorganisationen zu gründen.

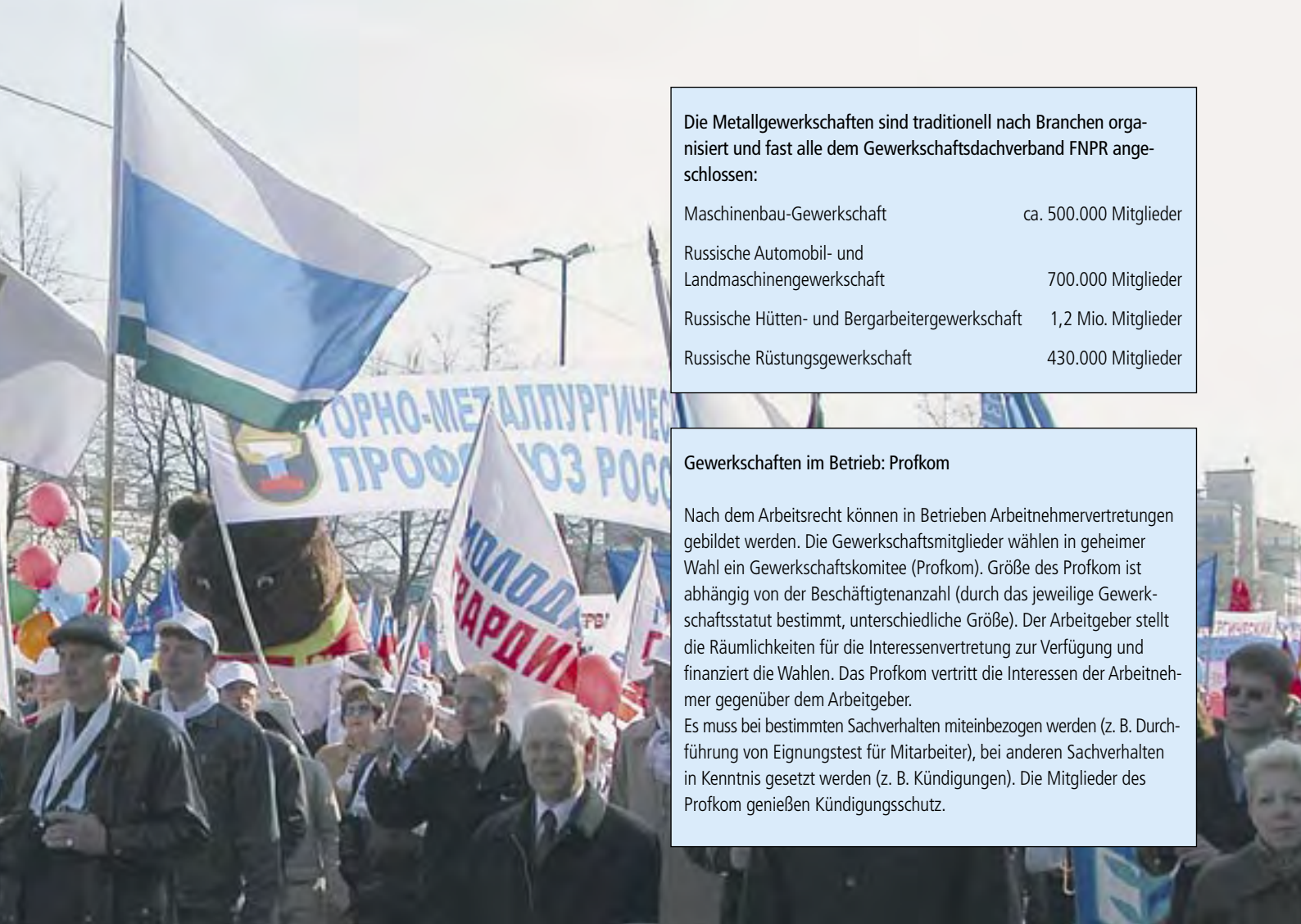
Mit oft blutigen Unruhen beehrten angesichts der katastrophalen Lebensumstände die Leibeigenen in den Gießereien und Bergwerken auf. Aber auch die freien Lohnarbeiter organisierten Streiks, die nicht selten in bewaffnete Aufstände übergingen. Im Jahre 1762 streikte der ganze Ural. 1769 kam es zu Kämpfen mit der Armee, bewaffnet mit Gewehren, Jagdspießen und allem, was sie zur Verfügung hatten. Gleichzeitig gingen sie als Bittsteller zum „Väterchen Zar“ damit dieser endlich das Elend seiner Untertanen

kennen lerne. Tatsächlich führte diese Entwicklung 1779 zur Verabschiedung eines Gesetzes, das den Leibeigenen die Löhne verdoppelte. Neben solchen Zugeständnissen wurden jedoch neue Formen der Ausbeutung geschaffen.

Die erste staatliche Kontrolle im Bergbau war bereits 1719 durch Peter I. mit der Gründung des Bergkollegiums eingeführt worden. Mit der Einführung der Bergaufsicht im Jahre 1880 wurden dann auch die Grundregeln einer Arbeitsordnung für die Arbeiter unter Tage festgelegt.

Gewerkschaftliche Organisationen entstanden im Ural jedoch erst in den Revolutionsjahren von 1905 und 1907. In Jekaterinburg wurde der Verband der Arbeiter der Hüttenindustrie gegründet. Ein interessantes Detail: Jakob Swerdlow, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei, rief die Arbeiter zum Gewerkschaftsbeitritt auf und plädierte für eine enge Verbindung mit der revolutionären Partei.

In der Sowjetzeit lag die Bergaufsicht bei Staat und Gewerkschaften. 1954 wurde ein Komitee für Arbeitssicherheit und Bergaufsicht beim Ministerrat der UdSSR gegründet. An der Schwelle zum 21. Jahrhundert wurde 1997 in Russland das „Gesetz über Produktionssicherheit in gefährlichen Wirtschaftsobjekten“ erlassen.



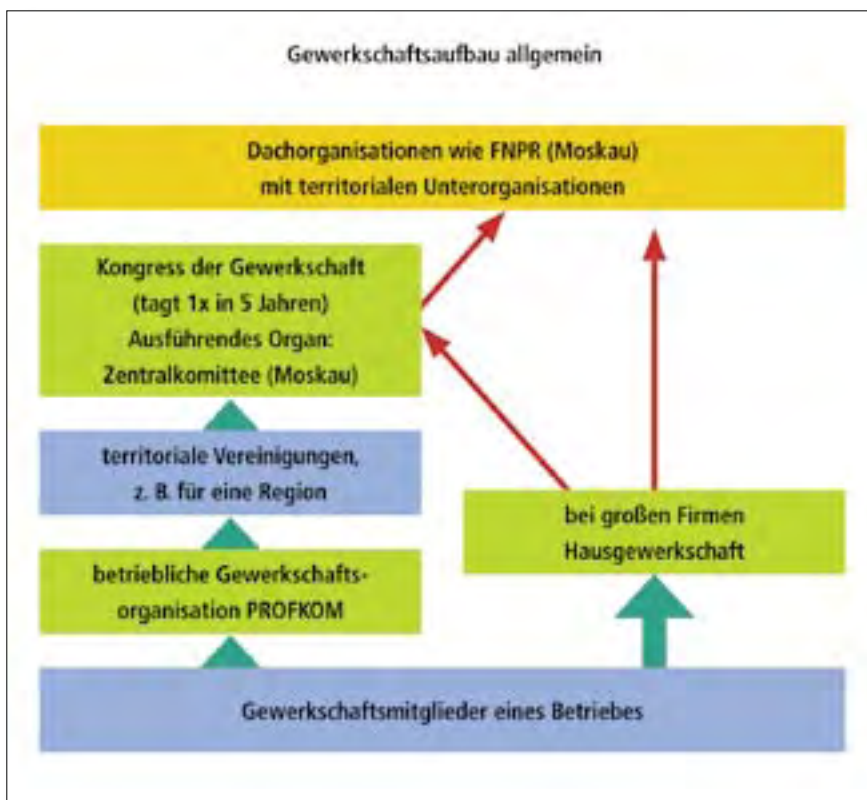
Die Metallgewerkschaften sind traditionell nach Branchen organisiert und fast alle dem Gewerkschaftsdachverband FNPR angeschlossen:

Maschinenbau-Gewerkschaft	ca. 500.000 Mitglieder
Russische Automobil- und Landmaschinengewerkschaft	700.000 Mitglieder
Russische Hütten- und Bergarbeitergewerkschaft	1,2 Mio. Mitglieder
Russische Rüstungsgewerkschaft	430.000 Mitglieder

Gewerkschaften im Betrieb: Profkom

Nach dem Arbeitsrecht können in Betrieben Arbeitnehmervertretungen gebildet werden. Die Gewerkschaftsmitglieder wählen in geheimer Wahl ein Gewerkschaftskomitee (Profkom). Größe des Profkom ist abhängig von der Beschäftigtenanzahl (durch das jeweilige Gewerkschaftsstatut bestimmt, unterschiedliche Größe). Der Arbeitgeber stellt die Räumlichkeiten für die Interessenvertretung zur Verfügung und finanziert die Wahlen. Das Profkom vertritt die Interessen der Arbeitnehmer gegenüber dem Arbeitgeber.

Es muss bei bestimmten Sachverhalten miteinbezogen werden (z. B. Durchführung von Eignungstest für Mitarbeiter), bei anderen Sachverhalten in Kenntnis gesetzt werden (z. B. Kündigungen). Die Mitglieder des Profkom genießen Kündigungsschutz.



Quelle: IG Metall FB Internationales/Europa-FES Moskau

Vom Rande Europas zum Zentrum der Metallindustrie

Nishnij Tagil – Waffenschmiede im 2. Weltkrieg

Nishnij Tagil ist heute eine freundliche grüne Stadt mit breiten boulevardähnlichen Straßen. Sie liegt 120 Kilometer nördlich der Verwaltungsmetropole Jekaterinburg. Ihre Geschichte ist eng mit der Geschichte des Bergbaus im Ural verbunden. Für den Bau eines Eisen- und Kupferwerks erhielt die Fabrikantenfamilie der Demidows eine Erlaubnis von Zar Peter I. Dieses Kupferwerk wurde nach modernstem europäischem Standard erbaut und 1722 eingeweiht. Neben dem Werk entstand eine Wohnsiedlung. Im gleichen Jahr wurde auch das Eisenwerk eingeweiht, auf dem nach zeitgenössischen Zählungen „537 Seelen männlichen Geschlechts“ tätig waren. Es gründete sich eine zweite Siedlung. Als sich beide in den 70er Jahren des 18. Jahrhunderts mit anderen Siedlungen vereinigten, waren sie mit fast 5000 Einwohnern so groß wie eine Stadt und hatten einen starken Zuwachs von Handel und Gewerbe erfahren. 1806 wurde das Bergbaugebiet Nishnij Tagil gegründet, in dem alle Betriebe vereint wurden. Die Einführung der Eisenbahn in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts verhalf dem Gebiet durch die Verknüpfung der Werke zu weiterer Bedeutung. Mit einem von Lenin persönlich unterschriebenen Dekret wurden 1918 die Bergwerke und die Betriebe der Metallindustrie nationalisiert. Den Status einer Stadt erhielt Nishnij Tagil 1919. Die 20er Jahre waren die Aufbauphase nach den Zerstörungen des Bürgerkriegs. Mit einem Beschluss des Präsidiums des Gebietskomitees des Ural wurde 1931 der Bau eines Koks-Chemie-Kombinats, eines Waggonwerks und eines weiteren Metallbetriebs beschlossen. Das war der Startschuss für eine rasche Entwicklung der Stadt. Im 2. Weltkrieg wurden riesige Metallbetriebe aus dem Boden gestampft und aus den Kriegsgebieten hierher verlagert, wo sie für die

deutschen Invasoren unerreichbar sein sollten. Als unantastbare Waffenschmiede der Roten Armee waren sie eine der wesentlichen Voraussetzungen für den militärischen Sieg über Nazi-Deutschland auf dem östlichen Kriegsschauplatz. 35.000 Exemplare des legendären Panzers T 34 wurden von 1941 bis 1945 hier gebaut. Nach dem Krieg wurden in rascher Folge weitere Betriebe der Metall-, Chemie- und Nahrungsmittelindustrie, aber auch Einrichtungen für Kultur und Sport errichtet. Heute ist Nishnij Tagil eine klassische Industriestadt. Nach ihrer Einwohnerzahl (430.000) und ihrem industriellen Potenzial gehört sie zu den bedeutendsten Städten Russlands. Sechs Prozent der Stahl- und Walzwerkerzeugnisse und sieben Prozent des Gusseisens werden hier produziert. Die Geschichte der Stadt ist natürlich auch eng mit der Geschichte des Landes verbunden: Die Gewehre der Armeen der Feldherren Suworow und Kutusow waren mit Läufen aus Nishnij Tagil bestückt, hier stand erstmals die erste russische Dampfeisenbahn auf den Schienen, die von Vater und Sohn Tscherepanow konstruiert worden war. Nishnij Tagil verfügt heute über mehr als 100 Industriebetriebe, zwei Hochschulen, 13 Fachschulen und 79 allgemein bildende Schulen. Es gibt drei Theater, zwei Museen, einen Zirkus und neun Kulturpaläste. Auch das Eisenwerk der Demidows ist als Industriemuseum noch zu besichtigen. Es hat nur etwas Rost angesetzt.

Gegründet in stürmischen Zeiten

Im Oktober 1937 lief in dem neu errichteten Walzwerk in Nishnij Tagil die Produktion an. Das war die Grundlage für eine Industrieanlage, die heute als Metallurgisches Kombinat Nishnij Tagil (NTMK) rund 50.000 Beschäftigte hat.

Nach sowjetischer Tradition wurden die ersten Bauarbeiter zu den ersten Hüttenarbeitern ausgebildet. Sie haben praktisch auch den Grundstein für die Gewerkschaftsorganisation gelegt. Sie gilt bis heute als eine der einflussreichsten Gewerkschaftsorganisationen dieser Branche, nicht nur in der Swerdlowsker Region, sondern in ganz Russland. Das war in der stürmischen Zeit der Industrialisierung des Landes, 1937, in der erbarmungslosen Zeit der stalinschen Repressionen. Wenige Jahre blieben nur bis zum Beginn des blutigsten Krieges in der Geschichte der Menschheit.

Die Entstehung der Gewerkschaftsorganisation des neuen Werkes fand unter sehr komplizierten Bedingungen statt, gegen Ende des zweiten Fünf-Jahr-Planes, als die Planziffern ein solches Tempo des Industriebaus befahlen, das jeden bisherigen Rahmen sprengte. Ständig wurden Pläne und Direktiven geändert, überprüft und aufgeschoben, denn es gab zahlreiche Gegner auf höchster sowjetischer Regierungsebene, die keine Konzentration der Metallindustrie im Osten des Landes wollten. Dass die Entscheidung für den Standort im Osten richtig war, bestätigte bald der Beginn des 2. Weltkriegs. Die Metallbetriebe Sibiriens und im Ural waren die Schmiede des späteren Sieges. Der Krieg war zu Ende, und die Metallarbeiter standen vor neuen Aufgaben. 1957 wurde das Werk durch eine ministeriale Anordnung in ein Kombinat umgewandelt.

Die Gewerkschaftsorganisation zählt heute in ihren Reihen mehr als 35.000 Mitglieder. Sie ist damit die mitgliederstärkste Organisation in der

Historisches Nishnij Tagil – Historischer Stich

Privileg aus Sowjetzeiten: Der Palast der Metallarbeiter

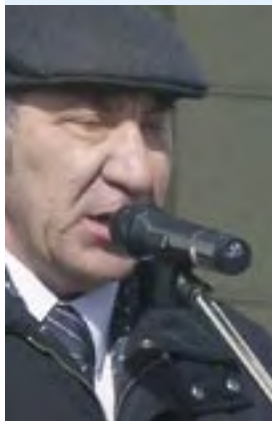


Tarifvereinbarungen in Sozialpartnerschaft

- **Gesamtstaatliche Ebene:**
Allgemeine Tarifvereinbarungen für Gesamtrossland (z. B. Urlaubsanspruch von 28 Arbeitstagen) durch die Tripartistische Kommission;
Vertreter: FNPR, Arbeitsministerium, Arbeitgebervertretung
- **Fachebene:**
Tarifvereinbarungen für eine bestimmte Branche;
Vertreter: Branchengewerkschaft, (z. B. Schiffsbauer Russlands), Arbeitsministerium, Arbeitgebervertretung
- **Territorialebene:**
Vereinbarung nach Gebiet (z. B. für St. Petersburg);
Vertreter: LFP (Regionalabteilung der FNPR), Vertreter der Gouverneurin, Arbeitgebervertretung
- **Betriebsebene:**
Abschluss eines „Kollektivvertrags“,
Vertreter: Profkom, Betriebsleitung

Swerdowsker Region. Trotz aller Umbrüche im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben des Landes ist es dem Gewerkschaftskomitee gelungen, das organisatorische und Ausbildungssystem des Gewerkschaftsaktivs zu erhalten. Jeden Dienstag wird für die Vorsitzenden der Gewerkschafts- und Abteilungskomitees ein Seminar veranstaltet, das praktisch zu einer Schule für die Gewerkschaftsaktivisten geworden ist. Regelmäßig finden auch die Treffen mit dem Management des Kombinats statt. Die gewerkschaftlichen Hauptforderungen sind heute:

- Soziale Sicherheit
- Garantierte Beschäftigung
- Gerechter Lohn



Wladimir Radajew, Vorsitzender der Betriebsgewerkschaftsorganisation des Hüttenwerkes NTKM in Nishnij Tagil

Eine typische Karriere

Wladimir Radajew ist Jahrgang 1952. Er kam 1974 als Arbeiter ins Eisenhüttenkombinat von Nishnij Tagil. Im Jahre 1987 absolvierte er die Bergbau-Metall-Fachschule und erlernte den Beruf des Hüttenwerkers. 1994 wurde er Ausbilder in einer Produktionsabteilung. 2002 absolvierte er die Akademie für Arbeit und soziale Beziehungen, qualifizierte sich als Ökonom in der Fachrichtung „Wirtschaft und Arbeitssoziologie“. Über 20 Jahre lang nahm Radajew aktiv an der Öffentlichkeitsarbeit der Gewerkschaftsorganisation des Kombinats teil. Er begann als Leiter einer Gewerkschaftsgruppe und stieg auf bis zum Vorsitzenden der Betriebsgewerkschaft im NTKM im Jahre 1998. Wladimir Radajew ist Mitglied des Präsidiums des Swerdlowsker Gebietskomitees der Hütten- und Bergarbeitergewerkschaft GMPR und Mitglied des Exekutivkomitees der GMPR. Er ist Abgeordneter der Regierungspartei „Einheitliches Russland“ in der Stadtduma von Nishnij Tagil. Wladimir Radajew ist Mitglied der Regierungspartei „Einheitliches Russland“. Aber: „Weder diese noch eine andere Partei vertritt die Interessen der Arbeiter – im Gegenteil.“ Natürlich war er zu Sowjetzeiten Mitglied der KPdSU. „Es war eine gute Partei mit echten Kommunisten, das kann man von der heutigen KP nicht mehr sagen.“ Kooperation mit ihnen gibt es nur zur Kundgebung am 1. Mai.



Quelle: IG Metall-FB Internationales/Europa-FES Moskau

Frauen: In hundert Jahren ein Paradies?

Über das bittere Los der Frauen hat der russische Dichter Nekrassow vor mehr als hundert Jahren geschrieben und gehofft, dass deren Leben hundert Jahre nach ihm einem Märchen gleichen würde. Wenn er auch nur geahnt hätte, dass seine kritischen Verse auch noch heute genau so aktuell sind wie zu seiner Zeit.

Der Übergang zur Marktwirtschaft hat deutlich die sozialen Verhältnisse des „schwachen Geschlechts“ verschlechtert. In der Swerdlowsk-Region sind beispielsweise 55 Prozent der arbeitenden Frauen in Branchen der materiellen Produktion beschäftigt. Fast die Hälfte von ihnen arbeitet in Bereichen mit gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen. Auf die Folgen mussten sie nicht lange warten. Ihr Krankenstand steigt, und die Geburtenrate sinkt.

So hat sich die Zahl der gynäkologischen Erkrankungen seit 1997 um 45 Prozent erhöht. Wegen Schwangerschaftskomplikationen ist die Zahl der Geburten um 27 Prozent gesunken. Was sollten die Frauen tun: Zuhause fragen die Kinder nach Brot, der Mann – wenn er überhaupt zugegen ist – bekommt ein halbes Jahr keinen Lohn, und versuchst du am Arbeitsplatz nur mal einen Ton zu riskieren – dann fliegst du raus. Hab' Geduld Babinka! Aber die Angst, arbeitslos zu werden, verlangt von den Frauen, sich still zu verhalten und keinen offenen Protest gegen Lohnzurückhaltung und die gefährlichen Arbeitsbedingungen zu wagen. Nicht selten treibt dies in Traumata und gar in den Tod. Das ist nicht alles. Tatsächlich ist in den Werken der Metallindustrie der Lohn der Frauen um ein Drittel

niedriger als der der Männer. Teilweise hat diese Situation zu einer schlechteren beruflichen Qualifikation geführt, weil die Frauen kaum eine Möglichkeit haben, ihre Kenntnisse zu verbessern.

Die Zahl der Frauen, die eine niedrig qualifizierte Arbeit verrichten, ist doppelt so hoch wie die der Männer. Aber nach der Statistik haben beide Geschlechter das gleiche Bildungsniveau. 65 Prozent aller registrierten Arbeitslosen sind Frauen.

Im Durchschnitt ist die Dauer der Arbeitslosigkeit bei den Frauen viel länger als bei den Männern. Die Höhe ihrer Unterstützung ist in der Regel niedriger als das Existenzminimum. Frauen kurz vor dem Rentenalter haben kaum eine Möglichkeit, einen Arbeitsplatz zu finden. Frauen und Männer sind in diesem Lande deutlich nicht gleichberech-

HüttenarbeiterInnen des NTMK am 1. Mai 2006 in Nishnij Tagil



tigt. In der Industrie bekleiden Frauen nur neun Prozent der Führungspositionen. In anderen Branchen sieht es nicht anders aus.

Im Jahre 2005 arbeiteten unter ungünstigen, schweren und gefährlichen Bedingungen in den Metallbetrieben der Swerdlowsker Region 32.400 Frauen. 24.900 von ihnen waren unter Bedingungen beschäftigt, die keinerlei sanitär-hygienischen Normen entsprechen – das sind 39 Prozent der Gesamtzahl. Fast 6.000 Frauen (neun Prozent) waren mit schwerer körperlicher Arbeit beschäftigt und ca. 1.500 Frauen (zwei Prozent) arbeiteten mit gefährlichen Maschinen.

In den letzten Jahren ist deutlich eine negative Tendenz zu erkennen: 2005 ist vor diesem Hintergrund im Vergleich zu 2004 die Zahl der arbeitenden Frauen um sieben Prozent gesunken, aber die Anzahl derer, die unter den erschwerten Bedingungen arbeiten, ist um drei Prozent gestiegen. Die Existenz schädlicher Industriefaktoren, der Einsatz unmoderner Maschinen und technologischer Prozesse führt häufig zum ganzen oder teilweisen Verlust der Arbeitsfähigkeit. 2005 wurden in der Metallindustrie 602 Arbeitsunfälle registriert, von denen jeder sechste eine Frau traf. Allerdings wurde 2005 der Metallindustrie kein tödlicher Unfall unter den Frauen registriert. Arbeit unter schädlichen Bedingungen verursacht zahlreiche Berufserkrankungen. Nach Expertenschätzungen liegt der Anteil der Frauen mit diesen Berufserkrankungen an der Gesamtzahl der Arbeitenden bei etwa 30 Prozent. Das regionale Gewerkschaftskomitee in der Region Swerdlowsk hat damit begonnen, die Arbeit eines Komitees aus Sowjetzeiten wieder zu beleben, das die Funktion eines Vermittlers zwischen den Frauen der Metallindustrie und allen Ebenen der staatlichen Institutionen hat. Das Hauptziel, das sich dieses Komitee gestellt hat, ist die Wiedergeburt der Ideen der Frauenbewegung unter den neuen kapitalistischen Bedingungen, was vor allem die Unterstützung und Koordination aller Aktivitäten der Frauenorganisationen der Hütten- und Bergbauindustrie der Region bedeutet. Die konkreten Aufgaben sind Lobbying für regionale und föderale Gesetze, die den Status der Frauen in der Gesellschaft erhöhen sollen: Schaffung von Frauenarbeitsplätzen, Kampf um Gleichberechtigung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt, Unterstützung von Initiativen, die auf soziale Hilfen für Frauen, Kinder und Veteranen gerichtet sind, Kooperation mit allen Frauenorganisationen der Uralregion.

Auch Erfolge sind möglich!

Während einer Reise in den Ural, in das Herz der russischen Hüttenindustrie, gab es in Nishnij Tagil eine bemerkenswerte Begegnung mit einem „Runden Tisch“, an dem Vertreter von Gewerkschaften, der Verwaltung und Soziologen über Probleme der Familie und der demographischen Entwicklung diskutierten. Während dieser Erörterung stellten die Teilnehmer der Versammlung fest, dass in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts in Russland eine Tendenz deutlich wurde, wonach die Zahl der Sterbefälle die Geburtenzahlen übersteigen.

Das führte zu einer Verringerung potenzieller Arbeitskräfte im Land. Die gegenwärtige Situation der demografischen Entwicklung ist gekennzeichnet durch sehr niedrige Geburtenzahlen, die Tendenz zur Ein-Kind-Familie und die sehr hohe Sterblichkeit unter Männern im arbeitsfähigen Alter. Weitere Kennzeichen sind eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung und niedrige Lebenserwartungen.

Die niedrige Qualität und die sehr begrenzt zugänglichen Leistungen, die das staatliche Gesundheitssystem bietet, führt zur Übernahme der Gesundheitsfürsorge für die Arbeiter durch die Betriebe. Da in der Metallurgie die Arbeitsbedingungen besonders ungesund sind, wurde in dem Runden-Tisch-Gespräch ein besonderer Akzent auf die Fürsorgemaßnahmen für arbeitende Frauen gelegt. Zum Beispiel hat das Metallurgische Kombinat Nishnij Tagil (NTMK) in jüngster Zeit auf Betreiben der Gewerkschaft eine Million Dollar für die Rekonstruktion der Geburtskliniken ausgegeben. Während des Besuchs im NTMK erzählte uns Ludmila Nikolajewna Bulawitzkaja, die Vorsitzende der Frauenkommission, wie das Programm zur Schaffung optimaler Bedingungen und Erleichterung der Frauenarbeit aussieht: 30 Prozent der Beschäftigten dieses Betriebes sind Frauen. 2.500 arbeiten unter „erschwerter Bedingungen“. Sie wollen diese Arbeit jedoch nicht aufgeben wegen des relativ hohen Lohns, der oft das einzige Familieneinkommen ist. „Aufgabe für uns ist also, eine Verbesserung und die Einhaltung der Arbeitsbedingungen durchzusetzen“, sagt Ludmila. 2004 wurden für 419 Frauenarbeitsplätze die Bedingungen verbessert, 2005 waren es 501.



Ludmila Bulawitzkaja, Vorsitzende der gewerkschaftlichen Frauenkommission im NTMK-Hüttenwerk in Nishnij Tagil

Wir haben eine wichtige Schutzfunktion

Ludmila Bulawitzkaja wurde 1950 in Nishnij Tagil geboren. Sie machte 1967 Abitur und wurde Grundschullehrerin. 1969 kam sie in den NTMK Kindergarten und wurde später dessen Leiterin. Mehr als 25 Jahre nahm sie aktiv an der Gewerkschaftsarbeit teil. Sie wurde mehrfach zur Gruppenvorsitzenden gewählt. 1987 wurde sie Vorsitzende des Komitees der Vorschulerzieher und 1998 Vorsitzende der Frauenkommission, zuständig für Arbeitsschutz- und Gesundheit und soziale Belange.

Ludmila Bulawitzkaja sagt über ihre Arbeit: „Von den rund 35.000 Beschäftigten sind etwa 30 Prozent Frauen. 2.500 von ihnen arbeiten unter „erschwerter Bedingungen“. Sie wollen diese Arbeit jedoch nicht aufgeben wegen des relativ hohen Lohns, der oft das einzige Familieneinkommen ist. Aufgabe für uns ist also, eine Verbesserung und Einhaltung der Arbeitsschutzbedingungen durchzusetzen. Andere, leichtere Arbeitsplätze für werdende Mütter bei gleichem Lohn – das haben wir gegen den massiven Widerstand der Direktion durchgesetzt. Auch Hilfe für Familien bei ihren Alltagsproblemen gehört zu unserer Arbeit. Wir haben eine wichtige Schutzfunktion.“

Fortsetzung auf Seite 28 →

Daten & Fakten

Rossijskaja Federatsija/ Russische Föderation Kurzform: Rossija/Russland

Mit einer Fläche von über 17 Mio. km² ist die Russische Föderation der Staat mit der größten Fläche. Sie erstreckt sich mit mehr als 9000 km von der Ostsee bis zum Pazifischen Ozean über 10 Zeit-zonen und zwei Kontinente hinweg. Mit seiner Nord-Süd-Ausdehnung von 2.000 km begrenzt das Uralgebirge das Osteuropäische Tiefland und bildet gleichzeitig die geografische Grenze zu Asien.

Politisches System

Präsidialrepublik mit förderativem Staatsaufbau/
Zwei-Kammer-System:

Staatsduma (450 Sitze)

Seit 2007 ausschließlich Verhältniswahlrecht. Der Einzug wurde von fünf auf sieben Prozent angehoben. Das Wahlrecht sieht jedoch vor, dass in jedem Fall die zweitstärkste Partei ins Parlament einzieht, auch wenn diese weniger als sieben % der Wählerstimmen erreichen sollte.

Föderationsrat (178 Sitze)

(je 2 Vertreter aus den insgesamt 89 Föderations-subjekten. Sie werden für eine Amtszeit von 4 Jahren gewählt, und zwar seit Juli 2000 von den Spitzenbeamten der Legislative und der Exekutive der Föderationssubjekte.

Die Russische Föderation besteht aus 89 Subjekten der Föderation: 21 Republiken, 6 Regionen („Kraj“), 49 Gebieten („oblast“), 2 Städten von föderaler Bedeutung (Moskau, St. Petersburg), einem autonomen Gebiet und 10 autonomen Kreisen („Okrug“).

Jedes Föderationssubjekt verfügt über eine eigene Exekutive, an deren Spitze je nach regionaler Verfassung ein Gouverneur, Präsident usw. steht und eine gewählte Vertretungskörperschaft. Die Föderationssubjekte haben ihre eigenen Gesetzgebungsorgane, die Republiken haben das Recht, eigene Verfassungen zu verabschieden, andere Föderationssubjekte verfügen über eigene Statuten. Die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen dem Staat und den Subjekten der Föderation regelt die Verfassung (sowie u. U. auch sonstige Verträge). Seit 2000 sind die Föderationssubjekte in sieben Föderalbezirke („federalny okrug“) zusammengefasst, denen jeweils ein Bevollmächtigter des Präsidenten vorsteht. Ziel dieser Reform war die Stärkung der Vertikalen der Macht und eine Verschärfung der Kontrolle über die regionalen Machthaber.



Bevölkerungsgruppen

79,8 % Russen, 3,8 % Tataren, 2 % Ukrainer, 1,1 % Tschuwaschen, 1,1 % Baschkiren, 0,8 % Armenier, 0,4 % Russlanddeutsche, 11 % andere, insgesamt ca. 160 ethnische Gruppen

Die größten Städte in Mio.

Moskau (8,8), St. Petersburg (4,6), Nowosibirsk (1,4), Nishnij Nowgorod (1,3), Jekaterin-

burg (1,3), Samara (1,2), Omsk (1,1), Kasan (1,1), Tscheljabinsk (1,1), Rostow am Don (1,1), Ufa (1,1), Wolgograd (1,0), Perm (1,0)

Religion

Russisch-Orthodoxe 50 %
Muslime 5 %
Atheisten 33 %
dazu Protestanten, Juden und Buddhisten

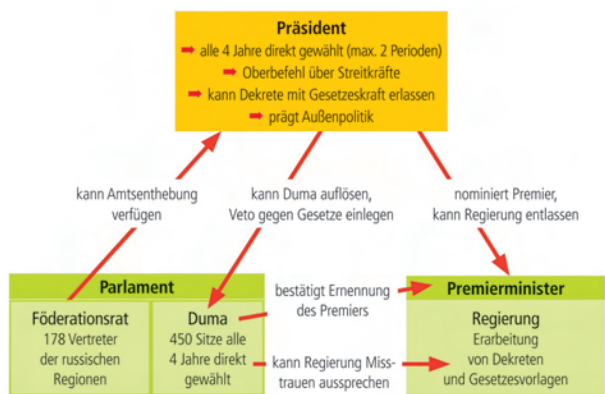
Wirtschaftskraft im Ländervergleich (2006)

	Bevölkerung in Mio.	Gesamt-BIP in Mrd. US-Dollar	BIP pro Kopf in US-Dollar
Russische Föderation	142,4	667,8	4.595
Nigeria	131,9	112,9	856
Brasilien	188,1	698,5	3.713
Deutschland	82,4	3.020,5	31.823
USA	298,4	13.481,6	45.172

Quellen: Weltbank, bfai, nationale Statistiken, ILO



Das politische System in Russland



Russland Deutschland

Fläche und Einwohner

Fläche	17.075.000 km ²	357.027 km ²
Einwohner in Mio.	142,4	82,4

Bevölkerungsdichte

Einwohner/km ²	8,3	230
Urbanisierung in Prozent	73,3	88,9

Lebenserwartung

Männer	60,0	74,0
Frauen	75,8	81,9
Bevölkerungsanteil		
0-14 Jahre in Prozent	14,2	14,1
Bevölkerungsanteil		
über 65 Jahre in Prozent	14,5	19,5
Bevölk.-wachstum p. a.	-0,35	-0,02

Arbeitslosenquote in Prozent 2006

	7,5	9,6
--	-----	-----

Bevölkerungseinkommen

> 2 US-Dollar/Tag (2002)	12,1	0
--------------------------	------	---

Gesundheit pro 1.000 Einwohner 2004

Ärzte	4,9	3,7
Krankenhausbetten	11,8	9,3
Säuglingssterblichkeit pro 1.000 Geburten	15,3	4,1
Öffentliche Gesundheitsausgaben am BIP in Prozent	3,3	8,7
Unterernährung bei Kindern unter 5 Jahren in Prozent	3-13	0

Bildung

Schulpflicht in Jahren	9	9-12
Öffentl. Bildungsausgaben am BIP 2004 in Prozent	3,8	4,8
Zahl der Universitäten/Hochschulen	< 1.000	382
davon private Hochschulen	390	106

Transportdichte

Eisenbahn (km/100 km ²)	0,51	13,3
Straßen (km/100 km ²)	4,46	193,3
PKW pro 1.000 Einw.	170	573

Kommunikation je 1.000 Einwohner 2004

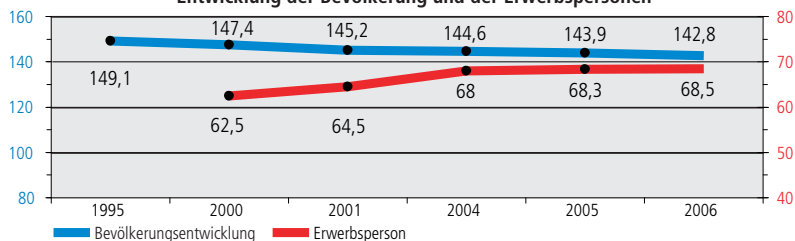
Telefonanschlüsse	270	670
Mobiltelefone	517	842
Rundfunkgeräte	435	947
Fernsehergeräte	470	742
Internetnutzer	150	679

Militär

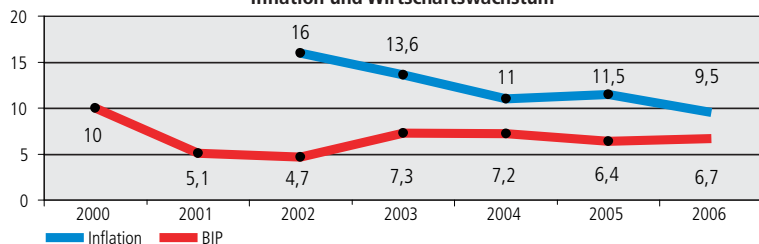
Allgemeine Wehrpflicht	18 Mon.	12 Mon.
Streitkräfte in Mio.	1,2	0,3
Militärausgaben am BIP 2004 in Prozent	3,9-7,8	1,4

Quellen: Weltbank, Human Development Report, Social Watch Report, IWF, ILO, nationale Statistiken

Entwicklung der Bevölkerung und der Erwerbspersonen



Inflation und Wirtschaftswachstum



Quellen: Weltbank, bfai, nationale Statistiken, ILO

Aufstand im Aluminiumwerk – Beispiel eines Konflikts

Fortsetzung von Seite 25 →

Seit März 2005 wurde entsprechend einer Kollektivvereinbarung eine „gesunde“ Abteilung für schwangere Mitarbeiterinnen eingerichtet. Das bedeutet, dass die werdenden Mütter nun schon in einem frühen Schwangerschaftsstadium unter leichteren Bedingungen in einer gesunden Umgebung ohne Lärm und Luftverschmutzung arbeiten. Ihnen wird auch angeboten, in sozialen Institutionen zu arbeiten. Der Durchschnittslohn ihres Stammarbeitsplatzes bleibt erhalten. Außerdem gibt es in den Metallbetrieben der Swerdlowsker Region ein spezielles Sozialpaket für Frauen. Es enthält die Auszahlung einer einmaligen Unterstützung bei Geburt eines Kindes bis zu umgerechnet 200 Euro, kostenlose Kurplätze, teilweise Erstattung der Kindergartengebühren und monatliche Zuwendungen in der Zeit des Mutterschutzes. „Wir haben eine wichtige Schutzfunktion. Jetzt haben wir übrigens wieder eine wachsende Geburtenrate in Nishnij Tagil“, fasst Ludmila zusammen. Sehr stolz ist die Frauenkommission, dass es der Gewerkschaft gelungen ist, von den 60 Kindergärten des NTMK aus der Sowjetzeit 31 über die „Wende“ zur Marktwirtschaft hinweg für die Arbeiter zu retten. Im Jahre 2007 feiern sie übrigens den 65. Jahrestag der Gründung des ersten Gewerkschaftskindergartens des Werkes. Idyllisch gelegen in der Wald- und Flusslandschaft des Ural treffen wir auf den „Kindergarten Waldmärchen“. Doch es ist mehr als ein Kindergarten. Es handelt sich um eine Vorschuleinrichtung, in der den Kleinen (und ihren Eltern) einen Monat lang drei Wünsche erfüllt werden:

- Kräftigung der Gesundheit, individuelle psychologische und pädagogische Betreuung, phantastische Erholung auf einer Insel der Ruhe.
- Die tatsächlichen Kosten für einen solchen Aufenthalt betragen umgerechnet etwa 120 Euro. Für die Familien der Gewerkschaftsmitglieder sind es nur 20 Euro!
- Die Devise des „Märchenwaldes“ lautet: „Wir werden schön, kräftig und gesund“. 613 Kinder kamen 2004 in diesen Genuss, 2005 waren es schon 897.

Auch unter den Arbeitern des privatisierten Aluminiumwerkes „AUS-SUAL“ herrscht noch immer ein Wir-Gefühl aus Sowjetzeiten. In diesem Betrieb wurden und werden die Aluminiumbleche für die MIG-Kampfflugzeuge hergestellt. Darauf sind nicht nur die Veteranen stolz. Hier trifft das Gewerkschaftskollektiv auf härtere Unternehmensvertreter. Sein Vorsitzender Valerij Bogomolow spürt das vor allem bei den Lohnverhandlungen, und er ist auch nicht sicher, ob die Gewerkschaft die Privatisierung des letzten verbliebenen Kindererholungsheims abwenden kann. Um jeden Artikel des Tarifvertrags, um jede Forderung muss hart verhandelt werden, ob es sich um arbeitsfreie Tage für die Hochzeit oder um den jährlichen Sonderurlaub für Fern- und Abendstudenten handelt. Immerhin sind 26 Prozent der Arbeiter unter 30. Die Lösung sozialer Probleme, den Kampf um höhere Löhne und verbesserte Arbeitsbedingungen bezeichnete er in einem Interview als die Hauptaufgaben seiner Gewerkschaft. In der Diskussion im Gewerkschaftskollektiv gibt sich Bogomolow zurückhaltend. Den Streik sehe er als letztes Mittel und: „Wir sind keine politische Organisation.“ Die Arbeiter seien zufrieden mit einer relativen Sicherheit nach chaotischen Jahren der Umbruchzeit. Sie wollen die relative Stabilität ihrer Situation nicht gefährden. Doch nur vier Monate später äußerten Arbeiter des Betriebs lautstark ihre Zweifel an dieser Strategie. Sie zeigten ihre wachsende Unzufriedenheit mit den niedrigen Löhnen und der Willkür der Direktion und der Untätigkeit der Gewerkschaft. Ihre Forderungen wurden ignoriert. Die Unzufriedenen wurden bestraft. Es kam zu massenhaften Gewerkschaftsaustritten. Auf den Abteilungsversammlungen räumte der Gewerkschaftsvorsitzende Bogomolow ein, dass die

Löhne unwürdig sind, jedoch könne er nicht helfen, da dies in die Zuständigkeit „höherer Instanzen“ gehöre.

Die gespannte Situation führte zu erregten Versammlungen, auf denen die Forderungen bekräftigt und Vertreter für eine Initiativgruppe für Verhandlungen bestimmt wurden. Schließlich wurde der Beginn eines offiziellen Streitschlichtungsverfahrens verkündet. Appelle an die Gewerkschaft blieben jedoch unbeantwortet. Valerij Bogomolow erklärte die verhandlungsbereite Initiativgruppe für nicht legitim, da sie nicht den Vorschriften für die Organisation eines Streiks entspreche. Alle Bitten und Wünsche seien der Direktion übermittelt worden, ohne jedoch beantwortet zu werden. Die Antwortfrist lief ab, und so kam es zu einer Massenversammlung vor dem Verwaltungsgebäude. Es wurde ein Streik ausgerufen. Auf einer weiteren Versammlung, die von der Initiativgruppe einberufen wurde, verurteilten die Arbeiter die Gewerkschaftsführung als „unglaublich“.

Im Oktober schließlich gründeten Arbeiter von AUS-SUAL nach einer erneuten Misstrauenserklärung gegenüber der Bergbau- und der Metallgewerkschaft eine alternative Organisation, die nun die Interessen der Beschäftigten vertreten soll. Ihre Forderung nach einer Lohnerhöhung von 2,5 Prozent wird von anderen jedoch als absurd bezeichnet. „Das Werk wird in diesem Falle geschlossen“, schreibt die Nachrichtenagentur „Neue Region“ und verweist darauf, dass in dieser komplizierten Situation überhaupt niemand mehr da ist, der Verhandlungen führen und Konflikte schlichten könne. Denn neben der traditionell im Ural aktiven Unabhängigen Bergarbeitergewerkschaft und der Gewerkschaft der Berg- und

Erfolgreich verteidigt: Kinderheim



Spielstunde im „Märchenwald“





Stepan Zvekalow, Ingenieur,
Betriebsrentner

Wir schämen uns nicht

1947 kam der heute 77jährige mit 19 Jahren in der 3. Generation in den Betrieb namens „Lenin“.

„Wir schämen uns dieses Namens nicht, wir haben ihn durch harte und gute Arbeit verdient“, sagt er während einer Betriebsführung. Noch immer spricht er von „unserem Werk“, obwohl die Aluminiumwerke Kamensk Uralski inzwischen einer internationalen Holding mit überwiegendem US-Kapital gehören. Noch immer sorgt er sich um dessen Zukunft und ist traurig, weil nicht genug in die modernste Technologie investiert wird.

Hüttenarbeiter trat nun mit der Gewerkschaft SOZPROF noch eine Dritte auf den Plan, die häufig als politischer Provokateur empfunden werde. Der Gewerkschaftsdachverband FNPR im Gebiet Swerdlow hält die Situation für „angespannt“. Ihr stellvertretender Vorsitzender Jurij Gladiltschikow sagt: „Wir werden uns nicht einmischen, und ich weiß nicht, ob man dies als einen Krieg bezeichnen kann. Jedoch hat die soziale ‚Überhitzung‘ weniger mit der Lohnforderung als mit Konflikten interessierter Seiten zu tun.“ Und in den Metallbetrieben herrscht nun der Eindruck vor, dass die Entstehung der spontanen Gewerkschaft und der Konflikt zwischen den Dachverbänden nur dazu geführt haben, dass es nun niemanden mehr gibt, der die Anliegen der Beschäftigten lösen kann.

Kamensk-Uralski – Stadt des Metalls

Kamensk-Uralski, eine weitläufige Stadt mit 186.000 Einwohnern, wurde 1701 durch einen Erlass Peter I. gegründet. Sie befindet sich jenseits des Ural 100 Kilometer südöstlich von Jekaterinburg. Es ist die drittgrößte Stadt im Gebiet Swerdlowsk. Im 18. Jahrhundert wurde sie durch ihre staatliche Eisengießerei bekannt, die angeblich die besten Kanonen der Welt produzierte. In den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts entwickelte sie sich zum größten Industriezentrum des Ural. In der Zeit des 2. Weltkrieges gibt es hier das einzige Aluminiumwerk des Landes, dem die Luftwaffe der UdSSR ihre Existenz zu verdanken hatte. Heute werden Aluminium, Silizium und andere Edelmetalle nach Westeuropa und in alle Welt exportiert. Aber in einem übertrifft die Uralstadt fast jede westliche Industriemetropole dieser Größenordnung: Es gibt zwei Technikum, vier Theater, drei Musikschulen, zwei Kinos, 90 (!) Bibliotheken. Kamensk-Uralski ist eine Stadt der Metallindustrie. Zu den größten Betrieben gehören die SynT3-AG (11.500 Beschäftigte), die KUMS-AG (5.500) und die AUS-SUAL-AG (6.500).



Wolodja Pawlow (33), Gießereiarbeiter, Meister in der Elektrolyse lebt mit seiner Familie in Kamensk-Uralski. Mit einem Familieneinkommen von rund 1.000 Euro im Monat gehören sie zu den Besserverdienenden.

Überleben mit der Großfamilie

Wolodja stammt aus einer traditionellen Kommunistenfamilie. Schon sein Vater verbrachte sein Arbeitsleben im Aluminiumwerk. Er besuchte das Technikum, wurde Gießereiarbeiter und qualifizierte sich in Stufen zum Meister. „Die Wende zum Kapitalismus brachte für viele von uns Arbeitslosigkeit und Armut. Persönlich haben wir das mit Hilfe der Familie überwunden“, kommentiert der aktive Gewerkschafter die neue Situation im Lande.

Zur Situation in seiner Gewerkschaft sagt er: „Wenn wir nun den Kapitalismus bekommen haben, müssen sich auch die Gewerkschaften darauf einstellen und ihre neuen Aufgabenfelder suchen. Obwohl ich als Meister zur unteren Verwaltungsebene gehöre, bin ich doch nicht besser geschützt als andere Arbeiter. Dafür brauchen wir die Gewerkschaften. Wir haben gezeigt, dass wir streiken können bis zum völligen Betriebsstillstand. Dass Kapital und Arbeit zwei unterschiedliche Welten sind, haben unsere Arbeiter inzwischen begriffen – auch wenn dieser Prozess langsam geht. Wir müssen unsere Arbeitskraft zu den günstigsten Bedingungen verkaufen. Wir wollen uns nicht wie Schafe behandeln lassen. Aus Angst um den Arbeitsplatz halten die Arbeiter still und handeln nicht. Der größte Schwachpunkt ist, dass sie wenig Vertrauen in die Macht der Gewerkschaften haben.“ Ein bedeutendes Hindernis sieht er in der geringen Mobilität der Arbeiter wegen des Wohnungsmangels. Bei den enormen Preisen ist das Wohnungsproblem für junge Familien praktisch nicht lösbar – es sei denn, die Eltern können helfen. Bei einem Quadratmeterpreis von 500 Euro ist das auch für einen gut bezahlten Facharbeiter unerschwinglich. Gelöst wurde das Problem für sie – wie so vieles in diesem Lande – mit Hilfe der Großfamilie, die für die jungen Leute ihre Ersparnisse zusammenlegte.

Auf dem IV. Kongress des Dachverbandes FNPR Ende 2006 sagte der Präsident der Hütten- und Bergarbeitergewerkschaft zur Wohnungssituation der Arbeiter in Russland: „Mit großer Zuversicht entwickelt sich die Zukunft unseres Russland. Zum Beispiel ist das nationale Projekt „Erschwingliche Wohnstätte“ ein glänzendes Vorhaben. Es ist nicht nur eine Lösung sozialer Probleme. Es wäre eine Chance für die dynamische Entwicklung des Binnenmarktes. Natürlich findet man für ein solches Geschäft Investoren. Aber diese Wohnungen brauchen Käufer, und das kann nicht sozial sein, denn das bedeutet Hypothek, und eine Hypothek – bei aller Schönheit des Begriffs – ist nur ein Kredit, den man zurückzahlen muss. Aber womit zurückzahlen, wenn der Durchschnittslohn im Lande 11.000 Rubel monatlich beträgt?

Es ist jedermann bekannt, dass der Quadratmeterpreis einer Wohnung in Moskau 4000 Dollar erreicht hat. Gewiss, es gibt da spekulative Spielereien der Bauinvestoren. Doch die Wohnungen werden gekauft. Das bedeutet, dass ein durchschnittlicher Russe mit einem Lohn von 11.000 Rubel zehn Monate lang weder essen noch trinken kann, um nur einen Quadratmeter Wohnung zu kaufen. Und um eine 40-qm-Wohnung zu kaufen, benötigt man 33 Lebensjahre. Sie müssen zugeben, dass dies absurd ist.“

IV. Chemische Industrie und Chemiegewerkschaften

von Wladimir Tribunski



Chemiewerk bei Moskau

Die Chemiebranche ist der wichtigste strategische Teil der russischen Wirtschaft. Er hat eine enorme volkswirtschaftliche Bedeutung für die Entwicklung der Wirtschaft des Landes. Sie besteht aus 15 großen Unterbranchen, die verschiedene chemische Produkte herstellen. Das sind vor allem Dünger (Kalisalz, Ammoniak, Phosphate und andere), chemische Fasern, Plastikwaren, synthetischer Kautschuk, verschiedene Arten Gummitechnik, Autoreifen, Sodaproduktion, synthetische Farben, Menthol, Benzol, Benzin, Pharmaprodukte.

Die Erzeugnisse der chemischen Industrie finden breite Verwendung in allen Sektoren der Wirtschaft. Über 60 Prozent der heimischen Chemieproduktion wird auf dem Binnenmarkt verkauft. In der mittelfristigen Perspektive (nach Schätzungen der Experten in den nächsten drei bis vier Jahren) wird sich dies auf bis zu 80 Prozent erhöhen.

Um der historischen Gerechtigkeit willen muss man erwähnen, dass es als Auswirkung des Zerfalls der Sowjetunion, dem Ende der Planwirtschaft und dem Übergang zur Marktwirtschaft auf dem so genannten „freien Markt“ zu einem rapiden Rückgang der chemischen Produktion kam. Der größte Teil Sowjetischer Chemiebetriebe befand sich in den ehemaligen Republiken der früheren UdSSR.

(Anmerkung: Das Schicksal dieser Betriebe ist am trostlosesten; besonders derjenigen, die sich in Zentralasien und im Kaukasus befinden. Die einst großen chemischen Betriebe Kasachstans, Usbekistans, Tadjikistans, Kirgisiens, Georgiens und Armeniens wurden komplett oder teilweise stillgelegt und befinden

sich in einem ruinösen Zustand. Die Mitarbeiter, darunter auch hochqualifizierte Spezialisten blieben ohne Arbeit und wurden gezwungen, nach Russland zu emigrieren, von da in den Westen, auf der Suche nach einem Job jeglicher Art. Einigermassen besser geht es der Chemiebranche in der Ukraine und in Weißrussland. aber auch dort wird ein Produktionsrückgang beobachtet.)

Die Chemieindustrie, die auf dem Territorium Russlands verblieben ist, hat auch beträchtliche Veränderungen zur Kürzung der Produktion erfahren. Fast völlig verschwanden die im sozialistischen System üblichen staatlichen Aufträge. Die für sich gestellten Betriebe begannen fieberhaft, neue Märkte für ihre Produkte zu suchen. Wegen mangelnder Kaufkraft ist auch der Binnenmarkt rapide zurückgegangen. Mit dem Zerfall der Landwirtschaft und der großen Agrarbetriebe (Kolchosen und Sowchozen) ist die Nachfrage nach Dünger dramatisch zurückgegangen und übersteigt nicht mal 10 Prozent des wissenschaftlich begründeten Bedarfs.

Gleich nach dem Zerfall der UdSSR im Jahre 1991 gab es auf dem Territorium Russlands in der chemischen und petrochemischen Industrie fast 2.500 Betriebe. Die meisten davon wurden allmählich geschlossen oder haben sich auf andere Produktion umgestellt. Von diesen 2.500 Betrieben sind heute 760 stabile, Gewinn bringende und 390 Verlust



bringende übrig geblieben. Dabei wächst die Zahl der Verlustbetriebe weiter. Es gelang, die Existenz von über 100 wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen zu erhalten. Aber die Wissenschaftler befinden sich in einer sehr schwierigen Lage, weil diese Institutionen nicht in der Lage sind, sich selbst zu finanzieren und der Staat nur einen geringen Beitrag für deren Erhalt und die Löhne leistet. Daher findet eine beträchtliche Abwanderung von wissenschaftlichen Mitarbeitern und qualifizierten Spezialisten aus dem chemischen Wissenschaftsbereich statt.

Das sind die trostlosen Ergebnisse eines unverantwortlichen und fast nicht regulierten Übergangs von einem Wirtschaftssystem in das andere. Natürlich ist parallel dazu die Zahl der Beschäftigten zurückgegangen und dementsprechend auch die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder. Wenn im Jahre 1992 die Gewerkschaft der Chemieindustrie in Russland fast 1,8 Millionen Mitglieder hatte, so sind es heute nur noch 618.000 einschließlich der Rentner.

Es ist offensichtlich, dass die chemische Industrie gegenwärtig nicht die besten Zeiten erlebt. Zurzeit beträgt ihr Anteil am allgemeinen Wirtschaftsvolumen 4,5 Prozent, der Anteil des Valutagewinns vom Export chemischer Produkte beträgt 4,8 Prozent.

Jedoch ist in der letzten Zeit ein Wachstum der Produktion zu beobachten. In den letzten fünf Jahren ist das Produktionsvolumen der chemischen Erzeugnisse um 1,6 Prozent gestiegen. Die Zahl der Beschäftigten in der Branche beträgt nun wieder über 800.000.

Einstieg der transnationalen Konzerne in die russische Wirtschaft und auch in die Chemieindustrie hat sich auf die Lage der Arbeiter nicht wie erhofft positiv ausgewirkt. So gab es mit der Ankunft der neuen Besitzer in den russischen chemischen Betrieben, wie zum Beispiel Henkel AG (Deutschland), Procter und Gamble (USA), Michelin (Frankreich) und andere, sofort erhebliche Probleme für die Beschäftigten dieser Betriebe.

So wurde der in den 90er Jahren auf dem russischen Markt erschienene Henkel-Konzern Besitzer einer Aktienmehrheit von drei russischen Firmen, die Waschmittel produzierten. Zunächst betrachteten sich die Arbeiter dieser Betriebe voller Stolz als ein Teil eines großen transnationalen Konzerns, der als Marktführer im Bereich der angewandten Chemie gilt. Aber bald wurden die Arbeiter zutiefst enttäuscht: Jene hohen Standards der Arbeitsbeziehungen, die Henkel bei sich zu Hause in Deutschland, insbesondere in Düsseldorf, prak-

tiziert, wie etwa die Löhne, Umweltschutz und Gesundheitsfürsorge für die Arbeiter, Sicherheitsmaßnahmen am Arbeitsplatz und vieles mehr, wurden für die russischen Arbeitnehmer nicht automatisch übernommen. Die neuen Inhaber begannen vielmehr mit der Aufteilung der Betriebe und dem Outsourcing der Nebenbetriebe. Die ohnehin niedrigen Löhne wurden trotz der hohen Inflationsrate eingefroren.

Das Management hielt zum Teil die Vereinbarungen des Kollektivvertrags im Bereich des Arbeitsschutzes und der Lohnauszahlung nicht ein. Die rapide Personalkürzung ohne Modernisierung der Technologieprozesse führte zu Produktionsrisiken auf dem Gebiet der Sicherheit. Es wurden die Finanzmittel für die bisher übliche soziale Fürsorge gestrichen (die medizinische Vorsorge, die Mittel für den Urlaub für die Kinder, der Mitarbeiter, die Kuren, Finanzhilfe für die Betriebsveteranen und vieles mehr.) Vor diesem Hintergrund verheimlichte die lokale Führung von Henkel mit allen Mitteln jede Information über Gewinnzahlen der Betriebe und bestritt den Gewerkschaften das Recht auf Information über die wahre wirtschaftliche Lage und über die Höhe des Gewinns.

Die doppelten Standards der Henkelführung im Umgang mit den Beschäftigten bei sich zu

Die Lage der Chemiewerker in Russland heute

Hause und in Russland waren offenkundig. Im Ergebnis führten sie in den Betrieben zu ernsthaften Konfliktsituationen. Es drohten spontane Streiks und Arbeitsniederlegungen. Die qualifizierten Mitarbeiter kündigten, weil sie mit den Niedriglöhnen ihre Familien nicht versorgen konnten.

Durch das Eingreifen der zentralen Gewerkschaftsorgane der Gewerkschaft der Chemieindustrie Russlands und der IG BCE Deutschlands kam es nicht zu einer ausgedehnten Streikbewegung. In den Verhandlungen des Jahres 2002 untersuchten Spezialisten beider Gewerkschaften die Situation, waren sich einig über die anormale Lage in den Henkelbetrieben in Russland und erarbeiteten einen Zukunftsplan. In Zusammenarbeit mit der deutschen Seite wurden Mitglieder des Aufsichtsrats der Henkel AG, des Betriebsrats des Mutterkonzerns in Düsseldorf sowie der der Russland-Filiale Henkels eingeladen. Es wurde ein Protokoll über die weitere Zusammenarbeit unterschrieben, und ab Anfang 2003 wurden solche Beratungen regelmäßig durchgeführt. Sie finden jedes Jahr in einem der russischen Betriebe von Henkel unter Teilnahme der Vorsitzenden der Gewerkschaftsorganisationen aller drei Betriebe, sowie den Vertretern der zentralen Organe RCG und IG BCE statt. Diesen Beratungen wurden auch Schulungsseminare angefügt, die die Vertreter des Betriebsrates Henkel, Düsseldorf für Gewerkschaftsaktivisten der russischen Betriebe durchführten. So entspannte sich die Lage allmählich. Auch die Lohnhöhe hat sich gebessert und die besonders kontroversen Beziehungen und Missverständnisse zwischen lokalem Management und Gewerkschaftskomitee wurden geklärt. Dieses Beispiel zeigt deutlich, wie Erfolg versprechend eine ernst gemeinte Sozialpartnerschaft, von beiden Seiten betrieben, ist.

Schlimmer als bei Henkel entwickelte sich die Situation in den Betrieben von Procter und Gamble im Gebiet von Tula, wo die neuen Inhaber ihre Arbeiter auf Kontraktbasis beschäftigen und sich dabei der internationalen Arbeitsagentur „Manpower“ bedienen. Was das Reifenwerk von „Michelin“ im Moskauer Gebiet betrifft, so haben die neuen Besitzer die Gewerkschaftsorganisation gleich ganz verboten.

Die Betriebe der chemischen Branche sind praktisch in allen Regionen der Russischen Föderation von Nowgorod und Sankt-Petersburg (Nord-Westliche Region) bis Fernost (Primorje) vertreten. Der durchschnittliche Bruttolohn betrug im ersten Halbjahr 2006 im Monat im Durchschnitt aller chemischen Betriebe 11.550 Rubel (350 Euro) und in den Betrieben der Gummi- und Plastikproduktion 8.060 Rubel (245 Euro). Zum Vergleich – der durchschnittliche Lohn im ganzen Wirtschaftssektor Russlands betrug 9.897 Rubel (300 Euro). Der Lohn der Chemiewerker beträgt somit 110,5 Prozent des Durchschnittslohns. Die chemische Produktion nimmt den vierten Platz in der verarbeitenden Produktion ein, gleich nach Kohle und Öl, Metallindustrie, Papierherstellung, Verlags- und Druckereiprodukten.

Der genannte Lohn ist nicht die einzige Quelle des persönlichen Einkommens der Arbeiter, weil es immer noch Sozialleistungen gibt wie Urlaubsgeld (gewöhnlich in der Höhe von ein bis zwei Monatslöhnen), Zahlungen beim Tod von Familienangehörigen, Zuschüsse bei der Geburt eines Kindes oder zu Jubiläen. Mitunter werden auch Kredite für Hausbau und Wohnung Kauf gegeben oder die Kurkosten werden übernommen, die Fahrkosten erstattet oder das Kantinenessen bezuschusst. Außer solchen Sozialleistungen in der Chemieindustrie Russlands gibt es gesetzliche Zulagen für Arbeiten unter schweren und schädlichen Bedingungen. Den Werkträgern, die unter schädlichen Bedingungen tätig sind, wird der Lohn bis zu 12 Prozent erhöht. In Bereichen mit besonders gefährlichen Arbeitsbedingungen wird der Lohn bis zu 24 Prozent erhöht.

Der Anfang des 21. Jahrhunderts ist durch den intensiven Prozess der Globalisierung gekennzeichnet, in den natürlich auch Russland einbezogen ist. Wie das Leben zeigte, führt diese Globalisierung unausweichlich zur einer Verschärfung der ungleichen wirtschaftlichen Entwicklung. Das Kapital strebt in die Länder mit billigen Arbeitskräften. Eben diese Politik der transnationalen Konzerne, Russland als ein Land mit qualifizierten, aber billigen Arbeitskräften, zu betrachten, bestimmt die in den letzten Jahren wachsende Konfrontation zwischen dem Großkapital und den Gewerkschaften in Russland. Es ist schwerer geworden, Tarifverträge durchzusetzen, besonders sich in Lohnfragen zu einigen.

Auf dem letzten Kongress der Russischen Chemiewerkschaften, der 2005 in Moskau stattfand, wurde von den Delegierten ein Programm erarbeitet: „Das Konzept der Entwicklung der chemischen und Ölverarbeitenden Industrie bis 2010“. Das Dokument hat eine klare soziale Orientierung und berührt alle für die Arbeiter wichtigen Fragen. Das sind:

- 1) Die weitere Entwicklung der Regulierung der Sozial- und Arbeitsbeziehungen, einschließlich der unbedingten Erfüllung der Tarifvereinbarungen durch alle Partner.
- 2) Die Verbesserung des Lohnsystems und die Erhöhung des Lohnstandards der Arbeitenden mit allen Mitteln, die den Gewerkschaften auf der Grundlage der russischen Arbeitsgesetze zur Verfügung stehen.
- 3) Die Verbesserung der Arbeitssicherheit in den Betrieben und die Senkung der Arbeitsunfälle, die Erhöhung der medizinischen Vorsorge und Prophylaxe der Berufserkrankungen.
- 4) Die Bildung des Nachwuchses für die Chemiebranche, die Erarbeitung von Programmen der ständigen Weiterbildung und die Erhöhung der Qualifikation der Fachleute auf allen Ebenen.
- 5) Die Schaffung von Arbeitsplätzen für jene Arbeiter, die im Prozess der Reorganisation des Betriebs entlassen werden und deren rasche Umschulung für neue Berufe.



Der Autor ist Internationaler Sekretär der Gewerkschaft der Chemiewerker

Öl und Gas aus den Weiten Sibiriens

Im Sommer wirkt das Städtchen Nadym in Westsibirien nahe dem Polarkreis geradezu idyllisch. Es ist umgeben von Seen und kristallklaren Flüssen und vom unendlichen Grün der Taiga. Im Zeichen des gesellschaftlichen Umbruchs wurde für die 20.000 Bewohner nun auch eine orthodoxe Kirche mit goldglänzendem Kuppeldach errichtet. Doch die Sommeridylle ist weniger als die halbe Wirklichkeit. Der arktische Winter dauert hier oft länger als ein halbes Jahr, und Tagestemperaturen um minus 20 Grad gelten dann eher als angenehm. Doch eine beträchtliche Polarzulage zum Lohn macht das harte Leben in der Kälte für viele Menschen attraktiv.

Praktisch gehört die Stadt dem staatlichen Energiekonzern Gasprom. Außer einigen Dienstleistungseinrichtungen und der Verwaltung ist der Konzern der einzige Arbeitgeber für rund 10.000 Beschäftigte, die direkt und indirekt mit der Gasförderung auf den umliegenden Gasfeldern verbunden sind. 9.500 von ihnen sind in der hier konkurrenzlosen interregionalen Gasprom-Gewerkschaft organisiert, die zur Gewerkschaft der Öl- und Gasarbeiter ROGWU gehört. Der monatliche Durchschnittslohn liegt hier bei 1.400 Euro mit Polarzulage (nominal ohne Zulage 560 Euro). Von allen Ländern der Welt verfügt Russland über die größten Vorräte an Bodenschätzen. Besonders reich sind die Vorkommen an Energierohstoffen. Man schätzt, dass in Russland rund die Hälfte der weltweit nachgewiesenen Kohlevorräte lagern und dass es größere Erdölvorkommen hat als jede andere Nation. Russland ist nach Saudi-Arabien das wichtigste Erdölförderland der Welt und die Ölindustrie der wichtigste Industriezweig und Devisenbringer des Landes. Daneben ist Russland der größte Erdgasproduzent der Welt und besitzt die größten Gas-Reserven. Teile der einst sowjetischen Ölfelder liegen nun in den neuen Staaten Aserbeidschan, Kasachstan oder Turkmenistan. In den weiten sibirischen Ebenen liegen jedoch noch sehr große Ölreserven.

Nadym, Gasprom-Stadt am Polarkreis



Sergej Balajew, Nadym,
Produktionsleiter bei Gasprom

Wozu Gewerkschaften?

Ich bin grundsätzlich gegen Gewerkschaften. Ich sehe nicht ihren Nutzen. Ihre Funktionäre sind nur eine Belastung. Sie vertreten nicht die Interessen der Arbeiter. Auch die Arbeiterinteressen sind Gesetzen unterworfen. Die Fürsorge durch das Unternehmen reicht völlig aus. Die sozialen Leistungen werden bei uns ohnehin zu 99 Prozent vom Unternehmen getragen. Die Arbeiter kommen mit ihren Problemen zu uns. Den Dauerkonflikt Gewinne – Löhne gibt es bei uns nicht.





Lew Mironow, Präsident der Öl-, Gas- und Bauarbeitergewerkschaft (ROGWU)

Schlimmer als in meinen Albträumen

„Selbst in meinen schlimmsten Albträumen hätte ich mir zu Sowjetzeiten nicht vorstellen können, dass ich Arbeiterrechte einmal mit Demonstrationen und Streiks, sogar mit Hungerstreik verteidigen müsste.“ Streiks und Streikversammlungen sind nun zur Normalität geworden. Die Kampfmethoden sind vielfältig. Da zum Beispiel die Produktion von Gas nicht zu stoppen ist, schließen die Arbeiter die

Pipelines und füllen nur die Reserven auf. Auch dies haben wir schon erfolgreich praktiziert: Die gleichzeitige kollektive Kündigung der gesamten technischen Angestellten der mittleren Ebene in einem Betrieb.

Die Struktur seiner Gewerkschaft beruht auf der Grundlage der ehemaligen Sowjetgewerkschaften. „Wir fühlen uns in dieser Tradition“, sagt Mironow und verweist stolz auf den hohen Organisationsgrad etwa der Gas- und Erdölarbeiter: 88 Prozent!

Die russische Wirtschaft sieht Mironow jetzt in der Periode der Rekonstruktion der privatisierten Unternehmen. Das bedeutet Ausgliederung von Dienstleistungen, Transport und Exploration. Das bringt aber auch den Verlust von Sozialleistungen und Bildungseinrichtungen. Das bedeutet Arbeitsplatzverlust und niedrigere Löhne – nach westlichem Vorbild.

Die wichtigsten Aufgaben sieht er im Kampf um höhere Löhne, im Arbeits- und Rechtsschutz, in der Verteidigung sozialer Besitzstände. Auch darum geht es: Die Rechte in der Arbeitsschutzinspektion wurden drastisch reduziert gegenüber Sowjetzeit. Es gibt kein Recht mehr für die Gewerkschaft, vor Gericht zu gehen. Die Arbeitsrechtsinspektion kann keine Sanktionen mehr verhängen.

Mit den „Großen“ hat sich die Gewerkschaft jetzt arrangiert. Bei der staatlichen GASPROM wird heute nach einer heftigen antigewerkschaftlichen Kampagne miteinander verhandelt. Das Unternehmen hat eine konzerngebundene eigene Gewerkschaftsorganisation unter dem Dach von ROGWU. Mit Lukoil, einem anderen Global player auf dem Energiemarkt gibt es sogar ein globales Übereinkommen mit der ICEM; der Internationalen Föderation der Chemie-, Energie-, Bergbau- und Fabrikarbeitergewerkschaften). Es garantiert z. B. die gesetzlichen Sozialleistungen und Arbeitsbedingungen an allen Standorten weltweit.

Erfahrungsaustausch der Henkel-Arbeitnehmervertreter

von Winfried Zander

Seit Anfang der 90er Jahre ist auch Henkel mit der Produktion von Waschmitteln in Russland aktiv. Zurzeit gibt es dafür drei Produktionsbetriebe in den Städten Tosno, Perm und Engels.

Die Henkel KGaA ist ein international agierendes Unternehmen mit Stammsitz in Düsseldorf. Es hat seine Aktivitäten in drei Geschäftsbereiche eingeteilt

- Wasch- und Reinigungsmittel
- Kosmetik
- Konsumenten- und Industrieklebstoffe

Henkel beschäftigt zurzeit 55.000 Mitarbeiter weltweit. Seit November 2001 gibt es einen regelmäßigen Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Betriebsgewerkschaftskomitees der drei Henkelbetriebe in Russland, der IG BCE, der russischen Chemiegewerkschaft und dem Betriebsrat des Henkel Stammwerkes in Düsseldorf. Die Treffen fanden in den jeweiligen Betrieben in Russland wie auch in der Konzernzentrale in Düsseldorf statt.

Das zu Anfang gestörte Verhältnis zwischen dem örtlichen Management und den betrieblichen Interessenvertretungen in Russland konnte durch eine offene und konstruktive Diskussion mit dem in Deutschland verantwortlichen Management entscheidend verbessert werden.

So gab es bei jedem nachfolgenden Treffen offene und konstruktive Diskussionen mit dem für Russland zuständigen Management vor Ort. Schwerpunktthemen der jeweiligen Treffen in den Jahren 2001, 2002, 2003 und 2004 waren:

- Informationspolitik des Unternehmens Henkel
- Entlohnung und Sozialleistungen in den Henkelbetrieben in Russland
- Arbeitsmöglichkeiten der Arbeitnehmervertretung von Henkel in Deutschland (BetrVG, Mitbestimmung)
- Arbeitsplatzbewertung, Eingruppierung, Tarifvertrag
- Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz
- Gesetzliche Unfallversicherung, gesetzliche Kontrollorgane
- Treffen mit dem für Russland verantwortlichen Management

Dieser Informations- und Erfahrungsaustausch hat zu einer Verbesserung des Klimas zwischen den betrieblichen Gewerkschaftsvertretern und dem Management geführt. Ebenfalls ist dadurch im Nachgang ein reger Austausch zwischen den betrieblichen Gewerkschaftsvertretern der Waschmittelbetriebe in Russland entstanden. Das größte Problem aus Sicht der russischen Arbeitnehmervertreter, nämlich das im Vergleich zu den ständig steigenden Lebenshaltungskosten zu geringe Lohnniveau ist noch nicht gelöst und wird auch wesentlich vom wirtschaftlichen Erfolg von Henkel in Russland beeinflusst sein. Denn obwohl Henkel in den jeweiligen Regionen überdurchschnittliche Löhne zahlt, wird es hier noch Bedarf für Verbesserungen geben.

Allerdings sind in diesem Zusammenhang auch die Auswirkungen des Systemwechsels in Russland zu berücksichtigen. So werden in vielen Fällen die im sozialistischen System von den Betrieben getragenen Sozialleistungen wie z. B. Kindergärten, ärztliche Betreuung, Wohnungsbeschaffung heute nicht



Erdölarbeiter in einem sibirischen Ölfeld

mehr gewährt. Sondern man beschränkt sich auf die Entlohnung der Arbeitnehmer für die geleistete Arbeit. Das erschwert zusätzlich die Situation für die betroffenen Mitarbeiter und ihren Familien in Russland. Alles in allem kann man jedoch sagen, dass man mit dem eingeschlagenen Weg des Dialogs in die richtige Richtung geht, der auch in Zukunft weiter verfolgt werden sollte.

Der Autor ist Betriebsrats-Vorsitzender von Henkel

Die Unabhängige Gewerkschaft der Bergarbeiter Russlands (RUG)

Die russische Unabhängige Gewerkschaft der Bergarbeiter wurde im Mai 1991 gegründet. Zur RUG gehören 2006 27 territoriale Organisationen und zehn weitere Gewerkschaftsorganisationen, die in dem Zentralkomitee der RBG zusammengefasst sind. Sie sind in 27 Republiken, Regionen und Gebieten aktiv. In den Reihen der RUG sind insgesamt rund 276.900 Mitglieder organisiert. 41.000 von ihnen sind Rentner. Die RUG ist Mitglied des Dachverbandes FNPR und der ICEM. Eine deutliche Tendenz des Mitgliederrückgangs lässt sich durch mehrere Faktoren erklären: Strukturveränderungen in der Wirtschaft des Landes, Änderungen der Eigentumsformen, Beschäftigtenrückgang durch Betriebsschließungen sowie späte Reaktion der Gewerkschaft auf diese Veränderungen. Die Gewerkschaft sieht in der wirtschaftlichen Entwicklung seit dem Jahr 2000 eine „Rückkehr zu den Interessen der Steinkohle“ und eine wachsende Stabilität. Es verbesserte sich in dieser Zeit auch das soziale Klima. Die Ausgaben für Sozialleistungen stiegen von 2000 bis 2005 um 2,8 Prozent.

Die Tarifpolitik hat für die RUG erste Priorität. Sie ist das wirksamste Instrument zum Schutz der sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter. Die Unterzeichnung der Tarifvereinbarung für die Bergbauindustrie 2001-2003 gilt als Meilenstein für die Entwicklung der sozialen Partnerschaft und als Stabilitätsgarant des „sozialen Friedens“ in den nicht leichten Zeiten, in denen neue Wege der Rekonstruktion in der Bergbauindustrie gegangen werden. Sie ist eine neue Etappe in der Entwicklung der Bergbauindustrie und ihrer sozialen Partnerschaft.



Ruben Badalow, 1. Vizepräsident der Unabhängigen Gewerkschaft der Kohlebergarbeiter (RUG) Abgeordneter der Duma, Fraktion „Rodina“ (Heimat), ehemaliger Streikführer aus dem Donbass

Nach anderen Wegen suchen...

In der Übergangsphase vom Sozialismus zum Kapitalismus waren die Kumpel besonders hart betroffen. Die Hälfte der Kohlebergwerke wurde geschlossen. Eine halbe Million Arbeitsplätze ging verloren. Die Löhne blieben bis zu 12 Monaten im Rückstand. Es war die Zeit der großen Streiks. Es ging um Seife, Löhne und Einhaltung der sozialen Normen.

Unsere Gewerkschaft vertritt die Interessen ihrer Mitglieder und verfolgt dabei keine eigenen politischen Ziele. Aber die politische Wirkung bleibt in diesem Kampf natürlich nicht aus. Wir artikulieren unsere scharfen Forderungen an

Regierung und Arbeitgeber und sehen uns sofort in eine Oppositionsrolle gedrängt. Wir bleiben bei dieser konstruktiven Opposition und suchen nach gemeinsamen Lösungen. Dabei haben wir erfahren, dass die Regierung fast immer die Seite der Arbeitgeber ergreift, bestenfalls verhält sie sich neutral. Das Verhältnis zu den politischen Parteien wird geprägt durch die enge Zuwendung des Dachverbandes FNPR zur Regierungspartei „Einheitliches Russland“. Der stellvertretende Vorsitzende des FNPR, Issajew, bekleidet eine hohe Funktion in dieser Partei. Damit sind natürlich nicht alle bei uns einverstanden, denn in unserer Gewerkschaft sind fast alle Parteien vertreten, von meiner Partei „Rodina“ bis traditionell zu den Kommunisten. Außerdem hat die Regierungspartei Gesetze zu verantworten, die nicht den Interessen der Arbeiter dienen, mit denen wir nicht einverstanden sein können. Wir müssen also nach anderen Wegen in unserem Verhältnis zu den politischen Parteien suchen. Es sollte nie die Dominanz einer Partei geben.

Unsere Hauptaufgabe ist der Kampf um höhere Löhne. Das monatliche Durchschnittseinkommen im Kohlebergbau liegt bei 16.000 Rubel (Ca. 480 Euro). Unsere Zusammenarbeit mit den deutschen Gewerkschaften reicht bis in das Jahr 1975 zurück, als uns eine Delegation mit dem damaligen IGBE-Vorsitzenden, Walter Ahrend, besuchte und wir eine „Kooperation in kleinen Schritten“ vereinbarten. 1991 haben wir dann mit Hilfe der IG BCE den ersten Manteltarifvertrag abgeschlossen. Und haben aus dem Manteltarif des Rheinischen Bergbaus das für uns Passende übernommen. Seitdem gibt es eine gute Zusammenarbeit, vor allem auf dem Gebiet der gewerkschaftlichen Bildung.

Ende 2006 fusionierte Badalows Partei „Rodina“ (Heimat) mit zwei Splitterparteien. Das sich als „Union des Vertrauens“ oder „Aktuelle Linke“ titulierende Bündnis erhebt den Anspruch, als zweite Partei neben der vor allem von Beamten und Funktionären getragenen Putin-treuen Partei „Einiges Russland“ eine linkere und sozialer orientierte Politik zu vertreten. Faktisch soll der Dreibund damit den Kommunisten von der KPRF das Wasser abgraben. Doch anders als die KP von Gennadi Sjiganow, die sich als konsequente Opposition zum Kreml versteht, will die „Aktuelle Linke“ zwar eine Konkurrenz zur Putin-Partei sein, versagt dem Präsidenten aber nicht die Gefolgschaft.

Erfolgreiche Basis für Sozialpartnerschaft aufgebaut



ChemiegewerkschafterInnen am 1. Mai 2006 in Moskau

Am Anfang stand ein Konflikt. Die europäische Kaliindustrie und mit ihr ihre Beschäftigten sahen sich in ihrer Existenz gefährdet, weil Kalilieferungen unter Herstellungskosten aus Russland und Weißrussland auf ihre Märkte drängten. Mit Unterstützung der betroffenen Unternehmen und den zuständigen Gewerkschaften kam es daraufhin zum Erlass von Antidumping-Maßnahmen durch die EU-Kommission.

In dieser Situation ergriff die ICEM (Internationale Föderation von Chemie-, Energie-, Bergbau- und Fabrikarbeitergewerkschaften) die Initiative und lud im Juni 1999 zu einer Konferenz nach Beresniki am Ural, mitten ins Zentrum der russischen Kaliindustrie ein. Angesichts der verhängten Handelschranken sollten hier Grundlagen für einen Ausgleich der unterschiedlichen Interessen und Voraussetzungen für die Zusammenarbeit bei der Lösung der Probleme geschaffen werden.

Die Stimmung bei dieser ersten Konferenz war auf beiden Seiten sehr zurückhaltend und teilweise von Misstrauen geprägt. Keiner der Teilnehmer konnte einschätzen, welchen Verlauf diese Konferenz nehmen würde. Die Gewerkschaften erkannten sehr schnell, dass es trotz unterschiedlicher Ansichten zu den handelspolitischen Maßnahmen eine breite Palette von Themen gibt, auf denen eine Zusammenarbeit möglich sein könnte. „Wir alle hatten das Ziel, die Konferenz mit einem guten Ergebnis zu beenden“, erinnert sich Bernd Westphal, damaliger Industriegruppensekretär der IG BCE. „Erfüllt von dem Geist der Verantwortung gegenüber unseren Mitgliedern verabschiedeten wir ein gemeinsames Dokument, das eine gleichberechtigte und offene Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften zum Ziel hatte“, so Bernd Westphal weiter. Dies war der Grundstein für eine sehr positive und erfolgreiche Zusammenarbeit.

Im Jahr 2000 fand eine weitere internationale Kalikonferenz in Deutschland statt, an der neben den russischen und weißrussischen die europäischen und

kanadischen Gewerkschaftsvertreter teilnahmen. Durch die sehr vertrauensvolle Atmosphäre auf der Konferenz im hessischen Kalirevier sowie die Möglichkeit für die Teilnehmer, sich bei den Befahrungen ein Bild von den deutschen Kaliwerken zu machen, bekamen die Beziehungen eine neue Dynamik. Die Vertreter der russischen und weißrussischen Gewerkschaften entwickelten Verständnis für die Argumentation der IG BCE, sich für faire Handelspraktiken einzusetzen, als sie erfuhren, dass es in den 70er- und 80er Jahren und dann erneut mit Veränderung der Marktbedingungen seit Anfang der 90er Jahre einen erheblichen Anpassungsprozess mit Personalabbau und Schließung von Kaliwerken in Deutschland gegeben hat.

Ein wichtiges Feld der Zusammenarbeit stellte der Arbeits- und Umweltschutz dar. So folgte ein Jahr später ein Arbeitsschutzseminar in Solikamsk, eine ebenfalls im russischen Kalibergbaurevier gelegene Stadt am Ural. Nach einem weiteren Seminar in Deutschland im Jahr 2001, bei dem es auch um die Strukturen gewerkschaftlicher Arbeit, die Mitbestimmung auf Unternehmens- und Betriebsebene ging, folgte ein weiteres Treffen mit 10 TeilnehmerInnen, bestehend aus Betriebsräten und Vertretern der IG BCE in Solikamsk. Dieser gegenseitige Erfahrungsaustausch bewirkte konkrete sichtbare Fortschritte für die Lebens- und Arbeitssituation der russischen und weißrussischen Bergleute und vor allem auch Verbesserungen im Bereich des Arbeitsschutzes. Klaus Krüger, Konzerngesamtbetriebsratsvorsitzender der K+S AG erläuterte dazu: „Wir haben die Gelegenheit zu mehreren Besuchen im Kalirevier am Ural gehabt. Es tut gut, mit anzusehen, welche Fortschritte in relativ kurzer Zeit gemacht wurden. Die Sozialpartnerschaft auf deutscher und russischer Seite mit Gewerkschaften, Arbeitgebern und Betriebsräten haben die Basis für die heutige Zusammenarbeit gelegt.“

Im Jahr 2002 folgte die Unterzeichnung einer Vereinbarung über Partnerschaft und Zusammenarbeit. Beteiligte dieser Vereinbarung sind die beiden Unternehmen K+S AG und Silvit sowie die beiden Gewerkschaften IG BCE und RCWU (Russian Chemical Workers Union). Der Vertrag wurde am 17. September 2002 feierlich in St. Petersburg unterschrieben. Er sieht einen jährlichen Erfahrungsaustausch der Unternehmen vor, an dem die beiden Gewerkschaften zu beteiligen sind. Die Treffen finden abwechselnd in den jeweiligen Ländern statt.

Neben den üblichen Themen, wie der Situation auf dem Weltkalimarkt und die wirtschaftliche Situation der beiden Unternehmen wurden beim letzten Seminar im August 2006 in Solikamsk auch die Rolle von Unternehmenskultur und Unternehmensleitbild erörtert. Darüber hinaus wurden Formen von Projektarbeit, wie z. B. die Vorbereitung, Organisation und Durchführung von Projekten besprochen. Ein auf großes Interesse gestoßenes Thema auf russischer Seite war die Bedeutung und die Formen der Mitbestimmung in Deutschland über die Aufsichtsräte. Darüber hinaus ging es aber auch um die Struktur und das Zustandekommen der jeweiligen Tarif- und Vergütungsvereinbarungen auf deutscher und russischer Seite. Auch technische Fragen, wie z. B. die Organisation der Instandsetzung, standen auf der Tagesordnung.

Zunehmend stehen bei den Treffen auch Personalführungsinstrumente im Mittelpunkt. Thomas Nöcker, Arbeitsdirektor der K+S AG, sagt dazu:

„Mit einer sehr offenen Kommunikation und genauen Beschreibung, wie die internen Abläufe in den jeweiligen Unternehmen organisiert sind,



Gewerkschaft der Gas- und Ölarbeiter in der Maidemonstration

haben wir die geschlossene Vereinbarung mit Leben erfüllt. Der freundschaftliche und kollegiale Umgang und die Herangehensweise, gemeinsame Lösungswege zu entwickeln, haben ein starkes Fundament für eine zukünftige Zusammenarbeit zwischen der russischen und der deutschen Kaliindustrie gelegt. Wir haben großes Interesse daran, diese internationale Zusammenarbeit weiterzuführen und auszubauen. Dies ist Teil unseres Verständnisses zur gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen.“ Bei heute international aufgestellten und agierenden Unternehmen ist die Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und Russland beispielgebend für Projekte in anderen Ländern. Als Fazit ist hier vor allen Dingen die gute Zusammenarbeit der Sozialpartner unter Einbeziehung von Unternehmensleitung, Betriebsräten und Gewerkschaften als Motor zu werten. Der Verlauf der jetzt schon seit über sieben Jahren dauernden Beziehungen ist sicherlich nicht eins zu eins auf andere Bereiche übertragbar, kann aber dennoch als ein sehr erfolgreiches Beispiel gelebter Sozialpartnerschaft betrachtet werden.

Politische Beziehungen zwischen Russland und Deutschland

Beispiel einer wechselvollen Geschichte

Die Beziehungen zwischen Russland und Deutschland sind Ausdruck einer wechselhaften Geschichte. Wer erinnert sich noch daran, dass dieses Ries Reich im Osten unter Katharina II. Jahrzehnte lang von einer Deutschen regiert wurde, dass hohe Verwaltungsfachleute und Militärs aus Preußen an den Hof zu St. Petersburg berufen wurden, dass deutsche Bauern an der Wolga siedelten? Zwei blutige Weltkriege überschatteten die Beziehungen bis heute. 70 Jahre mit heißen und kalten Kriegen haben in den Köpfen vieler Deutscher ein Zerrbild von der russischen Wirklichkeit hinterlassen.

In den beiden letzten Jahrzehnten haben die besonders freundschaftlichen Beziehungen der Kanzler Helmut Kohl zu Präsidenten Boris Jelzin und Gerhard Schröders zu Präsident Putin ein unscharfes Medienbild der Beziehungen geprägt. Unter der Kanzlerin Angela Merkel wurde das Klima nüchterner und sachlicher.

Dennoch haben sich die deutsch-russischen Beziehungen aus der Regierungsperspektive in den letzten Jahren „dynamisch und positiv entwickelt“. Das gegenseitige Interesse ist tatsächlich hoch, ebenso das wachsende Niveau der bilateralen Zusammenarbeit. Das spiegelt sich in den jährlichen Regierungskonsultationen und einem regen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Besuchsaustausch wider. Russland sieht in Deutschland „einen führenden, wirtschaftlich seinen wichtigsten europäischen Partner“. Deutschland hat ein erhebliches Interesse an der Einbindung der Russischen Föderation in die europäischen und weltwirtschaftlichen Strukturen und unterstützt den Transformationsprozess in Russland. Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland entwickeln sich ebenfalls positiv. Die Partnerschaft zu Russland schließt einen vorsichtigen Dialog über Differenzen (z.B. freie Presse, Tschetschenien) ein.

Gemeinsames vereinbartes politisches Ziel der auswärtigen Politik ist es, „die Menschen beider Länder näher zueinander zu bringen und einen Austausch der Zivilgesellschaften zu fördern“. 2003 wurde ein deutsch-russisches Regierungsabkommen über Erleichterungen im Reiseverkehr unterzeichnet, das im Dezember 2004 in Kraft getreten ist. Durch die Visaerleichterungen sollen besonders der Jugend-, Kultur- und Wirtschaftsaustausch gefördert werden. 2006 ist zwischen der EU und Russland ein Abkommen zur Visaerleichterung und ein Rückübernahmeabkommen parapiert worden.

Zwischen Deutschland und Russland hat sich in den letzten Jahren ein enger kultureller Austausch entwickelt, der jetzt auch stärker die regionalen Zentren außerhalb Moskaus und St. Petersburgs einbezieht. Aber auch außerhalb der offiziellen Programme sind russische Kunst und Literatur bei uns wieder stärker präsent. So war Tschechow 2006 der meistgespielte nichtdeutsche Autor auf den deutschen Bühnen.

Die deutsch-russischen Begegnungen („Kulturjahre“) unter der Schirmherrschaft beider Staatspräsidenten haben mit einem umfangreichen Zweijahresprogramm einen wesentlichen Beitrag zur Vertiefung der gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland geleistet.

Im Fremdsprachenunterricht behauptet das Deutsche klar den zweiten Platz hinter dem Englischen. 2003 wurde ein Regierungsabkommen über das gegenseitige Erlernen der Partnersprache abgeschlossen. Mit dem Ziel, dem bilateralen Jugendaustausch einen neuen Impuls zu geben, wurde auf



Maidemonstration in Nishnij Tagil 2006

dem deutsch-russischen Gipfel im Dezember 2004 ein Abkommen über jugendpolitische Zusammenarbeit unterzeichnet, das die Einrichtung von Koordinierungsbüros in jedem Vertragsstaat vorsieht. Am 11. 04. 2005 erfolgte die Unterzeichnung einer Gemeinsamen Erklärung über strategische Partnerschaft auf dem Gebiet der Bildung, Forschung und Innovation durch den damaligen Bundeskanzler Schröder und Präsident Putin. Mit dieser Vereinbarung soll die bilaterale Kooperation im Bildungsbereich, insbesondere bei der Ausbildung von Fach- und Führungskräften, intensiviert werden. Das Goethe-Institut ist an vielen Orten in Russland präsent, vor allem in Moskau und St. Petersburg mit eigenen Häusern. Daneben sind zahlreiche weitere deutsche Kulturmittler in Russland vertreten. Die vom Bundesministerium des Innern und dem Auswärtigen Amt finanzierten Programme zur Förderung der kulturellen Identität der wenigen verbliebenen Russlanddeutschen setzen auf den Ausbau der sprachlichen und landeskundlichen Bildung. Das Auswärtige Amt unterstützt über seine Auslandsvertretungen in der Russischen Föderation – in Zusammenarbeit mit den deutschen Kulturmittler-Organisationen – Projekte und Programme zu diesem Zweck. Hauptziel der Russlanddeutschenpolitik der Bundesregierung bleibt es, die Angehörigen der Volksgruppe zum Bleiben in Russland zu ermutigen.

Politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung

von Dr. Matthes Buhbe

Präsident Putin übergab im Januar 2007 die G8-Präsidentschaft an Bundeskanzlerin Merkel. Dieses war der Schlusspunkt eines Jahres, in dessen Verlauf ein auf der Weltbühne wieder stark auftrumpfendes Russland beobachtet wurde. Der G8-Gipfel Mitte Juli 2006 in St. Petersburg wurde von Putin glanzvoll inszeniert. Gleichzeitig stieg in der Öffentlichkeit der G7-Staaten die Skepsis, ob sich Russland allmählich in die G7 einpasst oder ob nicht umgekehrt faule Kompromisse mit einem unpassenden achten Mitglied eingegangen werden.

Es entstand ein neues Schlagwort: Energie-Weltmacht Russland. Noch nicht beantwortet ist die Frage, ob dieses Segen oder Fluch bedeutet. Weltmächte definierten sich bisher nicht über Rohstoffreichtum. Die Renationalisierung der Energiewirtschaft in Russland könnte sich noch als wirtschaftspolitischer Irrweg herausstellen. Die harte Preispolitik gegenüber allen Staaten des postsowjetischen Raums – wie auch immer ihr Verhältnis zu Moskau – beschleunigte die ohnehin beobachtbare Desintegration der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten.

Die anhaltende Energie-Welthochkonjunktur verschafft Russland ein hohes allgemeines Wirtschaftswachstum und dank einer äußerst disziplinierten Finanzpolitik riesige Devisen- und Staatshaushaltsüberschüsse. Das föderale Zentrum nutzte diese Stärke auch 2006 zum weiteren Ausbau seiner Kontrolle über die Regionen und politischen Akteure. Russlands „soveräne Demokratie“ ist durch mangelhafte Gewaltenteilung und eine übermächtige Stellung des direkt gewählten Präsidenten gekennzeichnet. Das politische System ist monozentristisch, und seine Elite dehnte 2006 ihre Macht im Wirtschaftsbereich aus. Die Bevölkerung sieht dank steigender Realeinkommen und unter dem Einfluss der gleichgeschalteten Fernsehkanäle keinen Grund, die Rezentralisierung der Macht zu beklagen. Im Gegenteil werden Aktionen gegen die privaten „Oligarchen“ der Wirtschaft mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, ist doch nach einer Welle ungeheurer Bereicherung in Russland eine extrem ungleiche Einkommensverteilung entstanden.

Russlands Innen- und Außenpolitik 2006 – Stillstand oder Wandel?

Die Schlagzeilen des Jahres 2006 erwecken fast den Eindruck, Russland entferne sich mit Siebenmeilenstiefeln von einem Europa der gemeinsamen Werte und der partnerschaftlichen Zusammenarbeit. Die endgültige Zerschlagung des größten Privatkonzerns JukOS, dessen Eigner und Manager geflohen, verurteilt oder mitten in einem Strafverfahren sind, die inszenierte Ermordung der Journalistin Anna Politkowskaja, der schärfsten Kritikerin der Tschetschenienpolitik des Kreml, der qualvolle Vergiftungstod des schillernden Ex-Geheimagenten Aleksandr Litwinjenko in London, wo bedeutende Kreml-Kritiker Asyl gefunden haben, aber auch der Auftragsmord am Vizepräsidenten der Zentralbank Andrej Koslow, der als Leiter der Bankenaufsicht energisch gegen Geldwäsche und Betrug im Bereich der Privatbanken vorgegangen war, trugen zu diesem Bild ebenso bei wie das neue Schlagwort von der Energie-Supermacht (vgl. Seite 42). Außenpolitisch stach das neue Selbstbewusstsein ins Auge, mit dem Russland seinen Platz im Konzert der fünf Mächte im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen aus-

füllte. Im Konflikt mit dem Iran und im Nahostkonflikt trat Russland wieder aktiv auf die Bühne. Moskau übernahm eine Mittlerrolle zwischen Teheran und den westlichen Hauptstädten. Überraschend erhielt die im syrischen Exil lebende radikale Führung von Hamas eine Einladung nach Moskau. Der islamistisch inspirierte „internationale Terrorismus“ in Tschetschenien wurde durch Installation des als brutal und launisch bekannten Ramsan Kadyrow, Sohn des ermordeten Präsidenten Tschetscheniens, zum Regionalvorsitzenden der Kreml-nahen „Partei der Macht“ Jedinaja Rossija (vgl. Seite 44) und zum Ministerpräsidenten bekämpft. Wichtige Feldkommandanten der Tschetschenen kamen 2006 um, nachdem Gegenpräsident Maschadow bereits 2005 erschossen worden war. Die russische Führung reiste mehrfach nach China. Auch Besuche in Indien, Indonesien und Nordafrika standen auf dem Programm. Venezuelas Präsident Hugo Chavez hielt sich drei Tage in Moskau auf, unterzeichnete Rüstungskäufe und stellte eine Kooperation in Energiefragen in Aussicht. Nach US-Angaben stieg Russland 2005-06 zum Weltführer von Waffenverkäufen an Entwicklungs- und Schwellenländer auf. Erstmals hatte man den G8-Vorsitz inne. Präsident Putin nutzte die Gelegenheit, die Rückkehr Russlands auf die Weltbühne zu demonstrieren. Der britische Botschafter ließ es sich allerdings nicht nehmen, vor dem Petersburger G8-Gipfel auf einer Gegenkundgebung „Alternatives Russland“ zu sprechen, und US-Vizepräsident Richard Cheney flog nach Riga, um dort heftige Kritik an Putins Russland zu üben, anschließend Russland zu überfliegen und in Georgien zu landen. Im postsowjetischen Raum rückten die zentralasiatischen Staaten – insbesondere Usbekistan – näher an Russland heran, während es zu einer schweren Krise mit Georgien kam. Die Übergriffe auf die georgische Diaspora in Moskau und anderen Städten riefen internationale Empörung hervor. Generell verstärkte sich der Eindruck, dass nationalistische Kräfte in Russland nicht nur im Aufwind seien, sondern zudem vom Kreml ermutigt würden. Millionen Staatsbürger sind keine ethnischen Russen, und Millionen Inländer haben keinen russischen Pass. Die politische Führung verwendete kaum Mühe darauf, eine konfliktmindernde Integrationspolitik anzubieten. Zum Jahreswechsel 2006-07 wurde das (Im-)Migrationsgesetz erneut verschärft, um es Nationalitäten aus dem postsowjetischen Raum zu erschweren, in Russland zu arbeiten und zu leben. Aufregung entstand um die russische Kaufoffensive hinsichtlich Rohstoffindustrie und Auslandsinvestitionen bei gleichzeitigen Defensivmaßnahmen gegen Auslandskapital in Russland. So erzwang Gasprom eine Mehrheitsbeteiligung am riesigen Explorationsfeld „Sachalin II“ im russischen Fernen Osten, dessen alleinige Eigner multinationale Konzerne waren. Die staatsnahe Wneschtorgbank kaufte fünf Prozent des Airbushherstellers EADS. Wie in der Chronik im Anhang aufgelistet, gab es eine Fülle ähnlicher Ereignisse mit der Tendenz staatlicher Einflussnahme auf Investitionen im Rohstoff- und Rüstungsbereich. Mit der deutschen E.ON und BASF kam es zu Tauschgeschäften: Beteiligungen von E.ON in Ungarn gingen an Gasprom für E.ON-Anteile an Erschließungen in Sibirien; Gerhard Schröder wurde Aufsichtsratsvorsitzender des Gasprom-E.ON-BASF-Konsortiums „Nordeuropäische Gaspipeline“. Den Spatenstich zu diesem Projekt taten gemeinsam die Wirtschaftsminister Michael Glos und German Gref. Russland zahlte vorzeitig sämtliche Schulden an den Pariser Club zurück, darunter über acht

Milliarden US-Dollar an Deutschland (7,7 Mrd. Schulden und 700 Mio. Zinsausfallentschädigung). Der russische Offensivgeist wurde in den Medien als Schreckensruf „die Russen kommen“ kolportiert.

Trotz dieses bunten und kritischen Bildes wird 2006 außenpolitisch wie innenpolitisch möglicherweise später einmal als Jahr des Stillstands gelten. In Bezug auf die internationalen Beziehungen wäre die Argumentation folgendermaßen: Russland hat aufgrund der Welthochkonjunktur im Rohstoffbereich nicht erst 2006 neue Stärke gewonnen, verfügt aber über keine überzeugende Konzeption, welche Strategie in den internationalen Beziehungen seinen Interessen am besten entspricht. Stattdessen werden kurzfristige Opportunitäten beim Schopf ergriffen. Mit China kann man in der Shanghai-Cooperation-Organisation den US-Einfluss in Zentralasien mindern, bringt damit aber China vielleicht stärker in Vorteil als es Russland lieb ist. Usbekistan wird zum neuen Partner in einigen schwächelnden Kooperationsvorhaben (noch das wichtigste davon wohl die SCO), ohne dass Moskau wirklich zusätzliche Integrationskraft im postsowjetischen Raum dazu gewinnt. Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten zerfällt zusehends, wobei das Auftrumpfen Russlands als Energie-Supermacht den Prozess beschleunigt. Indem die teilweise extreme Bevorzugung bei der Preissetzung von Öl und Gas aufgegeben wurde, entfiel ein weiteres Motiv für Kooperation im GUS-Rahmen. Nicht nur die Ukraine, Moldawa und Georgien, auch das Moskau-freundliche Armenien und das am stärksten an einer Reintegration des postsowjetischen Raums orientierte Weißrussland müssen sich an eine schrittweise Anhebung des Energiepreises auf Weltmarktniveau gewöhnen: Auch Russland folgt der marktwirtschaftlichen Logik, hat aber diesbezüglich weniger zu bieten als die Marktwirtschaften der G7. Bei letzteren wird Russlands gewachsenes Selbstbewusstsein als „souveräne Demokratie“ mit Sorge beobachtet, sodass sich beispielsweise die G7-Finanzminister vor dem G8-Gipfel in St. Petersburg vorab separat ohne ihren russischen Kollegen trafen. Es ist 2006 unklar geblieben, mit welchen Absichten die russische Führung ihren Platz in der erweiterten G7-Runde eingenommen hat. Soll „souveräne Demokratie“ ein Signalwort an die westlichen Partner und Institutionen sein, eine „Einmischung in innere Angelegenheiten“ würde ab sofort nicht mehr hingenommen? Der schwierige russische Europarat-Vorsitz 2006 und die Angriffe von Außenminister Sergej Lawrow auf die OSZE-Wahlbeobachtung im postsowjetischen Raum deuten in diese Richtung. Die Beziehungen mit der Europäischen Union sind 2006 überhaupt nicht vorangekommen, wobei die neuen Mitgliedsstaaten allerdings a priori eine wesentlich skeptischere Haltung zu Russland haben und damit für zusätzlichen Konfliktstoff sorgten. Das polnische Veto zur Aufnahme von Verhandlungen über einen EU-Russland-Vertrag, der das Ende November 2007 auslaufende Partnerschafts- und Kooperationsabkommen ersetzen könnte, zeugt von der Krise in den EU-Russland-Beziehungen. Russland beklagte die „negativen Reflexe“ der neuen Mitgliedsstaaten und die schlechte Presse, die es im Westen 2006 zunehmend erhielt. Wichtiger wäre jedoch eine erkennbare Strategie, wie es mit den Fakten in der EU als wichtigstem Wirtschaftspartner und im westlichen Bündnis allgemein (sowie den USA im Besonderen) umgehen will, damit Moskau nicht als „global lone ranger“ da steht. Es droht die Rolle eines einsamen Cowboys, weil alternative Partnerschaften schwer vorstellbar sind. In einer Allianz mit China würde sich Russland als Juniorpartner wiederfinden. →

Der Lohn reicht nur zum Essen

Das durchschnittliche Familieneinkommen betrug in Russland nach den offiziellen Angaben des Statistischen Amtes Goskomstat im Jahre 2006 umgerechnet rund 200 Euro. In einer Umfrage des Instituts für vergleichende Analyse von Arbeitsbeziehungen (ISITO) gab die Hälfte der befragten Arbeitnehmer an, dass das Geld gerade für den Kauf von Lebensmitteln reicht. Weitere 40 % meinten, dass es auch noch für Kleidung ausreicht. 90 % können also nur die elementarsten Lebensbedürfnisse befriedigen. Die ISITO-Studie weist ferner darauf hin, dass die Einkommen in der russischen Provinz gegenüber den Metropolen Moskau und St. Petersburg deutlich niedriger liegen. Auch sind die Löhne für Männer durchweg um 40 % höher als die Löhne der Frauen, obwohl deren Bildungsstand häufig höher als der der Männer ist.

Warenkorb

(Alle Preisangaben sind Durchschnittswerte, die Wechselkurschwankungen unterliegen)

1 kg Schweinefleisch	7,– Euro
1 kg Zucker	70 Cent
1 Brot 500g	50 Cent
2 kg Kartoffeln	70 Cent
1 Weißkohl	50 Cent
1 kg Mehl	30 Cent
0,5 l Bier	80 Cent
1 Päckchen Zigaretten	70 Cent
250 g Butter	80 Cent
1 l Milch	1 Euro
1 Big Mac	1,30 Euro
1 gebratenes Grillhähnchen	3,– Euro
1 Kugel Eis	50 Cent
1 l Benzin	40 Cent
1 Tube Zahnpasta	1,– Euro
1 Packung Waschmittel	1,– Euro
1 Paar Herrenschuhe	60,– Euro
1 Auto (neu, kein Import, Mittelklasse)	9.000,– Euro
1 Fernseher (einfache Ausführung)	200-250,– Euro
Sony Playstation II	170,– Euro
1 Maxi-CD	5,– Euro
Mikrowelle	100,– Euro
1 Deodorant	50 Cent
Rolle Toilettenpapier	1-10 Cent
Miete (2 Zi./50 qm/gute Wohnqualität)	50-400,– Euro
Nebenkosten (50 qm)	30,– Euro
Friseur Männer	4,– Euro
Friseur Frauen	15,– Euro
1 Monatskarte Großstadt	15,– Euro
Eintrittskarte Kino	8,– Euro
Fernsehgebühren (staatlich) für Antenne	1,– Euro
Mitgliedschaft Sportverein/Jahr	ca. 200,– Euro
Fitnessstudio/Monat	30-100,– Euro



Eine ohnehin ziemlich heterogene Allianz der Energieexporteure bräuchte Entwicklungs- und Schwellenländer (Algerien, Iran, Nigeria, Saudi-Arabien, Turkmenistan, Venezuela), die für viele russische Anliegen (Anti-Terrorkampf, Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, Kampf gegen grenzüberschreitenden Drogen-, Waffen- und Menschenhandel etc.) keine Antworten bereithalten. Es genügt nicht, dem Westen gegenüber unabhängiges Handeln zu demonstrieren. Russland benötigt eine Richtung, wohin die Zusammenarbeit nach Themen und Partnern gehen soll.

Wenn man von den Tagesnachrichten in einem Land mit riesigen regionalen und sozioökonomischen Unterschieden absieht, stagnierte die Innenpolitik. Kein Thema veränderte das innenpolitische Klima sichtlich. Weder große Reformvorhaben noch gesellschaftspolitische Ereignisse erzeugten Dynamik. Bis auf den Justizminister, der seinen Platz mit Generalstaatsanwalt Wladimir Ustinow tauschte, gab es keine Ministerwechsel. Lediglich einige hohe Positionen in der regionalen und föderalen Beamtenschaft wurden umbesetzt, es wurden einige ad hoc Kommissionen eingerichtet und Gremien und Holdings in der Wirtschaft geschaffen. Der nach dem Protokoll zweite Mann im Staat, der Vorsitzende des Oberhauses Sergej Mironow, gründete aus der Restmasse der Parteigruppierung „Heimat“ und zwei Splitterparteien die Partei „Gerechtes Russland“. Präsident Putin agierte in den Medien als Dirigent einer Exekutive, die anhand seiner persönlichen Anweisungen und mittels neuer Gremien staatstragende Aufgaben zu bewältigen hatte – insbesondere die Bekämpfung der bekannten Übel (Terrorismus, Beamtenkorruption, Wirtschaftskriminalität, Drogenkonsum usw.) und Gefahren (Bevölkerungsrückgang, illegale Migration, Mängel im Gesundheits- und Wohnungswesen) für Russland. Die als „Stärkung der Machtvertikale“ bezeichnete Rezentralisierung des Föderalstaates schritt vergleichsweise lautlos voran, ohne dass damit messbare Erfolge bei den genannten Übeln und Gefahren bekannt geworden sind. Ministerpräsident Michail Fradkow und sein kaum mit Parteipolitikern besetztes Kabinett agieren schon deshalb unauffällig, weil die Schlüsselministerien und präsidentialen Sonderprogramme nicht seiner Weisung unterliegen. Präsident Putin oder die Leiter der Sonderaufgaben, vor allem Verteidigungsminister Sergej Iwanow und der erste stellvertretende Ministerpräsident Dmitrij Medwedew sind zuständig. Einigen Wirbel verursachte das Gesetz zur Regelung der Tätigkeit von nichtkommerziellen Organisationen, das auch die Friedrich-Ebert-Stiftung als ausländische Nichtregierungsorganisation NRO betraf. Erkennbares Ziel des Gesetzes war es, Russland vor „farbigen Revolutionen“ zu schützen. In Georgien und der Ukraine mit Erfolg, anderswo weniger erfolgreich hätten insbesondere US-amerikanische NRO einen „Umsturz“ organisiert. Russland sei als „souveräne Demokratie“ nicht gewillt, diesen Kräften freies Spiel zu lassen. Selbst die vom Kreml geschaffene Gesellschaftskammer, als zivilgesellschaftliches Pendant zum Parlament konzipiert, äußerte sich kritisch zu den mit dem Gesetz verbundenen Gängelungen bürgerschaftlichen Engagements.

Die Debatte um Russland als Energie-Supermacht

Wie schon zur Jahreswende 2005-06 wurde es 2006-07 wieder dramatisch, als Russland die Energiezufuhr ins Pipeline-Netz nach Europa kurz unterbrach. Im ersten Fall waren es die Gaslieferungen an die Ukraine, durch deren Pipelines der größere Teil des für EU-Europa bestimmten Gases fließt. Im zweiten Fall waren es die Öllieferungen an Weißrussland, durch dessen Pipeline der größere Teil des für EU-Europa bestimmten Öls fließt. Energiesicherheit wurde zum Politikum, nachdem die russischen (und vormals sowjetischen) Lieferungen über mehrere Jahrzehnte praktisch ohne Komplikationen verlaufen waren. Was hat sich verändert?

Erstens sind die ehemaligen Sowjetrepubliken Ukraine und Weißrussland heute selbstständige Staaten. Zweitens gibt es die sowjetische Planwirtschaft nicht mehr, mit der Folge, dass das Staatsmonopol an den Ressourcen in Russland aufgegeben wurde. Drittens haben die Vertreter der Europäischen Union und andere Verhandlungspartner im Rahmen des russischen Beitritts zur Welthandelsorganisation ständig die im postsowjetischen Raum künstlich niedrig gehaltenen Energiepreise kritisiert, weil sie den Wettbewerb verzerrten. Viertens haben sich die Weltenergiepreise in den letzten Jahren mehr als verdreifacht. Fünftens ist Russland in diesen Jahren zum weltgrößten Gasexporteur und zweitgrößten Ölexporteur aufgestiegen. Sechstens betreibt Präsident Putin eine politische und wirtschaftliche Rezentralisierung, die im Ausland als Politisierung der Energiewirtschaft wahrgenommen wird. Siebtens hatte Russland 2006 den G8-Vorsitz inne und wählte globale Energiesicherheit als ein Hauptthema. Achters ist Russland in der internationalen Politik wieder präsenter und wird als Energie-Supermacht betrachtet. Weitere Punkte ließen sich nennen.

Deshalb ist es nicht möglich, die in EU-Europa und den USA aufgetretenen Irritationen auf eine einzige Dimension energiewirtschaftlicher oder politischer Wirklichkeit zu reduzieren. Auf jeden Fall wird Russland wieder stärker als Rivale oder mindestens fragwürdiger Partner diskutiert. Es heißt, gemeinsame Interessen genügen nicht, man brauche gemeinsame Werte. Doch selbst die gemeinsamen Interessen sind anscheinend nicht so zahlreich. Dabei wird allerdings Russland manchmal zu schnell der schwarze Peter zugeschoben. 2006 lassen sich bezüglich der gerade genannten acht Punkte folgende Anmerkungen machen:

Mit der Ukraine wurden ab Sommer 2005 und mit Weißrussland ab Frühjahr 2006 Verhandlungen geführt, die Energiepreise stufenweise auf internationales Niveau anzuheben. In beiden Fällen kamen die Verhandlungen aber vor dem 31. Dezember nicht zum Abschluss, sodass Russland den Hahn abdrehte. Darüber die EU-Staaten nicht zu informieren, war ein schwerer Fehler. Die Preispolitik als solche ist aber nicht unbedingt zu kritisieren. Sollte Weißrussland, das seit Jahren ein Unionsprojekt mit Russland verfolgt, bessere Preise bekommen als die Ukraine, die gelegentlich damit droht,

die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten zu verlassen? Sollte Energie überhaupt zu Subventionspreisen in die GUS geliefert werden? Sollte Russland darauf verzichten, den Erwerb der Transit-Pipelines in die Verhandlungen einzubringen, nachdem anscheinend die Abzapfung von Energie durch die Ukraine bzw. Weißrussland nicht unüblich waren, welche für die EU-europäischen Märkte bestimmt waren? Die Energie-Supermacht Russland verhandelte aus einer starken Position. Aber die GUS-Staaten müssen sich auch fragen lassen, welche energiepolitische Vorsorge und welche langfristige Perspektive, wenn überhaupt, sie hinsichtlich ihrer Beziehungen zu den russischen Partnern entwickelt haben. Das gleiche gilt für EU-Europa. Der russische Energiesektor ist nicht mit dem Staat gleichzusetzen, obwohl Präsident Putin eindeutig eine Renationalisierungspolitik betreibt. Er hat nicht nur den größten privaten Ölkonzern JuKOS in den Bankrott treiben lassen und dessen Ölfelder dem bis dahin relativ kleinen staatlichen Ölkonzern Rosneft zuschanzen lassen, sondern auch dem Gasgiganten Gazprom das Exportprivileg verschafft. Seit 2006 besitzt Gazprom per Gesetz praktisch das Ausfuhrmonopol für Erdgas. Dennoch ist Gazprom kein reiner Staatsbetrieb, sondern eine Aktiengesellschaft mit Mehrheitsbeteiligung des Staates. Rosneft ging 2006 an die Londoner Börse, um Teile des staatlichen Aktienpakets unter Privatanlegern zu streuen. Ein beträchtlicher Teil der Erdgasförderung und der größere Teil der Erdölförderung liegen in den Händen des inländischen und ausländischen Privatkapitals. Bis Dezember 2006 lag das Projekt „Sachalin II“, die Exploration von riesigen Vorkommen auf der fernöstlichen Halbinsel Sachalin, zu hundert Prozent bei Shell, Mitsubishi und Mitsui. Dann allerdings erzwang Russlands Regierung unter Anführung von Umweltbedenken den Erwerb von 50 Prozent plus einer Aktie an „Sachalin II“ durch Gazprom. Bereits im Juni 2006 hatte Gazprom vom „Oligarchen“ →

Problematische WTO-Mitgliedschaft

Der geplante Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation (World Trade Organization – WTO), wird im Lande sehr unterschiedlich beurteilt. Während Wirtschaftsminister Greff damit das Tor zu einem wachsenden Strom von Investitionen aus dem Ausland und dadurch einen zusätzlichen Wachstumsschub von zwei Prozent des Bruttosozialprodukts sieht, halten die Gewerkschaften und andere diesen Schritt zumindest für verfrüht.

Die russische Führung verspricht sich von der WTO einen dringend benötigten Modernisierungsschub. Der russische Präsident Wladimir Putin hat die Parole ausgegeben, die Wirtschaft müsse sich endlich vom Rohstoffexport emanzipieren.

Beim Abbau der Handelshindernisse herrscht Skepsis auf beiden Seiten vor. In der russischen Bevölkerung ist die Sorge verbreitet, dass Berge von amerikanischen Hühnerbeinen die heimischen Supermärkte füllen werden und die marode Flugzeugindustrie sowie die hoffnungslos veraltete Autobranche westlichen Konkurrenten weichen müssen. Vorsorglich hat Russland mehrjährige Übergangsfristen für seine im internationalen Wettbewerb chancenlosen Branchen ausgehandelt.

Der Moskauer Oberbürgermeister Juri Luschkow sagte: „Unsere Fachleute sind zu der Überzeugung gelangt, dass der WTO-Beitritt speziell für die Chemieindustrie tödlich sein wird. Ich bin sehr besorgt, was aus dem Staat wird, wenn Russland der WTO beitrifft.“ Nach Ansicht Luschkows ist Russland noch nicht bereit, der Welthandelsorganisation WTO beizutreten. „Die Mitgliedschaft in der WTO ist nur dann ein gutes Ziel, wenn Russland der Konkurrenz anderer Staaten standhalten kann“, sagte er. Aus der Sicht der Gewerkschaften bedeutet der WTO-Beitritt zunächst einen massiven Arbeitsplatzabbau. Trotz der Übergangsfristen werde vor allem die verarbeitende Industrie dem internationalen Konkurrenzdruck nicht standhalten können. Weitere massenhafte Betriebsstillegungen seien unvermeidlich.





Roman Abramowitsch, u. a. Eigner der Fußballclubs Chelsea London, mit Hilfe einigen Drucks die Mehrheit am Energiekonzern Sibneftegas erworben. Der Einfluss der Politik auf den russischen Energiesektor hat sich massiv erhöht. Die Unternehmenspolitik von Gazprom und Rosneft muss sich aber auch an betriebswirtschaftlichen Erfolgen im russischen Wirtschaftssystem und daher zumindest teilweise an marktwirtschaftlichen Rentabilitätskriterien messen lassen. Daher drücken beide Unternehmen im Verbund mit dem Putinvertrauten und Minister für wirtschaftliche Entwicklung und Handel, German Gref, auf eine zügige Anhebung der Inlandspreise für Öl und Gas. Diese sind so niedrig, dass die Branche im Inland praktisch mit Verlust arbeitet und wichtige Ersatz- und Modernisierungsinvestitionen ausbleiben. Russland braucht die höheren Exportpreise schon allein aus dem Grund unverzüglich, weil eine ebenso zügige und radikale Preisanhebung im Inland vor dem Doppelwahljahr 2007-2008 innenpolitisch höchst unwillkommen ist.

Mittelfristig droht der Energiewirtschaft ohne eine Modernisierung – mit entsprechenden Einsparungen beim inländischen Energieverbrauch – die Exportfähigkeit verloren zu gehen. Zweifellos ist die europäische Energiesicherheit besonders stark durch mangelnde Innovationskraft der russischen Wirtschaft gefährdet, ob sie nun politische Ursachen hat oder nicht. Die letzte Spalte in Tabelle 1 zeigt, dass ein jährliches Wachstum der Gasexporte von Russland und Turkmenistan nach Resteuropa von zwei Prozent nur realisiert werden kann, wenn zwei wesentliche Voraussetzungen eintreten: Die Fördermengen steigen ebenfalls um fast zwei Prozent jährlich (1,7 Prozent), und der Inlandsverbrauch steigt nur um ein Prozent jährlich. Angesichts eines durchschnittlichen Wachstums des russischen Bruttoinlandprodukts 1999-2006 von real sechs Prozent ist ein solch geringer Anstieg des Binnenverbrauchs nur möglich, wenn sich entweder das BIP-Wachstum verlangsamt oder der Anstieg des inländischen Energieverbrauchs deutlich unterhalb des BIP-Wachstums bleibt. Energiesparkonzepte, alternative Energien und eine allgemeine Erhöhung der Energieeffizienz müssten also dringliche Ziele für die russische Wirtschaft und Politik sein.

Als Welt-Ölmacht ist Russland weniger beeindruckend, obwohl es in den kommenden 20 Jahren gemäß Tabelle 2 gut zehn Prozent der weltweiten Erdölmenge fördern wird. Da Rohöl nicht nur per landgebundener Pipeline, sondern auch über die Seewege transportiert wird, sind die Konkurrenzbeziehungen des Weltmarktes dominierend. Eine eigene Preis- und Absatzpolitik ist nur unterhalb des Weltmarktpreises vorstellbar. Dass Weißrussland ein solches Preisprivileg Ende 2006 teilweise genommen wurde, hat sowohl wirtschaftliche als auch politische Gründe. Wirtschaftlich ging es um den zu niedrigen Preis, die Transitrechte und die Beteiligung russischen Kapitals an den lukrativen Veredelungsprozessen von Rohöl. Weißrussland nutzt das billige russische Rohöl in der Weiterverarbeitung, um die Produkte dann zu exportieren. Politisch geht es um das Kräfteverhältnis in der Russisch-Weißrussischen Union, die von den Präsidenten Jelzin und Lukaschenko ins Leben gerufen worden war. Präsident Putin möchte Lukaschenko in seine Grenzen weisen und vielleicht sogar Präsident der Union werden, ein Amt, das noch nicht geschaffen wurde, mit dem aber Lukaschenko einmal geliebäugelt hatte.

Was die Abhängigkeit Resteuropas von der „Energiesupermacht“ angeht, ist Alarmismus nicht nur hinsichtlich des Erdöls unangebracht. Die Rahmenbedingungen von Angebot und Nachfrage bei Öl und Gas erzeugen eher eine wechselseitige Abhängigkeit. Dies gilt für die Transportwege wie für die tatsächlichen Liefermengen. Zwar hat seit 2006 nicht nur das staatliche Monopolunternehmen Transneft die Ölpipelines unter Kontrolle, sondern Gazprom über das Erdgasexportmonopol weitgehend auch die russischen Gaspipelines. Aber es gibt praktisch nur Gaspipelines nach Europa. Auch die Ölpipelines, die nicht nach Europa laufen, sind von geringer Kapazität. Die 2006 beschlossene Sibirien-Pazifik-Pipeline kann Japan, Korea und China wahrscheinlich erst ab 2012 beliefern. Auf absehbare Zeit gibt es für Russland daher keine Alternative zum europäischen Absatzmarkt. Russland liefert über zwei Drittel seiner Gasexporte nach Europa jenseits der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und wird diesen Anteil erst in 20 Jahren auf rund 50 Prozent der Gesamtexporte senken können. Das restliche Europa

Tabelle 1: Russische Gasbilanz bis 2030

Gasmengen	2005	2010	2020	2030	Mittleres Wachstum
	Mrd. m ³	Mrd. m ³	Mrd. m ³	Mrd. m ³	% pro Jahr
Förderung in Russland	640	680	820	880	1,3
Einfuhren (insbesondere Turkmenistan)	10	60	90	110	10,1
Gesamtes verfügbares Gasvolumen	650	740	910	990	1,7
Ausfuhr nach Europa, insb. EU-Staaten	147	180	200	240	2,0
Ausfuhr in die Gemeinsch. Unabh. Staaten	55	50	50	40	-1,3
Ausfuhr „Rest der Welt“ (insb. USA, China)	0	30	120	140	–
Gesamte Ausfuhr	202	265	370	420	3,0
Binnenverbrauch in Russland	448	480	540	570	1,0

Tabelle 2: Weltweite Ölförderung bei hohem Preisniveau 2005-2025

Ölfördermengen	2005	2010	2015	2020	2025	Zunahme
	mbd	mbd	mbd	mbd	mbd	mbd
Staaten im Kaspischen Raum	2,2	3,3	4,9	5,7	7,0	4,8
Russland	9,5	10,7	11,6	12,0	12,5	3,0
OPEC-Staaten	34,1	33,3	33,0	35,4	37,9	3,8
Rest der Welt	38,5	45,5	50,2	53,0	55,5	17,0
Weltfördermenge	84,3	92,8	99,7	106,1	112,9	28,6

wiederrum deckt zwei Drittel seines Gasimports aus Russland. Aber noch hat es große eigene Vorkommen (Norwegen, Großbritannien), die später über Flüssiggastanker und neue Pipelines aus Iran/Türkei und Nordafrika ersetzt werden können. Es wird erwartet, dass 2020 über die Hälfte der europäischen Importe nicht aus Russland kommen werden.

In den nächsten Jahrzehnten bleibt vor allem das Transitrisko bestehen. Russland kann auf seinen Absatzmarkt in Europa und Europa auf seine Lieferungen aus Russland nicht verzichten. Bei der Problemlösung gibt es unterschiedliche Möglichkeiten. Während Gasprom und Transneft versuchen, die (ehemaligen Ostblock-) Pipelines unter eigene Kontrolle zu bringen, möchten die europäischen Abnehmerländer die Marktliberalisierung und Öffnung der Pipelines für Konkurrenzbeziehungen. Noch befinden sich jedoch die ukrainischen und weißrussischen Pipelines in Staatseigentum. Außerdem ist dort das inländische nicht vom Transit-Pipeline-Netz getrennt. Versorgungsinteressen des Inlands vermengen sich daher mit Transitverpflichtungen aus internationalen Verträgen. Diversifizierung bzw. Umgehung des postsowjetischen Raums durch neue Gasversorgungslinien (North-Stream Pipeline durch die Ostsee; Blue-Stream Pipeline durch das Schwarze Meer) sind eingeschränkte Alternativen, weil die damit geschaffenen zusätzlichen Kapazitäten begrenzt sind. Insgesamt bleibt festzuhalten, dass Energielieferungen eher eine stumpfe politische Waffe sind – vor allem, sobald sich die vereinbarten Energiepreise in der Nähe des Weltmarktniveaus bewegen. Auf jeden Fall ist es unsinnig, die Transitstaaten aus der Diskussion herauszunehmen und den Schwarzen Peter allein Moskau zuzuschieben.

Der Autor ist FES-Vertreter für die Russische Föderation.



Berufsbildung im modernen Russland

Gegenwärtig findet in Russland eine umfassende Reform des Bildungswesens statt. Sie ist auf Privatisierung und den Übergang zur Marktwirtschaft orientiert. Die Verteidiger der Reformen sind der Meinung, dass solche Maßnahmen die Effektivität des Bildungssystems erhöhen. Aber die Effektivität von Bildungsinvestitionen hängt nicht nur von der Makroebene ab, sondern auch von der Nachfrage der verschiedenen Sektoren der Wirtschaft. Darum sollten sich die Richtlinien zur Entwicklung der Berufsausbildung vor allem auf den strategischen Bedarf der Wirtschaft und Gesellschaft und nicht auf den augenblicklichen Trend einer zahlungsfähigen Klientel orientieren, sonst würde der Staat im Endergebnis die wichtige Gestaltungsmöglichkeit in diesem zentralen Politikfeld verlieren.

Im Ergebnis der allmählichen Umsetzung der neoliberalen Reformen haben sich im Laufe der letzten Jahrzehnte zwei widersprüchliche Tendenzen herausgebildet: die Kürzungen der Investitionen in diese wichtige strategische Branche nichtmaterieller Produktion und das Aufblähen des privaten Sektors der Berufsausbildung. Die Folgen sind eine Verringerung der Effektivität des Systems.

Die Euphorie der erleichterten Anerkennung der unzähligen „Akademien“ und „Unis“ haben zum unkontrollierten Wachstum der Lernanstalten und des Studentenkontingents geführt. In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der staatlichen Hochschulen von 553 auf 654 gestiegen und die der kommerziellen von 157 auf 392. Die Anzahl der Studenten der Berufs- und -Hochschulen, Aspiranten und Doktoranden pro tausend der Bevölkerung im 2002, hat sich verdoppelt und liegt jetzt bei 660. Mit diesem Stand hat Russland mehrere Länder der OECD und die USA um Doppelte überholt. Gleichzeitig jedoch betragen die durchschnittlichen Ausgaben für einen Studenten in Russland nur etwa 600 Dollar, obwohl nach Expertenschätzungen für die Ausbildung einer qualifizierten Kraft, die modernen Anforderungen entspricht, etwa 6.000 Dollar benötigt werden.

Alle Versuche, Ordnung im Hochschulbereich zu schaffen – strenge Einhaltung der Qualitätsstandards und die Liquidierung von „Stätten der Scheinbildung“ – stoßen auf den scharfen Widerstand der Verteidiger der Marktwirtschaft. Im Gegensatz zu den Meinungen der Befürworter der Kommerzialisierung der Bildungsbranche bedeuten Hochschulgebühren in dieser Situation Verringerung des Einkommens, erschweren für breite Schichten der Bevölkerung den Zugang zu einer qualifizierten Bildung, führen zur Beschränkung der sozialen Mobilität und zu einer Verankerung der Standesunterschiede.



Noch ein bedeutender Faktor ist der allmähliche Verlust des Anreizes zur gewissenhaften Arbeit bei Lehrern und Schülern. Die niedrigen Löhne der Lehrer zwingen sie nicht nur zu Überstunden, was zu einer Beeinträchtigung der Arbeitskraft führt, sondern auch dazu, dass sie den Lernprozess so aufbauen, dass eine größere Zahl der Schüler den Lehrstoff nicht begreift und auf Nachhilfeunterricht angewiesen ist. Entsprechend verlieren die Oberschüler den Anreiz zur Aneignung des Lernstoffes, weil ein erfolgreiches Abitur und damit der Hochschulzugang nicht von ihrem Fleiß, sondern von der Zahlungsfähigkeit ihrer Eltern abhängig ist.

Zurzeit belebt sich die Verarbeitungsindustrie, und es entstand sofort ein großer Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften, die leider nicht zur Verfügung stehen. Es wird wohl ein wenig Zeit vergehen, bis das Business bereit sein wird, die notwendigen Mittel zu investieren. Aber wird es zu diesem Zeitpunkt genug junge Leute geben, die innovative Berufe erlernt haben? Denn bei der Wahl einer Schule für ihr Kind müssen sich die Eltern heute vor allem an ihren Zahlungsmöglichkeiten orientieren.

Unter dem Druck der aktuellen Nachfrage der schlecht informierten Bevölkerung entsteht ein wachsendes Missverhältnis in der Hochschulausbildung. Schon heute existiert ein Bedarf an qualifizierten Spezialisten bestimmter Berufe, aber nicht an jenen, die stur von den Eltern gewählt werden.

„Dass jetzt alle Jura, Volkswirtschaft und Management wählen, bedeutet einen elementaren Informationsmangel schon im Vorfeld. Nach Schätzung der Analytiker ist die Übersättigung des Marktes mit Juristen und Volkswirtschaftlern ein Ergebnis der Vernachlässigung der innovativen Berufe mit einer langfristigen Perspektive. Inzwischen spüren die Arbeitgeber ein Defizit sowohl an qualifizierten Arbeitern wie an Spezialisten mit Hochschulausbildung, die europäischen Qualifikationsstandards entsprechen.

So wirkt das Verlassen auf marktwirtschaftliche Regulierungsmechanismen in verschiedener Hinsicht negativ auf reproduktive Prozesse. Einerseits führt es zur Aufhebung des Prinzips der Gleichheit der Bildungsmöglichkeiten, fördert die Gesellschaftsspaltung, die Konzentrierung sozialer Quellen in elitären Schichten. Andererseits führt es zur Verschlechterung der Qualität der Berufsausbildung, der Senkung der Effektivität des Systems und zu einer Verschärfung der Ungleichheiten.

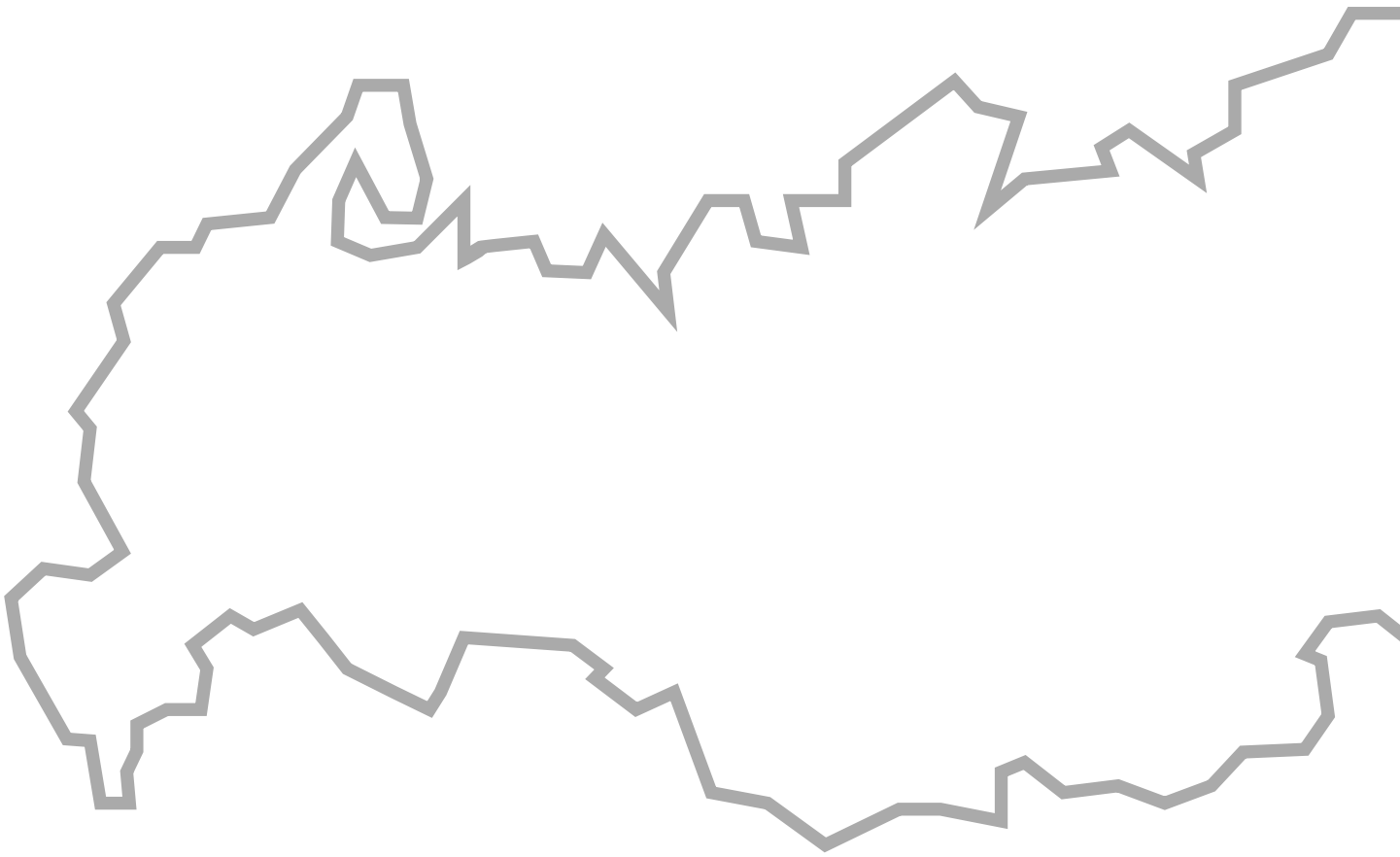
Die gesamte Linie der staatlichen Bildungspolitik strebt zur weiteren Kommerzialisierung. Die Entwicklung der Bildung wird nur in Worten als strategisch deklariert.

Eines der Probleme sind die Mechanismen, mit denen die Familien zur Kasse gebeten werden. Trotz der hohen Bereitschaft der Eltern, für die Ausbildung der Kinder zu bezahlen, (nach Umfragen ist mehr als die Hälfte zu solcher Unterstützung bereit) sind in der Praxis auf Grund der niedrigen Einkommen aber nur 25 bis 30 Prozent der Familien tatsächlich dazu in der Lage, sich an dieser Finanzierung zu beteiligen. In dieser Situation beseitigt die Ausweitung kostenpflichtiger Bildung nicht nur den gleichen Zugang, sondern bürdet den Familien eine schwere Last auf. Die Finanzierung der Ausbildung der Kinder führt unausweichlich zu einer Beschränkung des Grundbedarfs: Sparen am Essen, Verzicht auf Urlaub und Erholung haben letztendlich negative Wirkung auf die Gesundheit der Bevölkerung. Auch deshalb sollte der Geldbeutel der Eltern nicht als Kriterium zum Zugang zur Ausbildung gelten.



Bildungszirkel junger Chemiegewerkschafter in Moskau

VI. Ein Schlüssel zum Verständnis





Privatisierung als Raub des Staatseigentums. Zeitgenössische Karikatur aus dem Jahr 1994 von Vladimir Mochalov.

Zwischen 1992 und 1999 wurden nach Angaben des Rechnungshofes der Russischen Föderation 133.000 Betriebe privatisiert. Der Staat kassierte dafür (umgerechnet) 9,25 Milliarden US-Dollar. Industriebetriebe wurden im Durchschnitt für 15.000, Handelsunternehmen für 10.000 und Baubetriebe für 7.000 US-Dollar verkauft. Zum Vergleich: In Brasilien wurden vor dem Amtsantritt von Präsident Lula rund 50 Staatsunternehmen privatisiert, jedoch flossen dafür 66 Milliarden US-Dollar in die Staatskasse.

Auf der Suche nach einem Schlüssel zum Verständnis der seltsamen Verhaltensmuster des postsowjetischen Menschen gibt hier eine kritische Begleiterin und Kennerin der russischen Arbeiterbewegung, eine Zeugin aus dem inneren Kreis eine Handreichung für Ausländer, die um ein tieferes Verständnis der heutigen Gesellschaft in Russland bemüht sind. Es geht um Verständnis darum, weshalb ein Millionenvolk beim Absturz aus einer sozialen Komplettversorgung in die Gefilde der Marktwirtschaft allenfalls Spuren sozialen Aufbegehrens zeigte.



Von Sowjetkultur und homo sovieticus zum russischen Postmodernismus – Bemerkungen einer Voreingenommenen

von Ludmila Bulavka

„Das kurze 20. Jahrhundert, das mit dem 1. Weltkrieg und der russischen Revolution begann und mit dem dramatischen Zerfall der Sowjetunion infolge des Machtantritts von Michail Gorbatschow und der auf ihn folgenden ‚Revolutionäre‘ in Ost- und Zentraleuropa endete“, so charakterisierte Erik Campbell das vergangene Jahrhundert. Diese Beschreibung reicht schon, um sich zu vergegenwärtigen, dass das 20. Jahrhundert im Wesentlichen durch das Gebilde geprägt wurde, das noch vor kurzem „UdSSR“ hieß. Immer noch fällt es geradezu schwer einzusehen, dass die sowjetische Epoche mit allen ihren Errungenschaften, ihrem Stolz, aber auch mit der Tragik des sowjetischen Volkes nun wirklich zu Ende sein soll.

Bis heute wird der anhaltende Verlust des sowjetischen universellen Anspruchs empfunden, was das Gefühl hervorruft, als sei der eigentliche Gang der Geschichte zerbrochen. Dies liegt auch daran, dass der gegenwärtige russische Mensch natürlich nicht anders kann als weiterhin Geschichte zu betreiben, d. h. an dem teilzunehmen, was gegenwärtig die Ordnung der Dinge bestimmt, andererseits aber nicht die Kultur aufrechterhalten kann, die den früheren Sinn der Geschichte ausmachte.

Und darin begründet sich die wichtigste Voraussetzung des heute waltenden totalen Machtanspruchs der Idee des Privatisierungsinteresses in allen Sphären der russischen Realität (wirtschaftlich, sozial, politisch usw.). Die an Geschwindigkeit zunehmende Tendenz der allumfassenden „Privatisierung“ (im allgemeinen, nicht nur im wirtschaftlichen Sinne) erfasst auch die Kultur.

Dies wird besonders deutlich an den Veränderungen, die in der eigentlichen Kultursphäre selbst vorgehen. Der sowjetische Kulturbefürworter, der in den 70ern in der Küche die tragischen Lieder des Sängers Wysotskij hörte und leidenschaftlich an den Debatten der Perestroika teilnahm, ist nun damit beschäftigt: wie er sich auf dem Markt der allmöglichen Dienstleistungen (Bildung, wissenschaftlich-kulturellen, politischen) verkaufen kann. Heutzutage weicht er aktiv jedweden seriösen Gespräch über die gegenwärtigen gesellschaftlichen Probleme aus, schon gar nicht zu reden von seiner etwaigen Teilnahme an Versuchen zu ihrer Lösung.

Sodass man also sagen kann, dass der Prozess der Wandlung der Kultur der Sowjetzeit in ein privatisiertes Individuum (aber nicht zu verwechseln mit den „kleinen Leuten“ bei Tschechow oder Charlie Chaplin) das Wesen der augenblicklichen Krise der Kultur ausmacht, deren Name lautet – russischer Postmodernismus.

Aber wie ist es dazu gekommen?

Ausgangspunkt unseres Werdegangs war die Oktoberrevolution, die in diesem Zusammenhang nicht nur als politisches Ereignis verstanden werden sollte, sondern in erster Linie als Wendepunkt in der gesellschaftlichen Entwicklung der ganzen Welt.

Diese Revolution gab den halbalphabetisierten, nicht viel wissenden und nicht viel könnenden, aber von dem Lebensgefühl beseelten Menschen, die geschichtliche Wahrheit in der Hand zu halten, die Fähigkeit, sich nicht nur an die schnell verändernden Bedingungen anzupassen, sondern selbst die neuen gesellschaftlichen Zustände im Einklang mit ihren Klasseninteressen zu formen – mit allen dazugehörigen Fehlern und Widersprüchen.

„Und wie konnte es auch anders sein,“ schrieb Aleksander Blok –

„da Leute, die man für Jahrhunderte nicht an das Wissen heran gelassen hatte und denen man das Recht ihrer eigenen elementarsten Lebensführung verwehrt hatte, endlich das Recht auf eigene praktische Erfahrung erhielten, nun natürlich auch Fehler machten? Aber gerade stehen mussten sie dafür in erster Linie selbst.“ Genau das stellte das Wesen der sozialen Neuschöpfung, der zusammenfließenden und auch der dialektischen Einheit von Geschichte und Kultur der 20er Jahre dar.

Aber der Stalinismus führte dazu, dass die zusammenhängende Vielfalt des sowjetischen Lebens, des sowjetischen Menschen, der sowjetischen Kultur in ihre Bestandteile zerfiel, denen die Grundlage ihrer Beziehungen entzogen wurde. So verwandelte sich das „Besondere“ des sowjetischen Lebens und seiner Kultur in die blütenlose Farblosigkeit des postsowjetischen Postmodernismus. Formell setzt der Postmodernismus gleiches Recht auf die Existenz sämtlicher Stile und Richtungen voraus; in Wirklichkeit verwandelt sich dies jedoch in eine Gleichgültigkeit eines jeden gegenüber allem anderen. Der Verlust der Menschlichkeit in der Gesellschaft führt auch zum Verlust des Problems Mensch in der Kultur, was zu einem der wichtigsten Gründe der gegenwärtigen Krise in der Kunst wurde. Denn ohne Menschen gibt es nun einmal weder Kunst noch Kultur.

Das Resultat des Auseinanderfallens des sowjetischen Universalitätsanspruchs war das Erscheinen einer neuen „Universalität“, deren Hauptsubstanz der Markt mit entsprechenden Komponenten ist: „Ideologie“ des Geldfetischismus, konformistisches Ideal, Massenkultur und „antisoziale Kreativität“ (Erpressung, Mafia, Prostitution und so weiter). Gerade der banditenbeherrschte Markt (von der Bandokratie – ein Neologismus für den Bund aus korruptierten Bürokraten und „staatsnahen“ Banditen – ganz zu schweigen) wurde im postsowjetischen Russland zur universellen Idee und zur Grundlage unseres vaterländischen Postmodernismus. So kam die Epoche des Prosaismus endgültig zu ihrem Recht. „Die Freude am Ausdruck über die Möglichkeiten der Menschheit mutierte zum Interesse an den Weltmarktpreisen... Die Jugend unserer Ära neigt sich ihrem Ende zu. Das Jahrhundert der Poesie ist zu Ende. Es beginnt das Jahrhundert der Prosa“ – schrieb über die Krise der Renaissance der große sowjetische Cineast des 20. Jahrhunderts, Regisseur des „Hamlet“, Grigorij Kozintsev. Diese Worte kann man mit verdoppelter Gültigkeit auf das zeitgenössische Russland anwenden.

„Nun sollen die Titanen den Zynismus erlernen, ihre wahren Gedanken verstecken, ihre Gefühle verbergen. Für stürmische Leidenschaft setzen sie dich in den Tower. Das Schwert musst Du für die Lektüre der Bibel am heimischen Herd hingeben“, diese Worte Kozintsevs spiegeln in vollem Umfang die Transformation des „sowjetischen Menschen“ in den „russischen Postmodernisten“ wider.

Diese „Lage der Dinge“ kann man sehr lange beschreiben, aber wichtiger ist es, die Voraussetzungen dieser Umstände zu erfassen. Obwohl ich mich bei dieser Frage nicht speziell aufhalten will, ist es nicht überflüssig, die wichtigsten zu erwähnen: Die Gesetze des gegenwärtigen globalen Kapitals mit seinem hochtechnologischen Produktionstyp diktieren ein klar funktionales Verhältnis gegenüber dem Individuum, die den Menschen letztendlich in eine Art „Maus“ in der unpersönlichen Computerwelt verwandeln. Darüber hinaus sollte man auch nicht vergessen, dass im gegenwärtigen Russland vom Einzelnen nichts abhängt: Mit entsprechenden soziopoli-



Im Leitstand einer Erdölförderanlage von Lukoil

tischen und kulturellen Mechanismen, darunter auch der „Technologie der Demokratie“, entscheidet hier fast alles das große korporative-bürokratische Kapital. Es feiert sozusagen der „Kapitalismus der Jurassischen Epoche“ fröhliche Urstände, in dem die Firmendinosaurier regieren und die Menschen gewissermaßen mit ihren Schweifen wegfegen.

Diese Lage verdammt den russischen Menschen sozusagen zur anonymen Existenz. Wo wird er denn heutzutage persönlich gebraucht? Bei der Arbeit ist er Funktionsträger (= Ware). Es gibt so gut wie keine kulturellen Vereinigungen, selbst die Küche als Ort traulicher Gespräche ist verschwunden. „Fassen Sie mich ja nicht an, lassen Sie mich bloß in Ruhe“ – das ist das existenzielle Credo des russischen Individuums. All dies führt zusammen entweder zu einem Verlust des Realitätssinns oder ruft ein Gefühl verlорner Realität hervor, in jedem Fall verschwindet gegenwärtig das Interesse am Anderen, am kulturellen (Nach-) Geschmack, der aus Kommunikation entsteht.

Darüber hinaus ist sogar das grundlegende Verständnis vom „Leben“ für den Menschen immer weniger mit dem Gefühl der Realität im ganzen Reichtum ihrer Erscheinung verbunden, und die Verbindung mit ihr wird immer schlaffer und schwächer. Jetzt ist es nicht das Leben, das „den Menschen mit seinen Säften nährt“ und ihm Energie gibt, sondern umgekehrt, das Individuum soll seine Verbindung mit dem Leben mit seiner Energie bezahlen. Nicht zuletzt daher rührt die außerordentliche Passivität der überwiegenden Mehrheit der Gesellschaft sogar in extremen Situationen und auch die Nachfrage nach Zauberern und Magiern oder gar nach einem „guten Zaren“. Das Bedürfnis nach starken Gewerkschaften, sozialen und politischen Organisationen, die soziale und Bürgerrechte aktiv verteidigen, ist extrem gering.



So entsteht eine Sammlung zusammenhängender Charakteristika des postsowjetischen Lebens, seiner Menschen und ihrer Kultur. Hier nur einige von ihnen:

Der kriminell-bürokratische Markt hat sich den Menschen unterworfen. Alles, was nicht in die Zuständigkeit des Marktes fällt, ist zu einer marginalen Existenz verurteilt. Daraus folgt, dass sogar in der Kultur die Reklame für den Film wichtiger ist als der eigentliche Film. Das Verhältnis der Menschen, der Dialog zwischen den Menschen wird heutzutage auf die Technologie reduziert. Zu einem der wichtigsten Prinzipien des russischen kulturellen Lebens ist das Prinzip des Spiels geworden. Und das ist kein Zufall. Dadurch, dass es in das Aktionsfeld globaler Player gerät, wird das Individuum objektiv selbst zu einem Mittel der Manipulation. Während ein westliches Individuum dabei eher unter den Einfluss privater Medienkanäle gerät, wird es in Russland weiterhin vorwiegend durch das staatliche System der Massenkommunikation bearbeitet. Man kann dies auch im künstlerischen Bereich beobachten, wo die Veranstaltung zum Spiel und das Spiel zum Geschäft werden. Darauf beruht in einem hohen Maße das System der Kommerzialisierung der russischen Kultur.

Durch den Zerfall der sowjetischen Realität hat das Individuum die frühere Substanz seiner eigenen Identität (Land, Staat, Kultur, Idee) verloren. Es weiß nicht, wer es heute ist. Da es die soziale Grundlage seiner Identität verloren hat, sucht das Individuum sie unfreiwillig im Bereich der national-religiösen Idee. Das aber ist zu einer bedeutenden objektiven Grundlage für den Anstieg des Nationalismus, Chauvinismus und der Verschärfung der Konflikte zwischen den Ethnien in Russland geworden.

In den Sozialwissenschaften herrscht ein vulgär-soziologischer Ansatz, der bestenfalls das Geschehen beschreibt und nur einige wenige Kommentare hinzufügt. Zahlen bemänteln die Abwesenheit von Ideen und Kategorien.

Als solches ist das postsowjetische soziokulturelle Leben vielschichtig-widersprüchlich. Aber dies sind keine Widersprüche im Hegelschen Sinne, die Quellen von Entwicklung wären. Es sind Spitzen in verschiedene Richtungen, die den Menschen zerreißen oder ihn in einen Zustand betäubter Passivität versetzen.

Die Realität hat diese Widersprüche auch aufgedeckt. Es sind Widersprüche:

- zwischen der erhöhten Notwendigkeit für das Individuum, in der Gesellschaft aktiv zu sein (was in erster Linie durch den Überlebensinstinkt diktiert ist) und seinem grausamem Angewiesensein auf das Privatleben, dessen Mittelpunkt in der Regel der Fernseher ist (weil man/frau nirgendwo hingehen kann, niemanden erwartet, noch nicht einmal Geld für eine Kinokarte hat) und sich aus diesem Zustand vorläufig auch noch nicht befreien kann,
- zwischen dem subjektiven Bedürfnis nach Gott als moralischer Grundlage des eigenen Lebens und der objektiven Inkohärenz, die darin läge, wirklich gläubig zu sein. Mit anderen Worten, das russische Individuum glaubt nicht so sehr an Gott, würde aber gerne an ihn glauben,
- zwischen der ständig wachsenden Unzufriedenheit mit dem augenblicklichen Leben und Furcht vor jeglicher Veränderung,
- zwischen der gesteigerten Notwendigkeit, gut informiert zu sein und dem subjektiven Gefühl der Angst vor der Information; der Abhängigkeit von den Massenmedien und Kanälen der Manipulation und dem totalen Unglauben gegenüber allem und jedem.

So hat sich der Mensch meiner Heimat entwickelt: Von den quälenden Widersprüchen zwischen Schöpfer und Knecht der ersten Jahrzehnte des Sowjetsystems hin zu intelligenten Küchengesprächen in der Epoche der Breschnewschen Stagnation und weiter zur postmodernen Gleichgültigkeit des passiven Individuums, das immer mehr zum Sklaven der Reklame, der Massenkultur und der Bürokratie wird, die sich mit den Oligar-

chen schlägt, diesen de facto „Dinosauriern“ des russischen Kapitalismus. Und dieses russische Individuum postmoderner Form möchte natürlich auch noch an einen neuen Retter glauben (Gott, Zaren, Generalsekretär oder Präsidenten). Doch es gibt nur eine Macht in Russland – das Geld.

Geld als die Grundlage einer neuen, allerdings gänglichen russischen Universalität diktiert seine Logik des Zerfalls, die sich des wichtigsten Inhalts entledigt hat – des Menschen als Subjekt der Kultur und der Geschichte.

Natürlich könnte man hier einwenden, dass die Logik des Zerfalls nicht unbedingt etwas Neues für unser Land ist: In der russischen Kunst des Beginns des 20. Jahrhunderts, erhielt die Idee des Zerfalls nicht nur ihre künstlerische Beschreibung, sondern auch ihr Symbol wie zum Beispiel „Das schwarze Quadrat“ des Malers Kasimir Malewitsch. Aber während das „Schwarze Quadrat“ tatsächlich das Symbol wurde, das den ideellen Zerfall von allem und jedem vor dem Oktober 1917 beschrieb, ist das Symbol des russischen Postmodernismus einfach der „Punkt“. Und man kann ihn noch nicht einmal den „schwarzen Punkt“ nennen, denn dieser Punkt hat weder Farbe, noch Form, noch Umfang, noch Perspektive – er ist schon unmittelbar der eigentliche Zerfall der idealen Formen von Kunst, Philosophie, Wissenschaft und so weiter. Also vom „schwarzen Quadrat“ zu Beginn des 20. Jahrhunderts zum „Punkt“ an seinem Ende; dies ist der Weg vom Oktober 1917 zum russischen Postmodernismus.

Aber es gibt im postsowjetischen Russland auch andere Menschen. Noch sind sie in der Minderheit, aber es sind gute Leute, jung im Geist und in ihren Taten, die etwas aufbauen, um dieses graue Sein zu ändern, die einen Schritt in Richtung unabhängigen sozialen Schaffens tun. Es gibt auch aktive neue Gewerkschaften und globalisierungskritische Netzwerke, neue soziale Bewegungen von Lehrern und von Studenten... Sie kommen erst gerade auf die Welt, aber ihnen gehört die Zukunft. Und dies ist das Thema zukünftiger Texte.

Die Autorin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Russischen Instituts für Kultur, Moskau, Autorin zahlreicher Veröffentlichungen (U. a. „Sozio-kulturelles Portrait der Arbeiterbewegung“, Moskau 2003, „Das Phänomen Sowjetkultur“, Moskau 2006)

Aus dem Russischen von Carla Krüger

Anhang

Worterkklärungen – Abkürzungen

Duma	= Russisches Parlament
Tripartite Kommission	= Dreiseitige Sozialpartnerschaft, bestehend aus Arbeitgebern, Arbeitnehmern, Regierung
Profkom	= Gewerkschaftsvertretung im Betrieb
Kollektivvertrag	= betriebliche Tarifvereinbarung
Trudovoj Kodeks	= Arbeitsgesetz Russlands
Arbeitsinspektion	= zum Schutz der Arbeitnehmer geschaffene Überprüfungsinstanz der Betriebe, die auch Einhaltung der Tarifvereinbarungen überprüfen

Gewerkschaftsbünde:

FNPR	= Föderation der unabhängigen Gewerkschaften Russlands
LFP	= Territorialvertretung der FNPR für den Nordwesten Russlands
KTR	= Konföderation der Arbeit
VKT	= Konferenz der Gewerkschaften
SOZPROF	= Sozialgewerkschaftsbund

Quellenangaben

Zusammenschluss der deutschen Unternehmen in Russland im Verband der deutschen Wirtschaft (über 500 Mitglieder), [http://www.vdw.ru/dbw/public_vdw/Homepage/\\$frameset/start](http://www.vdw.ru/dbw/public_vdw/Homepage/$frameset/start)
<http://www.aktuell.ru> (aktuelle und allgemeine Informationen)
www.rosprofmash.ru (Maschinenbaugewerkschaft)
www.gmpr.ru (Hütten- und Bergarbeitergewerkschaft)
www.osec.ch (russisches Arbeitsrecht)

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Russland;
Informationen zur politischen Bildung, 4. Quartal 2003;
Russlandanalysen der Forschungsstelle Osteuropa in Bremen, z. B. Russlandanalysen 40/04:
Pleines, Heiko: Aufstieg und Fall der Bergarbeitergewerkschaften (Analysen kostenlos per PDF)
Friedrich-Ebert-Stiftung „Metallgewerkschaften in Russland“, 2005,
Jahresbericht 2007 Auswärtiges Amt

Bildnachweis: Titelfoto, Archiv Hugo Braun; S. 4/5 Georg Temme; S. 6/7 unten Georg Temme;
S. 7 rechts oben und Mitte, BPK Berlin; S. 8 unten Georg Temme; S. 8+9 unten Mitte,
<http://www.schlaudi.de/moskau/index.htm>; S. 52 www.xento.net; sonstige Fotos Archiv Hugo Braun

Impressum

DGB Bildungswerk e. V.
Werner Oesterheld
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel. +49 (0) 211/4301-258
Fax +49 (0) 211/4301-500
E-Mail: nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de
Internet: www.dgb-bildungswerk.de

IG Metall Vorstand
FB Internationales/Europa
Klaus Priegnitz
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt
Tel. +49 (0) 69/6693-2595
Fax +49 (0) 69/6693-2028
E-Mail: Klaus.priegnitz@igmetall.de
Internet: www.igmetall.de

IG BCE Vorstand
Abteilung Internationales/Europa
Michael Wolters
Königsworther Platz 6
30167 Hannover
Tel. +49 (0) 511/7631-453
Fax +49 (0) 511/7631-715
E-Mail: abt.internationales.europa@igbce.de
Internet: www.igbce.de/portal

Friedrich-Ebert-Stiftung
Globales Gewerkschaftsprojekt
Reiner Radermacher (Koordinator)
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Tel. +49 (0) 228/883-518
Fax +49 (0) 228/883-575
E-Mail: rudolf.traub@fes.de
Internet: www.fes.de/gewerkschaften

Redaktion: Ludmila und Hugo Braun,
Werner Oesterheld, Klaus Priegnitz, Michael Wolters,
Klaus Buchholz, Gabriele Ibrom
Textkorrektur: Chris Künster
Layout: Georg Temme
Druck: waz-druck, Duisburg

Januar 2008

